KURDISTAN REPORT

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten

HUNGERSTREIK GEGEN DIE ISOLATION

FREIHEIT FÜR ÖCALAN





Nr. 203 Mai / Juni 2019 3,– €



Tausende Menschen haben sich dem Hungerstreik von Leyla Güven angeschlossen, um die vollkommene Isolation Abdullah Öcalans zu durchbrechen.



Freie Wahlen sehen anders aus. Doch trotz Repression und Wahlbehinderungen feierte die Bevölkerung den Erfolg der HDP in den Gemeinden Nordkurdistans.



Die Demokratischen Kräfte Syriens QSD und mit ihnen die Frauen- und Volksverteidigungseinheiten YPJ/YPG feierten im März in Nord- und Ostsyrien ihren Sieg über den IS.

Liebe Leserinnen und Leser,

mit den Kommunalwahlen am 31. März hat sich das seit Jahren festgefahrene Kräfteverhältnis, das die AKP-Regierung begünstigt hatte, in der Türkei und in Kurdistan verändert. Die HDP hat, entsprechend ihrer Wahltaktik, die sich mit den Worten »In Kurdistan gewinnen und im Westen verlieren lassen« zusammenfassen lässt, während der Wahlen in den großen westlichen Metropolen als »unsichtbare Kraft« gewirkt. Ankara, Istanbul, Izmir, Adana, Mersin, Antalya, Hatay, Wan, Amed, Mêrdîn … Dieser sogenannten Großstadtkommunen beraubt zu sein, bedeutet für die AKP die kommunaltechnische Kontrolle über einen Markt zu verlieren, der circa 32 Millionen Menschen umfasst. Überall, wo die AKP gestürzt wurde, entspricht die Anzahl der Stimmen für die siegreichen Bürgermeisterkandidat*innen der Anzahl der Stimmen, die die CHP-Iyi-Parteien und die HDP bei den Wahlen vom 24. Juni 2018 zusammen erreicht hatten.

Bei der Bewertung der Wahlen darf ebenfalls nicht die Brutalität der türkischen Regierung gegen die kurdische Gesellschaft außer Acht gelassen werden, die seit dem Ende des Friedensprozesses im Jahr 2015 unerträgliche Ausmaße erreicht hat. Die türkische Akademikerin im deutschen Exil Nazan Üstündağ sprach jüngst von einer seit fünf Jahren währenden »Reichskristallnacht« gegen die Kurdinnen und Kurden – eine Anspielung auf die antijüdischen Pogrome in Nazi-Deutschland 1938.

Währenddessen haben Hunderttausende auf den symbolträchtigen Newroz-Festen und Kundgebungen zum internationalen Frauentag ihre Verbundenheit mit den zentralen Werten und Forderungen der kurdischen Freiheitsbewegung kundgetan. Da in den vergangenen Jahren aufgrund der staatlichen Repression zivilgesellschaftlicher Protest auf den Straßen und Plätzen kaum möglich war, kommt diesen Massenprotesten angesichts der staatlichen Propaganda eine besondere Bedeutung zu. So ist die Forderung des anhaltenden Hungerstreiks von tausenden politischen Gefangenen und Aktivist*innen für die Aufhebung der Isolationshaft gegen den Politiker Abdullah Öcalan eine von der kurdischen Gesellschaft als Ganzes getragene Angelegenheit; sie ist die essenzielle Grundbedingung für eine Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen zwischen dem türkischen Staat und der PKK.

In Europa wird trotz allem weiterhin die Strategie des medialen und öffentlichen Schweigens fortgesetzt und nur das in den öffentlichen Diskurs aufgenommen, was im politisch-wirtschaftlichen Interesse der Herrschenden liegt. So erklärt der Anwalt Jan Fermon in einem Interview, dass die »Terror«-Listung der PKK durch die EU den türkischen Staat nicht zum Frieden, sondern zum Krieg anhalte. Was dadurch unterstützt wird, dass trotz der Feststellung des EuGH in Luxemburg, die Listung der PKK auf der EU-Terrorliste von 2014 bis 2017 sei rechtswidrig und unbegründet, die EU-Staaten und allen voran Deutschland an der Verbotspraxis festhalten – und die Medien dazu weitestgehend schweigen. Siehe dazu auch den Artikel von AZADÎ zur Verbotspraxis in dieser Ausgabe.

Wir sehen, auch diese Ausgabe des Kurdistan Reports bewegt sich entlang der Linie, dass wir die uns entgegenstehenden Hindernisse nur selbst aus dem Weg räumen können. Und werden.

Eure Redaktion

Aktuelle Bewertung

Über Bündnisse und blinde Gefolgschaft

Nilüfer Koç

Den März 2019 haben die Kurden mit großen Erfolgen beendet, auf die gewiss die Erfolge des gesamten Jahres folgen werden. Der 8. März, der internationale Kampftag der Frauen, erlebte inner- und außerhalb Kurdistans eine rege Teilnahme von Frauen. Im Ausland begegneten die Kurdinnen dieser Tage Frauen aus aller Welt. An vielen Orten wurde dieser Tag den kämpfenden Frauen in Nord- und Ostsyrien gewidmet. Klar wurde auch, welchen Einfluss die Revolution der Völker dort auf die Frauen der Welt hat.

Der historische Tag der Kurden, das kurdische Neujahr Newroz am 21. März, wurde trotz unvorstellbarer Repression des faschistoiden türkischen AKP-MHP-Regimes von Millionen Menschen gefeiert. Millionen stellten sich in Kurdistan und weit darüber hinaus mit ihrer Teilnahme hinter die Forderung »Die Isolation aufheben, den Faschismus brechen und Kurdistan befreien«. Diese Forderung ist auch die Hauptforderung der tausenden Hungerstreikenden. Am 7. November 2018 hat die HDP-Abgeordnete von Colemêrg (Hakkari) und Co-Vorsitzende des Demokratischen Gesellschaftskongresses DTK Leyla Güven mit ihrem unbefristeten Hungerstreik eine neue Welle des Widerstands ausgelöst. Dem haben sich am 1. März etwa 7000 politische Gefangene und 37 politische Führungspersönlichkeiten in Straßburg, Wales, London, Kanada, Deutschland, Schweiz, Holland, Irak, Südkurdistan, Nordkurdistan angeschlossen.

Als Leyla Güven den Hungerstreik begann, signalisierte sie in ihrer Erklärung klar, dass die Zeit reif ist für eine friedliche Lösung der kurdischen Frage in der Türkei. Für den Frieden von kurdischer Seite aus nannte sie als Adressanten Abdullah Öcalan. Diese Hungerstreiks bestimmen gegenwärtig die Dynamik der kurdischen Gesellschaft und Politik.

Chancen für den Frieden gestiegen

Die Grundlage für den Frieden, die Leyla Güven mit dem Brechen der Isolationsfolter gegen Abdullah Öcalan fordert, ist jetzt reif.

Weil

– Millionen Kurden in Nordkurdistan und der Türkei sich zu Newroz hinter ihre Forderung gestellt haben;

– 7000 politische Gefangene in der Türkei und Nordkurdistan sich ihr angeschlossen haben;

– die Kurden in Europa und auf anderen Kontinenten auf der Straße mit Kundgebungen und Demonstrationen ununterbrochen auf diese Forderung hinweisen;

– die gesamte kurdische Politik und Diplomatie auf das Brechen der Isolation ausgerichtet ist.

Der Frieden hat jetzt Chancen, da die Türkei unter kurdischer Führung im Kampf gegen das faschistoide AKP-MHP-Regime am 31. März Erdoğan bei den Kommunalwahlen einen historischen Denkzettel verpasst hat. Wohlgemerkt, es waren keine Wahlen, es war ein regelrechter Kampf zwischen dem faschistoiden AKP-MHP-Block und der demokratischen HDP. Es war ein Kampf zwischen Diktatur und Demokratie. Gewonnen hat die Demokratische Partei der Völker HDP und damit die Chance auf Demokratie und Frieden. Amed (Diyarbakır) hat wieder Demokratie nach Istanbul und Ankara geschickt. Ohnehin wurde der kurdische Kampf für eine demokratische Türkei ohne AKP/MHP und für ein freies Leben in Nordkurdistan geführt. Nicht nur in Nordkurdistan, vor allem in den größten türkischen Regionen wie Istanbul, Adana, Mersin, Izmir etc. Um Erdoğan, der weltweit als Diktator gilt, geschichtsreif zu machen, gaben die Kurden mit »halbem Herzen« der »sozialdemokratischen« Partei Atatürks, der Republikanischen Volkspartei (CHP), ihre Stimme. In der

kurdischen Frage hat die CHP bislang zur AKP gehalten. An manchen Orten stimmten die Kurden für die religiöse Saadet-Partei. Diese politische Strategie war einzigartig und hat den Kern der Diktatur getroffen. Sie hat den Menschen in der Türkei, die um ihr Brot und ihre Arbeit bangen, Hoffnung gegeben, sich von dieser Diktatur befreien zu können. Frauen, die sich gegen die Verschleierungspolitik des Patriarchen wehren, haben wieder Luft zu atmen. Akademiker, Journalisten, Friedensaktivisten, Gewerkschafter, alle, die Erdoğan ein Dorn im Auge waren, können jetzt aufatmen. Er steht jetzt am Anfang seines Endes. Weshalb er alles Mögliche unternimmt, um die Wahlergebnisse in Istanbul zu manipulieren. Istanbul als größte Wirtschafts-, Kultur- und Politikmetropole dominiert zum Teil den Rest der Türkei. Für Erdoğan ist es die Stadt, in der er bei den Parlamentswahlen 2002 mit seiner AKP auf die Bühne der Politik trat. Die Wahlergebnisse haben ihm nunmehr signalisiert, dass diese Stadt auch seinen Abstieg von der Bühne bedeutet. Für den Weg der Demokratie in der Türkei haben die Kurden einen historischen Beitrag geleistet. Nun ist es an der Zeit, dass die HDP und die Opposition in der Türkei gemeinsam agieren, um den Zerfall der AKP und MHP zu beschleunigen.

Genauso ist es wichtig, dass auch die internationale Politik ihre Bündnisse mit der AKP-MHP-Koalition hinterfragt. Bislang haben fast alle mit Bauchschmerzen mit Erdoğan verhandelt. Für alle, die an Demokratie in der Türkei interessiert sind, haben die Kurden den Weg geebnet.

Einigen Staaten wird es sicherlich keine Freude bereiten, Erdoğan zu verlieren, weil er sich als Knüppel gegen die aus der Reihe tanzenden Kurden bewährt hat. Wie im März bei der türkischen Belagerung Efrîns. Die Kurden hatten mit ihrem Demokratiemodell in Nord- und Ostsyrien eine Alternative geschaffen, die auf immer mehr positive Resonanz bei den Völkern im Nahen/Mittleren Osten gestoßen war. Mit Erdoğans Efrîn-Operation sollten die Kurden daran erinnert werden, wer die Herren dieser Welt sind und dass sie sich diesen wie im 20. Jahrhundert beugen müssten.

Erdoğan hat bislang von einigen Staaten passive und aktive Unterstützung erhalten, was auch zum Schweigen gegenüber seiner völkerrechtswidrigen Politik in der Türkei und Syrien führte. Die Wahlergebnisse nun, d. h. der kurdische Sieg, sind auch eine Botschaft an all diejenigen, die glauben, sie könnten die Kurden diktatorisch im Zaum halten. So geschehen in Südkurdistan mit Saddam und seit 2002 mit Erdoğan in Nordkurdistan.

Die Kurden drängen auf Frieden. Als Sieger im Kampf sowohl gegen Erdoğan als auch gegen dessen Verbündete in Nord- und Ostsyrien, den Islamischen Staat (IS), wird es schwierig, ihre Forderungen zu ignorieren. Es wird für die europäischen Staaten, die EU, den Europarat, das Antifolterkomitee CPT auch immer schwieriger, vor der Weltöffentlichkeit der Isolationsfolter gegen den von kurdischer Seite als Friedensvermittler geforderten Öcalan weiterhin tatenlos zuzusehen.



Demonstration im nordsyrischen Girgê Legê zur Unterstützung des Hungerstreiks für die Aufhebung der Isolation Abdullah Öcalans. Foto: ANHA

Von den Kurden, d. h. mit dem militärischen Sieg durch die Demokratischen Kräfte Syriens (QSD), wurde am 24. März der militärische Kampf gegen den IS in Nord- und Ostsyrien, den Alptraum der Menschheit im 21. Jahrhundert, für beendet erklärt. Dafür wurde ein hoher Preis gezahlt. 11.000 Gefallene, 22.000 Verletzte. Wenn auch zu 90 % Kurden, so haben auch Araber, Assyrer und viele Internationalisten aus aller Welt ihren Beitrag zur Befreiung der Menschheit von dieser Gefahr geleistet.

Mit der Niederlage des IS ist Erdoğan auch ein wichtiges Instrument aus der Hand genommen worden. In der Syrienfrage ist es fraglich, wem er nun mit welchen Mitteln drohen will. Auch wenn er Idlib, Cerablus (Dscharabulus) und Efrîn mithilfe des IS und anderer Banden weiterhin unter Kontrolle hat. So wird es Erdoğan in seiner Niederlage schwer fallen, noch mehr von Russland zu fordern. Die Kurden haben sofort nach dem Sieg in Nord- und Ostsyrien die neue Offensive zur Befreiung Efrîns angekündigt. Für die Türkei wird es jetzt noch schwieriger werden, Russland, Iran und die USA dafür zu gewinnen.

Denn die kurdischen Möglichkeiten des politischen Mitmischens sind in der Iran-Debatte erneut wichtig geworden. Auch wenn Erdoğan seit Monaten bemüht ist, einen iranisch-kurdischen Krieg zu provozieren, so agieren beide Seiten doch mit Vorsicht. Erdoğan erhofft sich durch die Thematisierung eines Iran-Krieges, das Leben seines Regimes verlängern und sich den USA und Russland noch teurer verkaufen zu können. Er übersieht allerdings, dass sich die Kurden offensiver für den Frieden einsetzen, als sich für einen Krieg instrumentalisieren zu lassen.

Wir schulden der Menschheit internationales IS-Tribunal

Zwar ist der IS von den QSD-Kämpfern militärisch besiegt worden. Doch wird er immer einen Boden finden in einer von ethnischen und religiösen Konflikten geprägten Region. Die Aufarbeitung der IS-Kriegsverbrechen und -Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist für alle von großer Bedeutung. Denn solange dies nicht geschieht, können solche Alpträume immer wieder wie Pilze aus dem Boden schießen. Es ist daher heute nicht nur für die Menschen im Nahen/Mittleren Osten, sondern weltweit umso wichtiger, den Boden für solche Banden auszutrocknen. Dafür ist es unumgänglich, solche Verbrechen in einem internationalen Tribunal aufzuarbeiten. Die Forderung der Autonomen Selbstverwaltung Nord- und Ostsyriens nach einem solchen Tribunal ist nicht nur eine kurdische Angelegenheit, da der IS ein internationales Problem ist. Es muss aufgedeckt werden, wie solche Gruppierungen entstehen, aus welchen Quellen sie ihre Logistik schöpfen, wer sie fördert. Zum Gedenken an alle Menschen, die in Syrien, Irak, Frankreich, Belgien und anderen Orten der Welt ihr Leben durch diese Gräueltaten verloren haben, muss so ein internationales Tribunal zustande kommen. Und zwar auch an einem Ort, an dem gekämpft wurde. Trotzdem Staaten der internationalen Koalition den QSD bei diesem Krieg aus der Luft geholfen haben, so wurde der IS militärisch mit dem Verlust von 11.000 Toten und 22.000 Verletzten bezwungen. Wer sich gegen ein solches Tribunal stellt, will nicht, dass dieser Teil der Menschheitsgeschichte aufgedeckt wird. Wer in Sachen IS nichts zu verbergen hat, sollte einem solchen Tribunal zustimmen. Über Forum und Durchführung kann selbstverständlich debattiert werden. Es ist allerdings auch nicht nur ein Thema für die Administration von Nord- und Ostsyrien, sondern betrifft alle Menschen weltweit. Denn der IS und seine Verbündeten waren weltweit an zivilen Morden beteiligt.

Rojhilat/Iran

Die Isolationspolitik der USA gegenüber Iran hat sich mit der Einbeziehung der Revolutionsgarden als Terrororganisation um eine Stufe verschärft. Ohnehin wird der iranische Einfluss im Nahen/Mittleren Osten durch die Forcierung und Förderung der arabischen Koalition immer weiter zu beschränken versucht. Bekanntlich beruhte die iranische Strategie darauf, sich in das Chaos und die Krisen der Region einzumischen, sie zu vertiefen und dadurch einerseits die eigene Macht auszudehnen und andererseits den Fluss der Konflikte daran zu hindern, das iranische Staatsgebiet zu erreichen. Die auch sehr stark von Israel unterstützte US-Strategie basiert darauf, den Einfluss Irans in der arabischen Welt mithilfe der arabischen Koalition zu schwächen. Historische Machtkämpfe zwischen Persern und Arabern bieten den USA einen guten Nährboden. Im iranisch-arabischen Machtkampf dient der Islam als wichtige Waffe. Beide haben den Anspruch, den »richtigen Islam« zu repräsentieren. Dabei geht es um puren Machtkampf, der wenig mit dem Islam zu tun hat. Auch die türkische AKP-Regierung hat ihre Expansionspolitik im Nahen/Mittleren Osten mit dem Islam gerechtfertigt, weshalb sie in den letzten acht Jahren des Syrienkrieges den IS und andere salafistische Banden unterstützte.

Im Falle des Iran-US-Konflikts ist für die Kurden äußerste Vorsicht geboten. Mit verschiedensten Mitteln haben die USA für ihren antiiranischen Kurs die PKK unter Druck zu setzen versucht. Diese setzt sich weiterhin für den 2011 geschlossenen Waffenstillstand zwischen den Guerillaeinheiten der KODAR (Freiheits- und Demokratiebewegung Ostkurdistans), den Befreiungskräften Ostkurdistans (HRK), und Iran ein. Damals war dieser Waffenstillstand durch Vermittlung der

PKK zustande gekommen. Ferner unterstützt die PKK das gemeinsame Lösungspaket zur Demokratisierung Irans von PJAK (Partei für ein Freies Leben in Kurdistan) und KODAR vom Juli 2018. Dessen Grundprinzip konzentriert sich auf die von den Völkern Irans und Ostkurdistans zu entwickelnde Demokratisierung.

Ein Paragraph aus diesem Paket demonstriert die Richtlinie zur Demokratisierung Irans: »Das Lösungsprojekt orientiert sich an der Gesellschaft und ihrem Willen. Die Gesellschaft ist in der Lage, die aktuellen Probleme ohne jegliche Erwartungen an den Staat eigenständig, mithilfe ihrer Fähigkeiten und Erfahrungen, zu lösen. Demokratie und Freiheit können nur durch die Kraft des Volkes entstehen. Eine externe Macht kann dies der Gesellschaft nicht aufzwingen. Die Gesellschaft muss entscheiden.«

Ähnlich den Vorschlägen Abdullah Öcalans zur Lösung der kurdischen Frage für Syrien und die Türkei wollen KODAR und PJAK durch die Vorreiterrolle der kurdischen Gesellschaft in Iran gemeinsam mit dessen Volksgruppen wie den Persern, Aserbaidschanern, Belutschen und allen anderen Volks- und Glaubensgruppen gegen das Regime den Kampf für die Demokratisierung führen.

Die militärische Strategie des Regimes, d. h. der totale Fokus auf Krieg und Konflikte im Nahen/Mittleren Osten, schadet nicht nur der Wirtschaft des Landes, sondern sorgt für einen permanenten Ausnahmezustand für die Volksgruppen des Landes. Von diesem Problem wollen seine Gegner profitieren. An diesem Punkt setzen die Kurden auf die innere Dynamik des Landes und rufen das Regime zur Demokratie auf.

Wie in der Türkei ist die kurdische Frage ein Hauptproblem Irans.

17 % der 75 Millionen Einwohner Irans sind Kurden. Ostkurdistan liegt im Westen des Staates und die Kurden leben in fünf Provinzen: West-Aserbaidschan (Asarbaidschan-e Garbi), Kurdistan (Kordestan), Kirmasan (Kermanschah), Îlam und Lorestan. Sie gehören zu der bestorganisierten Oppositionskraft des Landes. Das Regime Irans ist schiitisch, doch 30 % der Bevölkerung sind Sunniten, wie die Mehrheit der Kurden. Das totalitäre Regime setzt seine Repressionspolitik am massivsten in Ostkurdistan ein. Die politischen Umwälzungen im Mittleren Osten, vor allem die gesellschaftliche, militärische, politische und diplomatische Stärke der Kurden in Syrien, haben dazu geführt, dass das Regime mit großer Sensibilität an die kurdische Frage herangehen muss.

Für die Kurden besteht momentan kein akuter Bedarf, Iran militärisch den Krieg zu erklären, auch wenn er die Rechte der Kurden nicht anerkennt. Im Falle eines Angriffs wären sie aber sehr wohl fähig, dem Regime binnen kurzer Zeit einen Denkzettel zu verpassen. Angesichts des prekären politischen Gleichgewichts im Nahen/Mittleren Osten wäre allerdings ein Krieg gegen Iran nicht nur auf diesen begrenzt, zumal das Regime überall in der Region seine Finger im Spiel hat. Er wäre weit fataler als der Krieg in Syrien, geschweige denn die brutale und mörderische Realität des Krieges für das Volk.

Öcalans strategischer Vorschlag in kritischen Zeiten, die »Weder-noch-Strategie«, also die Strategie des Dritten Weges, die KODAR und PJAK in ihrem Lösungspaket vorschlagen, wäre die ideale Form einer Lösung. Veränderungen, Demokratisierung von unten. Weder ist das iranische Regime demokratisch, noch werden die USA Demokratie einführen. Die Region wimmelt nur so von Beispielen eines Krieges zwischen lokalen und globalen Antidemokratien.

Daher setzten die USA Kopfgeld in Millionenhöhe auf drei hochrangige PKKler aus, Murat Karayilan, Cemil Bayık und Duran Kalkan.

Aber auch die Türkei versucht aus der Gunst der Stunde Profit zu schlagen. In manipulativen Erklärungen propagierten hochrangige türkische Politiker wie der Innenminister tagelang in türkischen Medien den »gemeinsamen Krieg mit Iran gegen die Kurden«. Trotz iranischer Dementis beharrt die Türkei darauf, einen Deal gegen die Kurden abgeschlossen zu haben. Angesichts der Tatsache, dass lange Zeit neben Syrien auch Iran mit der Türkei in einem antikurdischen Bündnis agierte, scheint es heute schwierig, dass gerade Iran in einem solchen Bündnis die Kurden bekämpft. Das Erdoğan-Regime, das die Kurden als größte Gefahr für den rassistischen türkischen Nationalstaat ansieht, versucht überall seine diplomatischen Bündnisse gegen sie zu schmieden.

Um einem Krieg der USA gegen Iran vorzubeugen, ist es auch eine Aufgabe der Kriegsgegner, die Kurden nicht alleinzulassen, sondern sich mit den Völkern Irans stark zu solidarisieren. Falsch und fatal wäre es, aus sogenannter »linker Perspektive« im »US-kritischen« Sinne den Iran zu verharmlosen. Der einzige Unterschied zwischen den beiden besteht darin, dass die USA die globale Macht anstreben und Iran die regionale.

Südkurdistan/Irak

Die mit dem 29. Juni 2015 aufgenommenen türkischen Luftangriffe auf die Qandîl-Berge halten nicht nur systema-

tisch an, sondern wurden auf weitere Gebiete in Südkurdistan (Nordirak) ausgedehnt. Angeblich sollen sie die PKK schwächen. Das Gegenteil aber tritt ein, sie schaden mehr der Türkei, da sie für die Staatskasse und damit die türkischen Steuerzahler zu einer Last werden. In der Gesellschaft schenkt kein Mensch mehr der staatlichen Propaganda Glauben, der PKK sei das Rückgrat gebrochen worden. In Südkurdistan erleiden aber die Zivilisten in den Bergregionen große Schäden. Sie verlieren ihre Gärten, Häuser, Felder. Ende Januar verloren vier Zivilisten bei den Luftangriffen in der Bergregion in Sîdekan (türkisch-irakisch-iranisches Grenzgebiet) ihr Leben. Ohnehin ist es das Ziel des türkischen Staates, diese Bergregionen zu entvölkern. Währenddessen sind die südkurdischen Parteien mit der Machtverteilung für die Regierungsbildung in der Autonomen Region Kurdistan beschäftigt. Seit den Wahlen im September wird darüber gestritten. Bislang ohne Einigung. Seit nunmehr acht Monaten wird der Bevölkerung versichert, »spätestens morgen« stehe die Regierung.

Die Gründe dafür sind einerseits interne Machtkämpfe zwischen den politischen Parteien, andererseits außenpolitische. Intern hat die Demokratische Partei Kurdistans (PDK) auf ihrer letzten Politbürositzung den bisherigen Ministerpräsidenten Nêçîrvan Barzanî als Präsidenten der Region und den bisherigen Sicherheitschef Mesrûr Barzanî als Ministerpräsidenten der Regionalregierung KRG benannt. Als Vertreter für die beiden streiten sich nun die Liste für Wandel (Gorran) und die Patriotische Union Kurdistans (YNK). Seit dem Scheitern des Unabhängigkeitsreferendums im September 2018 ist das Verhältnis zwischen PDK und YNK angespannt, da Erstere Letztere dafür verantwortlich macht. Zudem stellte die YNK gegen den Willen der PDK Berhem Salih als Kandidaten für die irakische Staatspräsidentschaft auf. Ein weiterer Streitpunkt zwischen den beiden Parteien ist die Frage des Gouverneurs für die erdölreiche Region Kerkûk, die sie jeweils für sich beanspruchen.

Obwohl Mesrûr Barzanî bislang noch nicht durch das kurdische Parlament bestätigt worden ist, wird er von vielen europäischen Staaten als Staatsmann mit allen protokollarischen Ehren auf Augenhöhe behandelt. Auch hier wird deutlich, dass diese Staaten, unter ihnen die Bundesrepublik, viel mehr an ihre eigenen Interessen denken als an die rechtlichen und politischen Statuten eines Landes oder einer Region.

Trotz der innenpolitischen Machtverteilungskrise Südkurdistans sind die Türkei und Iran weiterhin am Werk, ihre Machtbereiche weiter auszudehnen. Die Türkei breitet neben Militärbasen immer mehr ihr Geheimdienstnetzwerk aus. Angeblich will sie damit die PKK bekämpfen. Doch geht es ihr im Grunde darum, über das PKK-Argument Südkurdistan zu besetzen. Denn der autonome Status und das internationale Interesse an Südkurdistan waren und sind ihr ein Dorn im Auge. Ein wichtiges Instrument der Türkei ist hierbei, einen innerkurdischen Streit zwischen PDK, YNK und PKK zu provozieren. Bislang ist es ihr nicht gelungen.

Bei den türkischen Kommunalwahlen am 31. März hatten acht wichtige kurdische Parteien gemeinsam mit der HDP ein nationales kurdisches Bündnis geschlossen, was auch von der



Die êzîdische Bevölkerung verlangt einen Internationalen Gerichtshof gegen die Kriegsverbrecher von Daesch/IS. Foto: ANHA

Bevölkerung sehr positiv aufgenommen wurde. Einige dieser Parteien sind Schwesterorganisationen der PDK in Südkurdistan. Dieses Bündnis war wichtig, weil auch andere kurdische Parteien außer der HDP zu dem Schluss gekommen sind, dass Erdoğan nicht nur gegen die HDP-Kurden agiert, sondern insgesamt eine antikurdische Politik verfolgt. Dieses Bündnis hatte Erdoğan derart geärgert, dass er den Kurden im Wahlkampf sagte: »Wer ein Kurdistan will, muss die Türkei verlassen und in den Nordirak gehen.«

Kurdenfrage der Bundesregierung

Die politischen Entwicklungen in Nord- und Ostsyrien/Rojava, Nordkurdistan (Türkei) und Südkurdistan (Irak) bewirken auch Veränderungen des Charakters der kurdischen Frage in der Außenpolitik.

Ganz offensichtlich legen sich diejenigen, die sich mit dem Gegner der Kurden einlassen, im Nahen/Mittleren Osten selbst Steine in den Weg. Eine derjenigen, die »in guten wie in schlechten Zeiten« an der Seite des türkischen Regimes stehen, ist die Bundesregierung. Das hat aktuell politisch wenig mit den »Flüchtlingsstrom«-Drohungen Erdoğans zu tun. Sie mögen in Berlin zur Kenntnis genommen werden, sind allerdings nicht bestimmend für die deutsch-türkische Bündnispolitik. Mit diesem Argument wird seit geraumer Zeit die AKP-freundliche Politik legitimiert. Auch das Argument der wirtschaftlichen Zusammenarbeit ist nicht besonders überzeugend.

Andere europäische Staaten haben genauso Wirtschafts- und Militärabkommen mit der Türkei. Dennoch verfolgen sie die Kurden nicht in dem Maße, wie es die AKP/Erdoğan vorgeben. Sie halten für die Kurden den Dialog offen. Eine Ausnahme bildet die Bundesregierung. Systematische politische Verfolgung gehört hier zum Alltag aller Kurden, die die PKK als Garantin für ihre freie Zukunft sehen.

Das Argument, die türkische Lobby in Deutschland sei sehr stark, ist wenig überzeugend. Denn die Lobby anderer ist auch nicht zu unterschätzen. Dennoch verfolgt Berlin ihnen gegenüber eine eigene Politik. Das heißt, wenn Berlin seine Politik nach der ausländischen Lobbyarbeit richten würde, käme die deutsche Interessenpolitik tatsächlich zu kurz.

Während sich zahlreiche staatliche Vertreter für den Sieg gegen den IS in Nordostsyrien auch bei den Kurden bedankten, hat sich der deutsche Außenminister Heiko Maas, wie viele Empörte es zu Recht nannten, »mit fremder Feder geschmückt«. Ohne überhaupt die Kurden beim Namen zu nennen, ging er so weit, den kurdischen Sieg in die eigene Tasche zu stecken. Wenn überhaupt jemand die Volks-/Frauenverteidigungseinheiten (YPG/YPJ) militärisch gegen den IS unterstützt hatte, so waren es allen voran die USA und Frankreich und einige andere Kräfte der internationalen Koalition. Die Bundesregierung hat Milliarden Euro als »humanitäre Hilfe« nach Syrien geschickt und war sehr darauf bedacht, dass kein Cent an die Öcalan-Kurden geht, die den Krieg gewonnen haben.

Die deutsche Nahostpolitik leidet an einer Staatsdoktrin, die an ihren überholten Dogmen festhält. Explizit offenbart dies die deutsche Kurdenpolitik. Die Türkei will am alten Status quo festhalten, koste es, was es wolle. Das bedeutet, der türkische Nationalstaat soll weiterhin auf der Staatsdoktrin »ein Staat, eine Nation, eine Sprache, eine Flagge« beruhen. Der Name Erdoğan steht dafür. Diesem Mann, dem eingeschworenen Gegner der Kurden, eilt Berlin stets zur Hilfe, wenn er in der finanziellen Klemme steckt. Fazit ist, dass die Bundesregierung ein Problem mit freien Kurden hat. Die Wut über die Veränderungen in der kurdischen Gesellschaft durch die PKK und Öcalan führt zu den makabersten Kriminalisierungsvarianten in Deutschland selbst. Wie der Ausweitung der Verbote kurdischer Symbole. Kurden, die anders denken und handeln als die Kurden des 20. Jahrhunderts, das, so scheint es, ist der deutschen Nahostpolitik nicht willkommen, da sie dem deutschen Partner, der Diktatur in der Türkei, Steine in den Weg legen. Auch stimmt es nicht mehr, dass die Bundesregierung die kurdischen Parteien in Südkurdistan, also vor allem die PDK, gegen die PKK unterstützt. Es war die Bundesregierung, die sich klar und deutlich gegen das Unabhängigkeitsreferendum der PDK in Südkurdistan stellte.

Man könnte meinen, die Kurden müssten auch eine Roadmap zum Frieden mit der Bundesregierung entwickeln. Vielleicht sollten es die Millionen Freunde und Freundinnen in Deutschland tun.

Die Verbotspolitik auf europäischer Ebene ist mit rechtlichem Deckmantel nicht mehr aufrechtzuerhalten. Hier ist es empfehlenswert, die Gerichtsbeschlüsse von Brüssel und des Europäischen Gerichtshofs der EU in Luxemburg zu betrachten. Beide Gerichte haben die staatliche politische Argumentation der PKK als terroristischer Organisation zurückgewiesen. Das ist ein wichtiger Anfang, und es zeigt, dass diese PKK-Verbote auch von den eigenen Gerichten nicht mehr getragen werden. Es sind politisch motivierte Verbote, rechtlich bemäntelt.

Die Bundesregierung ist gut beraten, die Kurden nicht mit der türkischen Brille zu sehen, sondern im Gesamtkontext des Nahen/Mittleren Ostens. Eines haben die Kurden trotz der politischen Repression geschafft: die Herzen von Millionen Menschen in Deutschland zu erreichen. ♦

Die Zeit nach dem IS

Wie die Organisation groß werden konnte und wie es nun weitergehen soll

Devriş Çimen und Mako Qocgirî

In langen Reihen sitzen sie in der Wüste. Männer zumeist im mittleren Alter, auch einige Ältere sind unter ihnen. Sie sehen ziemlich mitgenommen aus. Die letzten Tage scheinen für sie nicht sonderlich einfach gewesen zu sein, das sieht man ihnen an. Kaum zu glauben, dass es sich um dieselben Männer handelt, die noch vor wenigen Jahren mit ihren Propagandavideos die Welt in Angst und Schrecken versetzt hatten. Nun sitzen sie harmlos in der Wüste um al-Bagouz und warten darauf, irgendwohin gebracht zu werden. Die Männer auf den Bildern, die nun um die Welt gehen, sehen nicht so aus, als ob sie noch andere Menschen in Angst versetzen könnten. Eher sehen sie selbst verängstigt aus. Kein Wunder, eine noch unklare Zukunft wartet auf sie. Noch weiß niemand, was mit ihnen und ihren Familien geschehen soll.

Der Islamische Staat (IS) ist zwar geschlagen, hinterlassen hat er allerdings einen Trümmerhaufen. Nicht nur zerstörte Städte begegnen uns überall, wo die Organisation einst geherrscht hat, auch eine traumatisierte Bevölkerung ist überall dort wiederzufinden, wo über Jahre hinweg das vermeintliche Kalifat das Sagen hatte. Der militärische Sieg scheint zudem nicht gleichbedeutend mit dem Ende der Organisation zu sein. Unter den Angehörigen der IS-Mitglieder und darüber hinaus gibt es weiterhin Menschen, die vom erneuten Aufstieg des »Kalifats« träumen.

Auch deshalb gilt es die Frage zu beantworten, wie eine Post-IS-Ära im Mittleren Osten aussehen kann und soll. Die Antwort ist eng mit einer anderen Frage verbunden, die lautet: Wie konnte im Mittleren Osten eine Organisation wie der IS überhaupt erst entstehen und gedeihen? Nur die Lehren, die aus der Antwort folgen, können uns dabei helfen zu verstehen, weshalb Menschen weiterhin hinter dieser menschenverachtenden Organisation stehen. Und nur mit einem richtigen Verständnis davon können die Ursachen für den gesellschaftlichen Rückhalt des IS und anderer Organisationen mit ähnlichen Weltbildern nachhaltig angegangen werden.

Von al-Qaida im Irak zum Islamischen Staat – das Erstarken der Dschihadisten

Die letzte militärische Schlacht gegen den IS wurde im syrischen Örtchen al-Bagouz geschlagen. Ihren Ursprung hat die Organisation allerdings im Nachbarland Irak. Im August 2003, wenige Monate nach dem Sturz des irakischen Despoten Saddam Hussein, explodierten dort Bomben, zunächst vor dem UN-Hauptquartier in Bagdad und wenige Tage später auch in der schiitischen Imam-Ali-Moschee in Nadschaf. Für die beiden schweren Anschläge erklärte sich eine Gruppe verantwortlich, die zunächst nur die »al-Qaida-Filiale im Irak« genannt wurde und später als »Islamischer Staat im Irak und in Syrien« (ISIS) bekannt werden sollte. Die Frontfigur dieser Gruppe war ein Jordanier mit dem Namen Abu Musab al-Zarqawi. Seine Organisation hatte einen Zweifrontenkrieg ausgerufen, sowohl der Westen als auch die schiitische Bevölkerung galten als legitimes Angriffsziel für die Dschihadisten. Was folgte, war eine unbestimmte Anzahl an Anschlägen, die tagtäglich das Land erschütterten und den Irak mit einem blutigen Bürgerkrieg überzogen.

Al-Zarqawis Gruppierung konnte ihre Mitglieder besonders unter der sunnitischen Bevölkerung des Zentraliraks rekrutieren. Die Sunnit*innen stellen knapp ein Drittel der Bevölkerung des Iraks. Unter der Herrschaft des Baath-Regimes waren sie im Staate obenauf. Sie kontrollierten den Staatsapparat, das Militär und die Geheimdienste. Die Kurd*innen im Norden und die schiitische Mehrheitsbevölkerung im Süden des Landes wurden von diesem Regime hingegen grausam verfolgt und unterdrückt. Mit dem Sturz Saddam Husseins wendete sich das Blatt dann plötzlich. Nun hatten die Schiit*innen die Regierungsmacht inne und den Kurd*innen ging es darum, ihre Autonomieverwaltung weitgehend aus dem Zugriff der Zentralregierung zu lösen. Die Sunnit*innen gingen nicht nur leer aus, sie wurden plötzlich selbst Opfer einer sektiererischen Politik aus Bagdad. Eine Lösung im Sinne einer pluralistischen oder gar demokratischen Perspektive im Post-Saddam-Irak war nicht gegeben.

Einen Wendepunkt in der Geschichte des IS bzw. seiner Vorgängerorganisation stellt der Tod von al-Zarqawi dar. Bei einem US-Luftangriff im Jahr 2006 wurde der Anführer der Dschihadisten getötet. Die irakische Regierung unter Nuri al-Maliki nutzte allerdings diesen Moment nicht, um der sunnitischen Bevölkerung die Hand zu reichen und eine gesellschaftliche Aussöhnung anzustreben. Im Gegenteil, die Diskriminierung der Sunnit*innen führte dazu, dass der Unmut in der Bevölkerung anwuchs. Als schließlich im Jahr 2010 ein gewisser Abu Bakr al-Baghdadi die Kontrolle über den ISIS übernahm, konnte er sich eines gesellschaftlichen Rückhalts sicher sein. Darüber hinaus hatten sich auch die alten Offiziere Saddam Husseins der Organisation al-Baghdadis angeschlossen, auch wenn sie nicht unbedingt seine dschihadistische Ideologie teilten. Ihr militärisches Knowhow war für die Organisation jedenfalls Gold wert. Al-Baghdadi konnte nun mit seiner Organisation einen entscheidenden Strategiewechsel einleiten. Fortan sollte der ISIS nicht nur mit blutigen Anschlägen von sich reden machen. Es ging nun auch darum, die Kontrolle über ganze Gebiete zu übernehmen. Ein Kalifat sollte entstehen, das über den Irak wie Syrien gleichermaßen herrschen sollte. Al-Baghdadi entsandte hierfür 2011 erstmals eine Gruppe in das Bürgerkriegsland Syrien. Er war in seinem Vorhaben so zielstrebig, dass er selbst den Bruch mit der al-Qaida in Kauf nahm, die sich gegen ein Wirken des ISIS in Syrien aussprach. Für al-Baghdadi war klar, dass seine Organisation fortan die Avantgarde im globalen Dschihadismus darstellen sollte.

Die Verantwortung der internationalen Staatengemeinschaft für den Terror des IS

Wenn wir über die Ursachen der Entstehung und des Erstarkens des IS sprechen, müssen wir auch über die Rolle der internationalen Staatengemeinschaft sprechen. Dabei sind wir allerdings weit davon entfernt, den IS als angebliche Tarnorganisation irgendwelcher internationalen Mächte zu bezeichnen, wie es gern auch schon mal in bestimmten linken Kreisen gemacht wird. Doch klar ist, dass der IS bzw. seine Vorgängerorganisation im Irak als ein schnell erstarkender Akteur im kriegserschütterten Mittleren Osten auch eine Rolle in den Überlegungen internationaler Mächte gespielt haben dürfte, die Einfluss auf die Zukunft Syriens und des Iraks gewinnen wollten.

Da wären beispielsweise die arabischen Golfstaaten, denen der iranische Einfluss auf Bagdad unter den schiitischen Machthabern sicherlich von Anfang an ein Dorn im Auge gewesen ist. Die Vermutung liegt nicht fern, dass diese Staaten an der Destabilisierung Bagdads durchaus ein Interesse hatten und weiterhin haben. Noch offensichtlicher wird die Situation in Syrien, wo alle möglichen Gruppierungen, auch zahlreiche islamistische Strukturen, mit Waffen und Geldern aus den arabischen Staaten und dem Westen ausgestattet worden sind, um das Assad-Regime zu stürzen. Zahlreiche Kämpfer oder auch ganze Gruppen sind nach 2011 mit ihren Waffen aus dem Westen in Scharen zum ISIS übergelaufen, als sich im Kampf gegen Assad der erhoffte schnelle Sieg nicht einstellen sollte. Der ISIS hat also offensichtlich von der Kriegs- und Interessenspolitik der arabischen Golfstaaten und des Westens profitiert. Als ihm dann noch der kampflose Sieg in Mossul hochmoderne Waffen aus westlicher Produktion und rund 500 Milliarden Irakische Dinar (etwa 318 Mio. Euro) aus den Kassen der Zentralbank bescherte, stand der Ausrufung des Kalifats nichts mehr im Weg.

Der Terrorpate Ankara und ein blühender Grenzhandel

Natürlich versuchten die Staaten, die mitverantwortlich für den Aufstieg des IS waren, ihr Gesicht zu wahren und ihre Rolle und Verantwortung dabei herunterzuspielen. Als der IS zu groß wurde und sowohl gen Bagdad als auch in Richtung Hewlêr (Erbil) loszog, standen plötzlich die westlichen Interessen in der Region selbst auf dem Spiel. Der Ausrufung der internationalen Anti-IS-Koalition schlossen sich dann auch rasch alle Staaten an, die bis vor Kurzem aller Wahrscheinlichkeit nach das Gedeihen der Organisation wohlwollend (wenn nicht gar unterstützend) beobachtet hatten.

Eine gewisse Ausnahmeerscheinung war da die Türkei. Denn wie gesagt, während keiner der übrigen Staaten einen Imageverlust als Unterstützer der menschenverachtendsten Organisation des 21. Jahrhunderts erleiden wollte und deshalb die eigene Verantwortung lieber unter den Teppich kehrte, unterstützte das AKP-Regime den IS völlig ohne Scham und vor den Augen der gesamten Weltöffentlichkeit.

So zweifelt heute niemand daran, dass die Türkei das wichtigste Transitland für internationale Dschihadisten darstellt. Das International Centre for the Study of Radicalisation and Political Violence (ICSR) zählt insgesamt 41.490 ausländische Dschihadisten, die sich dem IS in Syrien und im Irak angeschlossen haben. Der größte Teil von ihnen, darunter alle europäischen IS-Kämpfer, reisten über die Türkei ein. Bei der letzten Schlacht in al-Bagouz waren es vor allem sie, die das Kalifat nicht verloren geben wollten und bis zum bitteren Ende kämpften. Aus ihren Pässen, die den Demokratischen Kräften Syriens (QSD) vorliegen, geht hervor, dass sie zumeist über Istanbul in die Türkei einreisten. Als letzter Zwischenhalt galt in der Regel dann Dîlok (Antep) im Osten des Landes, das auch als Zentrum der Organisation in der Türkei fungier-

te. Über Zwischenmänner gelangten die Dschihadisten dann nach Syrien oder in den Irak. Wer Berichte sucht, wie Dschihadisten auf dem Weg nach Syrien von türkischen Grenzsoldaten geschnappt und festgenommen wurden, wird mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit sehr lange suchen müssen, denn solche Berichte gibt es schlichtweg nicht.

Ein weiterer Beweis für die über lange Zeit blühende Zusammenarbeit zwischen dem IS und der Türkei stellen die Zahlen zum syrisch-türkischen Grenzhandel dar. Solange der IS die Grenztore auf der syrischen Seite kontrollierte, wurde schrankenlos gehandelt. Besonders über das billige Erdöl aus dem Kalifat dürfte Ankara sehr erfreut gewesen sein. Sobald allerdings die kurdischen Selbstverteidigungseinheiten der YPG und YPJ den IS aus diesen Gebieten vertrieben hatten, schlossen sich plötzlich die Grenztore. Mit dem Freund im Geiste ließ sich eben besser Handel treiben.

Der Krieg des IS (Ankaras) gegen die Kurd*innen

Wie andere Mächte auch hatte die Regierung in Ankara den IS als wichtigen Akteur für die eigenen Pläne im Mittleren Osten ins Auge gefasst. Die Überschneidung der Interessen war offensichtlich: Auch die AKP war an einer Schwächung des iranischen Einflusses in Bagdad und an einem Sturz des Baath-Regimes in Damaskus interessiert. Vor allem galt das Interesse Ankaras aber der Vernichtung der kurdischen Selbstverwaltungsstrukturen in Nordsyrien und bis zu einem gewissen Grad auch der Schwächung der kurdischen Autonomie in Südkurdistan (Nordirak). Der IS erwies sich dafür als das passende Instrument.

Wie groß der Einfluss der Türkei auf den IS und seine Kriegsstrategie war, wird sich wohl nicht mehr abschließend klären lassen. Allerdings ist offensichtlich, dass ab 2014 die Dschihadisten ihre Marschroute plötzlich änderten. Fortan waren nicht mehr Bagdad und Damaskus das primäre Eroberungsziel der Organisation, sondern Şengal, Kobanê, Kerkûk und möglicherweise auch Hewlêr. Der IS führte also seinen Gotteskrieg gegen die kurdische Bevölkerung und konnte hierbei voll und ganz auf die logistische Unterstützung Ankaras zählen.

Nachdem der IS dann seinen Zenit überschritten hatte und sukzessive Gebietsverluste hinnehmen musste, bot sich Ankara plötzlich an, als aktiver Part militärische Verantwortung in der Anti-IS-Koalition zu übernehmen. Den IS aus dem Norden Syriens und dem Nordirak säubern, um dann Ansprüche in den »befreiten« Gebieten zu erheben, lautete fortan Ankaras Devise. Doch das Spiel war zu durchsichtig und die anderen Kräfte der Anti-IS-Koalition waren sich durchaus dessen bewusst, dass die Türkei deutlich länger und auch deutlich intensiver für das Erstarken des IS gearbeitet hatte als andere Mächte. Und so musste die türkische Armee, die zuvor den internationalen IS-Kämpfern quasi auf dem roten Teppich Einlass nach Syrien und zum Irak gewährt hatte, zuschauen, wie ihre einstigen Partner auf dem Felde von den Demokratischen Kräften Syriens (QSD) immer weiter zurückgedrängt wurden, bis sie schließlich am 21. März 2019 die letzte vernichtende Niederlage erlitten. 11.000 Kämpferinnen und Kämpfer der QSD, die dafür ihr Leben ließen, machten die Befreiung vom IS möglich.

Welche Schlüsse ziehen wir aus dem Gesagten?

Wir haben in unserem Artikel versucht, die beiden Hauptfaktoren für das Erstarken des IS herauszuarbeiten, die wir an dieser Stelle noch mal festhalten wollen. Es ist zunächst einmal das vorherrschende System im Mittleren Osten, das den Nährboden für den gesellschaftlichen Rückhalt einer solchen Organisation geschaffen hat. Das sektiererische Nationalstaatensystem in der Region baut auf der Verleugnung und der Unterdrückung ganzer gesellschaftlicher Gruppen auf. Das nun mehr als hundertjährige Herrschaftssystem im Mittleren Osten produziert und reproduziert immer wieder von Neuem Feindschaften zwischen Völkern und Religionsgemeinschaften. Erst unterdrückte Saddam die Kurd*innen und Schiit*innen im Irak, dann rächten sich die schiitischen Machthaber kollektiv an den Sunnit*innen im Land und dann entstand eine Organisation, die Bomben in schiitischen Moscheen hochgehen ließ, einen Genozid an den Êzîd*innen verübte und sich dabei der Unterstützung eines Teils der unterdrückten Sunnit*innen sicher sein konnte. Ähnliche Geschichten finden sich auch in den anderen Ländern des Mittleren Ostens. Die hundertjährige Geschichte des Nationalstaatensystems in der Region ist maßgeblich eine Geschichte blutiger Kriege zwischen Bevölkerungsgruppen, Religionsgemeinschaften und ganzen Staaten. Und ein solches System kann letztlich auch den perfekten Nährboden für menschenverachtende Organisationen wie den IS schaffen.

Der zweite Faktor, der im Prinzip mit dem ersten zusammenhängt, ist die negative Rolle, welche regionale und überregionale Mächte im Mittleren Osten spielen. Das herrschende Nationalstaatensystem ist ein Produkt der westlichen Siegermächte des Ersten Weltkriegs. Sie haben eine Ordnung in der Region hinterlassen, die selbstredend Instabilität und Konflikte erzeugt und dadurch erst den Zugriff auf den Mittleren Osten ermöglicht. Das System war aus westlicher Sicht praktisch das perfekte Modell, um in der Ära des Postkolonialismus politische Verhältnisse zu schaffen, unter denen auch weiterhin die Interessen der westlichen Welt in der Region gewahrt waren.



Foto: kgz-saar

Doch auch aus der jüngeren Geschichte lassen sich zahlreiche Beispiele für die negative Rolle internationaler Mächte in der Region benennen: Die Vorgängerorganisation des IS ist ein Produkt der US-Invasion im Irak. Dass der syrische Aufstand zu einem blutigen Bürgerkrieg verkommen konnte, hat maßgeblich mit der Einmischung regionaler und internationaler Mächte zu tun. Auch die Tatsache, dass im Irak ein Diktator wie Saddam Hussein so lange herrschen oder das Assad-Regime die verschiedenen Teile der Bevölkerung Syriens auf diese Weise unterdrücken konnte, steht im direkten Zusammenhang mit der Unterstützung bestimmter internationaler Mächte, die über diese Regime ihre Eigeninteressen in der Region gewahrt sahen.

Die Autonome Selbstverwaltung Nord- und Ostsyriens als Antwort – und die Angst vor ihr

Um nun zu der Frage zu kommen, wie eine Zukunft in der Region nach dem IS aussehen kann, in der die Gegebenheiten für das Entstehen solcher Organisationen und darüber hinaus Feindschaften sowie Unterdrückungsverhältnisse zwischen den gesellschaftlichen Gruppen nicht mehr existieren, müssen wir uns das Gesellschaftsmodell anschauen, das diejenigen Kräfte verteidigen, die den IS militärisch geschlagen haben. Die Autonome Selbstverwaltung Nord- und Ostsyriens (Rêveberiya Xweser a Bakur û Rojhilatê Sûriyeyê) steht für das pluralistische und demokratische Gegenmodell zum herrschenden Nationalstaatssystem in der Region. Es ist zugleich das Modell, vor dem sich all jene Mächte fürchten, die ihren Einfluss und ihren Zugriff auf den Mittleren Osten nicht verlieren wollen.

Und genau das dürfte der Grund dafür sein, dass trotz der militärischen Zusammenarbeit mit der internationalen Anti-IS-Koalition bislang kein westlicher Staat den Schritt zur politischen Anerkennung dieses Gesellschaftssystems wagt. Und ebenso ist das der Grund, weshalb es dem deutschen Außenminister Heiko Maas gelingt, zum Sieg über den IS in al-Bagouz zu gratulieren, ohne auch nur mit einem Wort den Namen der Demokratischen Kräfte Syriens zu erwähnen, die 11.000 ihrer Mitglieder in eben diesem Kampf verloren haben. Auf diese Weise wird selbst die Frage der Rückführung deutscher IS-Dschihadisten aus Syrien zu einer traurigen Politposse deutscher Außenpolitik, weil man in Berlin nicht weiß, wie man diese deutschen Staatsbürger*innen und ihre Familien aus Nordsyrien zurückholen soll, ohne diplomatische Beziehungen zu der Föderation aufzunehmen.

Die Verantwortlichen der demokratischen Selbstverwaltung haben hierbei klare Forderungen an die internationale Staatengemeinschaft gestellt: Die verantwortlichen Staaten sollen ihre Staatsbürger*innen, die sich den Reihen des IS angeschlossen haben, zurücknehmen und die Kriegsverbrecher aus den Reihen der Organisation sollen vor einem eigenen internationalen Gerichtstribunal ihrer gerechten Strafe zugeführt werden. Nur auf diese Weise kann in der Region der Grundstein für einen Neuanfang für die Zeit nach dem IS gelegt werden. Dafür müssen aber auch die Staaten, die sich als Teil der Anti-IS-Koalition verstehen, ihrer selbstgesteckten Verantwortung gerecht werden.

Doch solange Deutschland und andere Staaten das Trauerspiel, das sie bis dato bei diesem Thema aufführen, nicht hinter sich lassen, wird wohl auch das weitere Schicksal der Männer, welche einst große Teile der Welt in Angst und Schrecken versetzten, künftig ungeklärt bleiben. ♦

Wahlbeobachtungsdelegation 2019 in der Türkei und Nordkurdistan

Unter diesen Bedingungen nur undemokratische, unfreie Wahlen möglich

Sophia Angeli

Zu den Kommunalwahlen in der Türkei und Nordkurdistan am 31. März 2019 reiste eine Delegation aus Hamburg und Celle im Auftrag von Zaklin Nastic, Sprecherin für Menschenrechtspolitik der Linksfraktion im Bundestag, in die nordkurdischen Gebiete, um die Wahlen dort zu beobachten. Die Delegation hielt sich vom 29. März bis zum 1. April in den Provinzen Amed (Diyarbakır) und Cizîr (Cizre) auf. Sie setzte sich zusammen aus Abgeordneten des Bezirksparlamentes, solidarischen Personen und Friedensaktivist*innen.

»In den kurdischen Regionen die Zwangsverwalter und im Westen die AKP stürzen« – so lautete die Doppelstrategie der HDP für die Kommunalwahlen. Die HDP, die Demokratische Partei der Völker, war es auch, die erneut in diesem Jahr wieder dazu aufgerufen hatte, in den kurdischen Gebieten der Türkei die Wahlen zu beobachten. In diesen undemokratischen Zeiten der aggressiven Diktatur der Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) wünschte sich die Partei internationale solidarische Beobachter*innen, um die rechtswidrigen Praktiken von Gewalt, Repression und Betrug zu bezeugen und an die Öffentlichkeit zu bringen. Dem versuchte unsere Delegation bestmöglich zu entsprechen.

Es lässt sich sagen, dass die Strategie der HDP bei diesen Wahlen grundsätzlich Erfolg zeigte. In den westlichen Metropolen gelang es durch die Stimmen potenzieller HDP-Wähler*innen, der Republikanischen Volkspartei (CHP) zum Wahlsieg zu verhelfen. Dies fiel einigen Wähler*innen sicherlich nicht leicht, denn als wirkliche Oppositionspartei lässt sich die CHP nicht bezeichnen, zumal sie zuletzt auch der Aufhebung der Immunität zahlreicher HDP-Abgeordneter zustimmte, woraufhin viele in die Gefängnisse wanderten, darunter auch der ehemalige HDP-Vorsitzende Selahattin Demirtaş. Doch selbst dieser rief noch am Tag vor der Wahl dazu auf, im Westen für die Allianz aus CHP und Iyi Parti zu stimmen, um die Allianz aus nationalistisch-islamistischer AKP und rechtsextremer MHP (Partei der Nationalistischen Bewegung) vom Thron zu stürzen. In Nordkurdistan gelang es der HDP, fast alle Provinzen zurückzugewinnen, die zuletzt unter Zwangsverwaltung gestellt worden waren. Doch zehn Tage nach der Wahl beschloss der Hohe Wahlausschuss (YSK), der nur noch als politisches Werkzeug Erdoğans fungiert, dass die demokratisch gewählten Bürgermeister*innen ihr Amt nicht antreten dürften, falls sie zuvor aufgrund der Ausnahmezustandsdekrete aus dem öffentlichen Dienst entlassen worden seien. Die Mandate sollen an die zweitstärkste Kraft (AKP) gehen. Dies ist nur ein weiteres Beispiel für die völlig widersprüchliche Anwendung von Gesetzen seitens der Machthaber gegenüber Oppositionellen und für eine andere Art der Zwangsverwaltung. Im Westen ist es insbesondere der Verlust von Istanbul, der einen schweren Schlag für Erdoğan darstellt. Die Stadt ist nicht nur von enormer wirtschaftlicher Bedeutung, sie hat zudem auch symbolisches Gewicht. Der Kampf um die Stadt fängt jedoch gerade erst an, weshalb es hier keine abschließende Aussage geben kann.

Schon im Vorfeld der Wahlen kam es zu allen Arten von Ungerechtigkeit und Ungleichheit, Unterdrückung und Angriffen seitens der AKP-MHP-Allianz gegenüber der HDP. Aber auch andere Teile der Opposition wurden stark unter Druck gesetzt; grundsätzlich lässt sich sagen, dass alle, die nicht exakt die Inhalte und Ziele der AKP/MHP mittragen, als »Terrorist*innen« beschimpft werden. Das Regime versucht, sich durch Kriegspolitik und Polarisierung der Gesellschaft an der Macht zu halten. In einem solchen politischen Klima der Kriminalisierung und Terrorisierung aller politischen Oppositionellen kann es keinen freien, fairen und demokratischen Wahlprozess geben. Dies zeigte sich beispielsweise auch in der Art und Weise, wie insbesondere mit der HDP in den Medien umgegangen wurde. Die staatlichen Medien, insbesondere TRT und AA, betrieben aggressive Propaganda gegenüber der HDP; zudem war dieser der Zugang zu Medien komplett verwehrt, so durften beispielsweise keine Wahlwerbespots der Partei laufen. Die HDP war somit rein auf soziale Netzwerke und persönlichen Kontakt angewiesen. Aber demokratische Zustände herrschen in der Türkei ja seit Jahren nicht mehr.

Am Wahlwochenende hielt sich die Delegation zunächst in Amed auf, wo es drei Treffen für alle Delegationen gemeinsam gab. Insgesamt waren über 70 Delegierte anwesend. In der Parteizentrale der HDP berichtete zunächst eine Vertreterin der TJAK, der Bewegung der Freien Frauen, von ihren Erfahrungen auf dem Gebiet der nichtstaatlichen Organisierung und den Prinzipien der Bewegung. Die Organisation versteht sich als Bewegung, welche im gesamten Mittleren Osten Widerstand gegen die Mentalität des IS (sog. Islamischer Staat) leistet und männliche Dominanz in allen Bereichen bekämpft. Dabei nimmt sie ihren Platz als Teil einer weltweiten Frauenbewegung ein. Wichtige Aspekte der Bewegung sind das System des Ko-Vorsitzes und die Diversität der Bewegung: Verschiedene Ethnien, verschiedene Religionen zeigen die Vielfalt der Gesellschaft, die sich jedoch nach denselben Werten sehnt. Die Frauenbewegung rief zudem dazu auf, als Zeichen der Gemeinsamkeit auch jenseits von Kurdistan ihrer besonderen Daten zu gedenken, da diese Tage für alle feministischen Bewegungen von Bedeutung seien: der 3. August, der Jahrestag des Genozids an den Êzîd*innen in Şengal (Sindschar), und der 9. Januar, der Jahrestag der Ermordung der drei Aktivistinnen der kurdischen Freiheitsbewegung in Paris, Sakine Cansız, Leyla Şaylemez und Fidan Doğan.

Im Anschluss folgte eine Rede von Vertreter*innen der HDP. Es wurden die Angriffe auf die HDP der letzten Jahre in Erinnerung gerufen und die Aspekte des politischen Vernichtungsfeldzuges, den der türkische Staat gegen die kurdische Bevölkerung führt. Über 90 Orte wurden ab 2015 unter Zwangsverwaltung gestellt, demokratisch gewählte Bürgermeister*innen verhaftet, über 120.000 Angestellte des öffentlichen Dienstes entlassen, mehr als 10.000 politische Aktivist*innen festgenommen, ganze Städte zerstört. Es gibt keine freie Presse mehr, es herrscht ein Klima der Unterdrückung, Repression und Gewalt. Mitglieder der HDP werden als Terrorist*innen diffamiert und es kam zu zahlreichen Festnahmen unmittelbar vor den Wahlen. Es wurde betont, dass in diesem Klima den Wahlen eine höhere Bedeutung zukomme, denn sie seien zukunftsweisend für die weitere Entwicklung in der Türkei. Entweder es öffne sich der Weg zur Demokratisierung oder es folge die Fortführung einer Politik basierend auf Krieg, Konflikten und Isolation.

Die aktuelle Hungerstreikbewegung bildete den Rahmen für das letzte gemeinsame Treffen aller Delegationen. Dem Beispiel Leyla Güvens folgend, die ihren unbefristeten Hungerstreik am 7. November 2018 begann, befinden sich gerade tausende von Menschen ebenfalls in dieser Form des Widerstandes. Etwa 7000 politische Gefangene, dutzende Aktivist*innen und Politiker*innen außerhalb der Gefängnismauern teilen dieselben Forderungen: die Aufhebung der Totalisolation Abdullah Öcalans und die legitime Wahrung seiner Rechte, damit er sich für den Frieden in der Türkei und Kurdistan einsetzen kann. Die Isolation gilt somit nicht nur ihm, sondern steht für die Art der Politik gegenüber der kurdischen Bevölkerung, wie sie vom türkischen Staat praktiziert wird: Rechte werden ignoriert, es wird versucht zu vernichten, zu zerstören und unsichtbar zu machen. Die Delegationen trafen die drei hungerstreikenden HDP-Politiker*innen Dersim Dağ, Tayip Temel, Murat Sarısaç, einige auch Leyla Güven. In ihrer Erklärung machten sie deutlich, dass es für ihren Kampf von großer Bedeutung für sie sei, dass die internationalen Beobachter*innen Öffentlichkeit für die Forderungen herstellen werden, denn in der Türkei selbst könne sich keine oppositionelle Stimme der Repression Erdoğans entziehen. Dies müsse genau so in der internationalen Öffentlichkeit thematisiert werden: dass es in der Türkei ein faschistoides Regime gebe und menschliche Werte mit Füßen getreten würden. Auf die Frage eines Teilnehmers, woher die Hungerstreikenden ihre Stärke nehmen würden, antworteten diese, dass sie ein Ziel hätten, deshalb hätten sie Kraft.

Am Wahlsonntag waren die Teilnehmer*innen der Hamburger Delegation aufgeteilt in kleineren Gruppen in verschiedenen Gebieten der Provinz Cizîr unterwegs. Am Abend davor, auf der Fahrt nach Cizîr, fanden mehrere Kontrollen an Sicherheitscheckpoints statt. Kurz vor der Stadt beispielsweise wurde die Delegation mehr als eine Stunde festgehalten und durch verschiedene Sicherheitskräfte verhört. Der Weg von Mêrdîn nach Cizîr ist zudem geprägt durch die Präsenz der hunderte Kilometer langen Mauer zu Rojava/Nordsyrien, dem westlichen Teil Kurdistans. Alle vier Teile Kurdistans sind durch die kolonialistischen Grenzen der regionalen und globalen Mächte zumindest auf der Karte geteilt, doch die Mauer zwischen Westen und Norden wurde erst in den letzten Jahren durch den türkischen Staat und mit Geldern der EU errichtet und trennt ganze Orte, Familien, Menschen.

In Silopiya wurde beobachtet, dass in vielen Wahllokalen hunderte Soldat*innen wählen, die dort weder stationiert sind noch dort leben. Ihre Registrierung dient der Beeinflussung der Wahlergebnisse. Diese Methode wurde auch in vielen anderen Orten in Nordkurdistan angewandt und teilweise auch schon im Vorfeld von der HDP öffentlich gemacht. Wahlbeobachter*innen konnten selbst sehen, dass die angekarrten, in Zivil gekleideten Militärdienstleistenden sich im Flur der Wahlbüros bei einem halbzivil Verkleideten melden mussten, welcher sie dann in einer ausgedruckten Liste ausstrich. Daran wurde deutlich, wie vorausschauend der ganze Wahlprozess manipuliert wurde. Auch die hohe Militärpräsenz einte alle besuchten Ortschaften. Vor vielen Schulen, die als Wahllokale dienten, parkten Panzer, Soldaten mit Waffen bewegten sich inner- und außerhalb der Gebäude. Durch die Präsenz der gepanzerten Wagen mit ihren schwer bewaffneten Besatzungen

zum Teil auch im Schulhof versuchte man insbesondere die jüngeren Frauen mit ihren Kindern von der Teilnahme an der Wahl abzuhalten. Schwarz gekleidete Sonderkommandokräfte, mit Uniformen wie für einen Straßenkampf, drückten mit ihrem ganzen Gehabe Gewalttätigkeit und Willkür aus. Militärs, die außerhalb des Dienstes mit Bewaffnung unter Jacke oder Pullover in die Wahllokale kamen, bauten sich demonstrativ im Gang zu den Klassenräumen auf und glichen in ihrer Ausstrahlung den schwarz gekleideten »Spezialkräften«. Besonders intensiv richtete das türkische Regime seinen Fokus auf Orte wie Şirnex (Şırnak). Şirnex, ein Zentrum des Widerstandes der kurdischen Freiheitsbewegung, glich am Wahltag eher einer Kaserne. Unzählige Panzer rollten durch die Straßen, die Menschen berichteten von Drohungen und Einschüchterungen. In den besuchten Wahllokalen durften die Beobachter*innen nach einer anfänglichen Ausnahme nicht einmal mehr die Gebäude betreten. Das Wahlergebnis von Şirnex – die AKP habe 61 Prozent der Stimmen erlangt – lässt sich nicht als Wille der Bevölkerung sehen, sondern steht im Zusammenhang mit der massiven Manipulation, die das Regime durch oben benannte Methode und andere Angriffe des Vernichtungsfeldzuges gegen die kurdische Bevölkerung durchführt. Besonders bewegend erschien einigen Beobachter*innen, die zum ersten Mal nach Şirnex kamen, die Sichtbarkeit der Brutalität des Kolonialismus in Kurdistan. Angefangen bei der Militarisierung des gesamten Gebietes zur Kontrolle der Bevölkerung bis hin zu der so offenen Ausbeutung der Rohstoffe und den zuletzt 2015/2016 entstandenen Lücken zwischen den Wohnhäusern, den massiven Angriffen des türkischen Staates geschuldet. Das sind Eindrücke, wie sie die kurdische Bevölkerung seit Jahrzehnten aus so vielen ihrer Ortschaften kennt und die es so nicht geben könnte, würden nicht auch andere Staaten ihren Anteil daran haben.

Die Bevölkerung von Cewlîg feiert vor den Kommunalwahlen ihre HDP. Foto: ANF

Abschließend lässt sich nur wiederholen, dass selbst in einem so kurzen Beobachtungszeitraum zu sehen war, dass es sich in einem so faschistoiden Staat wie der Türkei nur um undemokratische, unfreie Wahlen handeln konnte. Die AKP/MHP mag zwar eine Mehrheit errungen haben, doch die eingesetzten Mittel müssen betrachtet werden, die dazu beitrugen. Diese konnten teilweise direkt am Wahltag beobachtet werden, teils erkennt man sie an der Politik der letzten Jahre. Die Wahlbeobachter*innen versuchen Öffentlichkeit dafür herzustellen, da vieles vor Ort selbst nicht mehr möglich ist. Zudem ist es aber auch die Aufgabe jeder Delegation, sich selbst für ein Ende dieser Politik einzusetzen. Das bedeutet beispielsweise für die Bundesrepublik, aktiv gegen die Unterstützung anzugehen, die die Bundesregierung Erdoğan gewährt, sei es aus politischem Kalkül (Zurückhalten der Flüchtlinge) oder wegen der Interessen der deutschen Rüstungsindustrie. Abgesehen von den Begegnungen mit den Menschen in Kurdistan, die trotz all dieser Angriffe dennoch immer wieder sagen »Wir werden siegen!« und von deren Willensstärke viel gelernt werden kann, bieten die internationalen Zusammenkünfte auch die Möglichkeit, sich zu vernetzen und Verbindungen zueinander aufzubauen, um das System, das hinter dem Vernichtungsfeldzug gegen die kurdische Bevölkerung steht, vereinter zu bekämpfen. ♦

Jineolojî als Wissenschaft zur Verteidigung und Verwirklichung der Frauenrevolution

Wir geben es nie mehr her!

Interview mit Andrea Benario

Angesichts der aktuellen Kriegsdrohungen der Türkei gegen die autonome Selbstverwaltung in Nord- und Ostsyrien fragen sich viele Menschen, wie der Aufbauprozess und die aktuellen Arbeiten der Jineolojî dort weitergehen. Im Folgenden dokumentieren wir ein Interview, in dem eine Mitarbeiterin der Jineolojî-Akademie in Rojava Fragen zur Bedeutung von Jineolojî im revolutionären Prozess und zur aktuellen politischen Situation beantwortete.

Welche Rolle spielt die Jineolojî in der Revolution in Rojava?

Jineolojî ist die »Wissenschaft der Frau«, wobei das Wort »Frau« – d. h. ***jin*** im Kurdischen – eng mit den Wörtern Leben und Gesellschaft verbunden ist. Auch Wissenschaft verstehen wir nicht im Sinne westlicher positivistischer Wissenschaften. Jineolojî hat weder den Anspruch, »neutral« und »objektiv« zu sein, noch betreibt sie Forschung allein der Erkenntnis wegen. Denn diese Herangehensweise der positivistischen Wissenschaften ist das Paradigma patriarchaler Macht und kapitalistischer Ausbeutung. Das Ziel dieser Wissenschaften ist, alles zu rationalisieren und beherrschbar zu machen, indem Wissen von Ethik abgespalten, Geist, Seele und Körper voneinander losgetrennt und Details aus dem Gesamtkontext gerissen werden. Diese Logik der herrschenden Wissenschaft macht Frauen, die gesamte Gesellschaft und die Natur zu Objekten, um sie kapitalistischen Profit- und Machtinteressen entsprechend erforschen und benutzen zu können.

Demgegenüber definiert sich Jineolojî als eine ganzheitliche Wissenschaft von und für Frauen und die Gesellschaft. Sie versteht sich als eine Wissenschaft für die Frauenrevolution. Wissen ist hier nicht Mittel der Macht von Eliten. Es geht vielmehr darum, das bei Frauen und in allen Gesellschaften vorhandene Wissen über freie, ökologische, kommunale Lebensformen zusammenzutragen, neu zu interpretieren und einander zugänglich zu machen. Solches Wissen entsteht aus historischen und gesellschaftlichen Erfahrungen, aus unserem Leben und ist mit ihm verbunden. Das bedeutet, dass wir das Leben ganzheitlich betrachten, um seine Bedeutung, unseren Platz darin und unsere Handlungsmöglichkeiten verstehen zu können.

Wenn wir archäologische Funde deuten oder gesprochener Geschichte, Liedern und Geschichten lauschen, dann können wir solidarische, kommunale Lebensgemeinschaften kennen lernen, in denen Frauen eine zentrale Rolle spielten. Muttergöttinnen-Figuren zeigen uns, dass es in allen Teilen der Welt Gesellschaften gegeben hat, in denen Frauen eine ideelle, produktive und schützende Kraft symbolisierten. Insbesondere in Kurdistan und in ganz Mesopotamien finden wir viele Symbole, Geschichten und Bräuche dieser Epoche, die aus dem neolithischen Zeitalter ca. 8000–3000 v. u. Z. stammen. Wir bezeichnen diese Phase als eine **erste Frauenrevolution**. Denn Frauen spielten eine führende Rolle in der Entwicklung von Ackerbau und Viehzucht, beim Aufbau von Dorfgemeinschaften, bei der Aneignung und Weitergabe von Wissen, das der Menschheit großen Nutzen brachte. Dieser Prozess bedeutete eine tief gehende Erneuerung der Lebensqualität, der menschlichen Beziehungen, gesellschaftlicher Strukturen und Werte. Er lässt uns erkennen, dass die größten Fortschritte in der Menschheitsgeschichte nicht durch Kriege und Gewalt, sondern durch Kooperation, solidarisches Teilen, Empathie, gegenseitige Verantwortung und Wertschätzung gemacht wurden.

Dieses Wissen und die Weisheiten von Frauen sind eine Grundlage der Jineolojî. Eine weitere Grundlage sind für uns das Erbe und Erkenntnisse von Frauen, von Frauenbewegungen und sozialen Kämpfen weltweit. An allen Orten und zu jeder Zeit haben Frauen und Gemeinschaften gegen jegliche Form von Unterdrückung und Unrecht individuell und kollektiv Widerstand geleistet. Diese Kämpfe dauern an. Da die Geschichte aber zumeist von Männern und aus der Perspektive der Herrschenden niedergeschrieben wurde, bedeutet das für

uns, die Charakterisierung von Frauen, ihre vielfältigen Aufstände und Freiheitskämpfe aus einem anderen Blickwinkel zu betrachten. Hierdurch wollen wir die Argumente entschleiern, die von Mythologien, Religionen, Philosophie und Wissenschaft kreiert wurden, um Gewalt, Versklavung und Raubzüge zu rechtfertigen. Die Entwicklungsgeschichte und andauernden Kämpfe der Frauenbewegung in Kurdistan begreifen wir als dritte Grundlage und Wissensquelle der Jineolojî. In den vergangenen vier Jahrzehnten hat sich in Kurdistan eine Frauenbewegung herausgebildet, die heute in allen Bereichen der Gesellschaft, in der Politik und bei der Verteidigung der Revolution eine führende Rolle spielt. Hierfür waren die theoretischen Arbeiten und das Engagement von Abdullah Öcalan eine ausschlaggebende Inspirationsquelle. Theorie und Praxis haben hierbei immer in Wechselbeziehung zueinander gestanden. Die Analysen über die gesellschaftliche und politische Situation der Frauen in Kurdistan führten zum Aufbau einer Frauenguerilla. Die massenhafte Beteiligung von Frauen am Guerillakampf führte zu Diskussionen über eine Frauenbefreiungsideologie und zu Überlegungen zum Aufbau einer militanten Frauenpartei. Mit der Frauenpartei wurde die Basis für Diskurse über die Notwendigkeit und Bedeutung einer Frauenrevolution und einen neuen Gesellschaftsvertrag geschaffen. Mit der Organisierung von Frauenkommunen, -räten, -akademien und -selbstverteidigungsstrukturen wurden in Kurdistan patriarchale Rollenmuster und Denkweisen aufgebrochen. Frauen formulieren heute ihren Willen, gestalten kommunale und internationale Politik, kämpfen gegen sexistische Gewalt in der Familie und Gesellschaft, gegen Kolonialismus und Angriffe des Islamischen Staates und der türkischen Armee. Frauen bauen in allen gesellschaftlichen Bereichen ihre autonomen Strukturen der demokratischen Selbstverwaltung auf, entwickeln eigene Visionen und setzen sie um. Das sind die Prozesse, die die Basis der Revolution in Rojava darstellen und die dazu geführt haben, dass die **Revolution in Rojava als Frauenrevolution** bekannt wurde.

All diese Diskurse, Organisierungsansätze, damit verbundenen praktischen Arbeiten und Aktionen sowie die hieraus resultierenden Erfahrungen und Analysen stellen einen wichtigen Nährboden für die Jineolojî dar. Wobei es zugleich ein Anliegen der Jineolojî ist, diesen revolutionären Prozess zu stärken. Deshalb ist eine wichtige Aufgabe der Jineolojî-Forschungszentren, der Arbeiten an der Jineolojî-Akademie und der Jineolojî-Fakultät der Rojava-Universität, gesellschaftliche Widersprüche und deren Wurzeln tiefer zu analysieren und neue Perspektiven für ihre Lösung zu entwickeln. Jineolojî erforscht die Geschichte/n des Widerstands, alternative Heilmethoden, Wirtschafts- und Lebensformen von Frauen der verschiedenen Völker, Kulturen und Glaubensgemeinschaften in Rojava und Syrien. Hierdurch wird das Bewusstsein für Gemeinsamkeiten gestärkt, werden nationalistische Spaltungen überwunden. Unsere Sicht und unsere Gefühle werden vom patriarchalen Blick, der Ignoranz und der dazugehörigen Herrschaftshörigkeit enttrübt. Uns als aktiven Teil der Gesellschaft verstehend, können wir uns aus der Hilfs- und Hoffnungslosigkeit befreien. Als Frauen, als Menschen mit unterschiedlichen Realitäten können wir so die Art und Weise unseres Zusammenlebens neu gestalten; mit Empathie, Respekt und Selbstrespekt leben.

Die Jineolojî-Akademie ist durch ihre Bildungsprogramme und die Zusammenarbeit mit den verschiedenen Einrichtungen der Demokratischen Selbstverwaltung ein wichtiges Standbein der Revolution in Rojava geworden. Es findet ein gegenseitiger Prozess des Lernens und der Weiterentwicklung statt. So können hierarchische, patriarchale, ignorante Herangehensweisen in Theorie und Praxis überwunden sowie kommunale, basisdemokratische Werte in der Gesellschaft von Neuem gestärkt werden. Die Frauen hier, die heute an Bildungen teilnehmen oder diese selber geben, machen jeden Tag unzählige neue Schritte voller Mut und oft ins Unbekannte. Jeder Tag ist voller kleiner Revolutionen. Das ist der Weg zur großen Revolution. Die Widersprüche in der Gesellschaft zu benennen und Alternativen zu finden, die dem alltäglichen Leben und Miteinander Sinn geben und Veränderung schaffen, ist ein grundsätzlicher Teil jedes revolutionären Prozesses. Dies gilt nicht nur für den gesellschaftlichen Neuaufbau in Rojava, sondern auch darüber hinaus.

Seit Dezember gab es wiederholt aggressive Drohungen der türkischen Regierung, Rojava und die selbstverwalteten Gebiete in Nord- und Ostsyrien anzugreifen und zu besetzen. Welche Auswirkungen hat dies auf die Arbeiten der Jineolojî? Kann wissenschaftliche Arbeit unter diesen Bedingungen stattfinden?

Wie bereits erwähnt, begreifen wir Jineolojî als eine wissenschaftliche Quelle, die sich aus der Revolution speist und zugleich die Revolution nährt. Die Bedingungen, unter denen Jineolojî in Kurdistan entwickelt wurde und unter denen auch der Aufbau der Demokratischen Autonomie in Rojava, in Nord- und Ostsyrien umgesetzt wird, waren und sind von ständigen Angriffskriegen geprägt. Ziel dieser Kriege – seien sie durch Armeen der Besatzerstaaten, durch imperialistische Mächte oder ihre Proxies wie den IS geführt – war und ist es, die Verfügungsgewalt über die Ressourcen und die Menschen in dieser Region an sich zu reißen. Hiergegen leisten die kurdische Bevölkerung, die kurdische Befreiungsbewegung seit Jahrzehnten entschlossenen Widerstand. In der Tradition der PKK, durch deren Einfluss eine neue politische Kultur in der kurdischen Bevölkerung entstanden ist, ging dieser Wider-

stand über eine bloße Verteidigung der physischen Existenz hinaus. Der Kampf war tief verbunden mit der Frage »***Wie leben?***« Deshalb opferten Menschen ihr eigenes Leben auf, um ein würdevolles Leben und eine freie Zukunft für ihre Gesellschaft zu erreichen.

Die Drohungen der Türkei eines erneuten, diesmal sehr großflächig angelegten Besetzungskrieges gegen Rojava kamen im Dezember 2018 auf die Tagesordnung, als die Verteidigungskräfte YPG/YPJ (Volks-/Frauenverteidigungseinheiten) und QSD (Demokratische Kräfte Syriens) gerade in der letzten Phase des Kampfes um den militärischen Sieg über den IS standen. Hieran zeigt sich, dass die Türkei keinerlei Interesse an der Zerschlagung des IS hat. Im Gegenteil, die Türkei sowie auch die imperialistischen Staaten wollen die Bevölkerung in Rojava und im gesamten Mittleren Osten in ständigen Kriegen gefangen halten. Mit ihren Angriffen wollen sie verhindern, dass alternative gesellschaftliche Aufbau- und Emanzipationsprozesse voranschreiten. Denn sie wissen, wenn sie diese ins Stocken bringen, dann kämpfen sie gegen eine Gesellschaft ohne Selbstverteidigungsbewusstsein und -strukturen.

Mit ihren Kriegsdrohungen wollen die Herrschenden die Menschen zur Aufgabe zwingen, sie entwurzeln und vertreiben. Dann können sie sich als Retter anpreisen und bekommen dazu noch Milliarden von Euros aus UN- und EU-Flüchtlingsfonds, um neue Grenzmauern zu bauen und sich militärisch aufzurüsten. Um diese psychologische und faktische Kriegsführung zu entlarven und ins Leere laufen zu lassen, ist es gerade unter Kriegsbedingungen – wie sie in Syrien und im gesamten Mittleren Osten herrschen – für die Menschen und die Gesellschaft besonders wichtig, dass der gesellschaftliche Aufbau stets weiter voranschreitet. Genauso wie die physische, militärische Verteidigung überlebenswichtig ist, gilt das auch für die mentale Verteidigung, die Organisation und das solidarische Bewusstsein der Gesellschaft. Nur so lassen



Im März konnten die Demokratischen Kräfte Syriens und mit ihnen die Frauenverteidigungseinheiten YPJ die Befreiung vom IS in Nord- und Ostsyrien bekannt geben. Foto: YPJ

sich die vielfältigen Ebenen der Zerstörung, die der Krieg und das Unrecht anrichten, in einen entschlossenen Widerstand verwandeln. Nur so lässt sich verhindern, dass sich eine Brutalisierung in der Gesellschaft ausbreitet, Mentalität und Methoden des Aggressors reproduziert werden. Dieser Prozess der bewaffneten Verteidigung und des politisch-ethischen Gesellschaftsaufbaus ist in Rojava nie als Gegensatz, sondern als zwei Seiten derselben Medaille begriffen worden. Deshalb konnte verhindert werden, dass sich eine Einstellung nach dem Motto breitmacht: »Heute ist jedes Mittel legitim; wenn wir gesiegt haben, dann klären wir den Rest!« Diese in vielen Kriegen und auch in vielen Befreiungskämpfen auf der Welt angewendete Losung hat dazu geführt, dass militärische Siege kaum zu freieren Gesellschaften geführt haben. Alte Machthaber wurden durch neue ersetzt. Gerade Frauen haben dies immer wieder bitter erfahren müssen. Unzählige Frauen, die entscheidende Rollen in Kämpfen und Revolutionen gespielt hatten, wurden danach wieder aus dem öffentlichen Leben verbannt. Sie wurden zurück ins Heim und in die Ehe geschickt, da andere gesellschaftliche Rollen für Frauen langfristig nicht vorgesehen waren. Wenn sich wirklich etwas Grundlegendes ändern soll, dann müssen sich mit dem Kampf gegen staatliche und koloniale Aggressoren auch die Mentalität und Strukturen in der Gesellschaft ändern, die Unterdrückung entstehen lassen und reproduzieren.

Das heißt hier konkret, dass der Kampf der Frauen in den Frauenverteidigungseinheiten YPJ, bei den Frauensicherheitskräften Asayîşa Jin und in den zivilen Verteidigungsstrukturen Parastina Jin mit dem Kampf um gesellschaftliche Veränderung und kollektive Befreiung als Frauen einhergeht, damit sie sich nicht eines Tages wieder alten Familienstrukturen unterordnen müssen. Das Bewusstsein über die Errungenschaften der Rojava-Revolution ist für Frauen und die Bevölkerung eine wichtige Motivation, sich auf allen Ebenen für ihre Verteidigung einzusetzen. Das ist es, was den Frauen der YPJ von Serê Kaniyê und Kobanê bis hin nach Reqqa und Dêrazor den Mut und die Kraft verlieh, den IS in die Flucht zu schlagen und zu besiegen, während zuvor staatliche Armeen vor diesen faschistischen Mörderbanden kapituliert hatten.

Deswegen ist es für uns – genauso wie für alle zivilgesellschaftlichen Arbeiten – entscheidend, den jeweiligen Bedingungen angepasst unsere Arbeiten weiterzuführen. Denn sie sind Bestandteil des Widerstands, der Selbstverteidigung und des Aufbaus. Sicher werden Sicherheitsmaßnahmen ergriffen, den jeweiligen Situationen entsprechend andere Prioritäten gesetzt oder den Bedürfnissen der Gesellschaft entsprechend neue Projekte und Arbeitsfelder bestimmt. Wir sind entschlossen, die Frauenrevolution in Rojava gegen jegliche Aggression zu verteidigen und auszuweiten.

Welche Bedeutung messt Ihr in diesem Kontext dem seit über einem Jahr andauernden Widerstand zur Befreiung von Efrîn bei?

Der Widerstand der Bevölkerung von Efrîn und insbesondere die entschlossene Rolle, die Frauen darin gespielt haben, hat wirklich eine historische Bedeutung. Dieser Widerstand ist ein Symbol für die Entschlossenheit und Willenskraft der Bevölkerung, ihre Verbundenheit mit ihrem Land und dem Wunsch, auf diesem Land frei und selbstbestimmt zu leben. In gewisser Hinsicht können wir Parallelen zwischen dem Widerstand in Efrîn und dem Kampf für die Verteidigung der Pariser Commune ziehen: Die gesamte Bevölkerung hat sich auf allen Ebenen – militärisch, politisch, ökonomisch – selbst organisiert, am Kampf beteiligt und verteidigt. Wie auch beim Angriff auf Efrîn im Januar 2018 hatten sich 1871 die Armeen zweier verfeindeter Großmächte verbündet, um die Pariser Commune niederzuschlagen und zu verhindern, dass sich die Hoffnungen und revolutionären Dynamiken verbreiten. Letztendlich hat die Pariser Commune Geschichte geschrieben. Ihre Erfahrungen führten zu neuen strategischen und taktischen Überlegungen, die später für den Erfolg anderer revolutionärer Kämpfe ausschlaggebend waren. Ähnlich können wir sagen, dass die Bewertung der Erfahrungen von Efrîn auch wichtige Lehren für die Verteidigung der Revolution in Rojava und die Ausbreitung revolutionärer Dynamiken an anderen Orten in der Welt enthält. Sie hat uns gezeigt, wie wichtig die praktische internationale Solidarität ist. Und zugleich hat sie uns spüren lassen, dass es für die Verteidigung der Revolution notwendig ist, dass revolutionäre Kämpfe und Organisierung, die eine breite gesellschaftliche Basis haben, auch außerhalb von Rojava stattfinden. Rojava kann ein Beispiel sein, das inspiriert. Aber wichtig ist, dass Menschen überall den Widerstand gegen Faschismus, gegen Feminizide, gegen kapitalistische und koloniale Ausbeutung organisieren. Unsere Selbstverteidigung gegen die verschiedenen Formen von Angriffen und Kriegen zu organisieren bedeutet zuallererst auch, das Selbstverteidigungsbewusstsein, die gesellschaftliche und politische Organisierung der Bevölkerung zu stärken. Wichtig ist hierbei, dass der Kampf und der Widerstand zur Befreiung von Efrîn weitergehen. Seit über einem Jahr hat die Bevölkerung von Efrîn in Flüchtlingscamps in der Region von Şehba erneut ihre Selbstverwaltungsstrukturen aufgebaut. Genauso wie die bewaffneten Widerstandseinheiten von Efrîn tagtäglich Aktionen gegen die türkische Besatzungsarmee und die von ihnen benutzten islamistischen Söldner durchführen, um das illegale Besatzungsregime zu beenden, so dauern auch die Aktionen der Bevölkerung für ihre Rückkehr in ein freies Efrîn an.

Für uns ist es wichtig, diesen Widerstand sichtbar und international bekannt zu machen. Um den Kampf der Frauen aus Efrîn mit Frauenkämpfen in anderen Ländern zu verknüpfen,

haben wir gemeinsam mit Kongra Star und anderen Frauenorganisationen in Rojava die internationale Solidaritätskampagne »WomenRiseUpForAfrin« initiiert, die mit neuen Aktionsformen und Mobilisierungen weitergeht.

Welche neuen Entwicklungen und Herausforderungen erwartet Ihr jetzt, nachdem die Einheiten von QSD, YPG und YPJ auch die letzte vom IS in Syrien besetzte Region befreit haben?

Nach dem militärischen Sieg über den IS in der Region Dêrazor gibt es qualitativ eine neue Situation. Der Krieg ist damit noch nicht vorbei. Weder das militärische noch das ideologische Gefahrenpotential, das noch vom IS ausgeht, sollte unterschätzt werden. Mit seiner militärischen Schwächung in den von ihm zuvor besetzten Gebieten ist der IS schon im vergangenen Jahr zu neuen Taktiken übergegangen. Neben den Versuchen, in Innenstädten Bombenanschläge mit möglichst vielen Opfern unter der Zivilbevölkerung durchzuführen, wurden insbesondere gezielte Mordanschläge auf Persönlichkeiten verübt oder geplant, die den Aufbau der Demokratischen Autonomie in Nordsyrien vorantrieben. Morde an solchen Menschen aus der arabischen Gemeinschaft verfolgen das Ziel, das Projekt der konföderalen, demokratischen Selbstverwaltung zu sabotieren, Misstrauen und Angst zu schüren. Andererseits gibt es Hunderttausende von Menschen, die über 4–5 Jahre unter dem faschistischen Regime des IS gelebt haben. Eine Generation von Kindern ist unter dem Einfluss der menschen- und frauenverachtenden Ideologie des IS aufgewachsen. Sie mussten Enthauptungen und Verstümmelungen von Menschen auf offener Straße mit ansehen. Sie selbst oder Menschen aus ihrem Umfeld wirkten – gezwungenermaßen oder aus Überzeugung – an Verbrechen gegen die Menschlichkeit mit … Welche Folgen wird dies für die zukünftige Gesellschaft in Syrien oder im Irak haben? Werden die TäterInnen für ihre Verbrechen zur Rechenschaft gezogen werden? Werden sie ihre Taten bereuen und sich wirklich von der faschistischen Ideologie des IS lösen? Wird es im Rahmen der Strukturen und der Philosophie des Demokratischen Konföderalismus gelingen, die junge Generation die Werte von Freiheit, Respekt vor dem Leben und allen Menschen spüren und leben zu lassen? Das sind Herausforderungen, auf die es keine einfachen, geradlinigen Antworten gibt.

Zugleich stellen die Kriegs- und Besetzungsdrohungen der Türkei gegen die Gebiete der Demokratischen Autonomie in Nord- und Ostsyrien weiterhin eine akute Gefahr dar. Die imperialistischen Mächte benutzen die Türkei und deren Armee in diesem Spiel genauso, wie die Türkei mit den NATO-Staaten und Russland herumjongliert, um unter allen Umständen zu verhindern, dass die KurdInnen einen politischen Status in einem demokratischen Syrien erhalten. Auch das syrische Regime weigert sich nach wie vor, grundlegende demokratische, politische und kulturelle Rechte der Völker in Rojava anzuerkennen.

Jedoch haben die Menschen – insbesondere die Frauen – in den acht Jahren des Kampfes für den Aufbau und die Verteidigung der Demokratischen Autonomie tief greifende Erfahrungen gemacht und Erkenntnisse erlangt, die unwiderruflich sind: Frauen haben neue Bereiche des gesellschaftlichen und politischen Lebens kennen und gestalten gelernt. Sie haben erfahren, dass sie durch ihre Organisierung stark werden, ihrer Meinung und ihren Interessen Geltung verschaffen und sich selbst verteidigen können. KurdInnen, AraberInnen, SyrianerInnen, TschetschenInnen, TscherkessInnen, TurkmenInnen, ArmenierInnen, ÊzîdInnen, ChristInnen, Muslime – Menschen der verschiedenen Gemeinschaften, die zuvor gegeneinander ausgespielt wurden, haben einander kennen und schätzen gelernt. Sie haben erfahren, dass nicht nur sie Leid erlitten haben. Sie haben Ängste und Freude miteinander geteilt und gemeinsam die ersten Schritte zum Aufbau einer lebenswerten Zukunft gemacht. Die Stärke, die in diesen Beziehungen entstanden ist, war in den entschlossenen Worten der Co-Vorsitzenden der Partei der Demokratischen Einheit (PYD) in Til Temir anlässlich einer Hungerstreikaktion in Solidarität mit Leyla Güven, für die Aufhebung der Isolationsfolter gegen Abdullah Öcalan und gegen die Kriegsdrohungen der Türkei deutlich zu spüren. Die junge arabische Frau, die sich gegen den Willen ihrer Brüder durchsetzte und mit der Befreiung von Til Temir anfing, politisch aktiv zu werden, sagte: *»Wir – KurdInnen, AraberInnen und Aschurî – haben diese Erde unter großen Opfern und mit unserem Blut gemeinsam vom IS befreit. Wir geben dieses Land und unsere Freiheit nie mehr auf. Wir werden sie auch jetzt gegen das neue Osmanische Reich von Erdoğan verteidigen – koste es, was es wolle!«* ♦

Nach dem militärischen Sieg über den IS in der Region Dêrazor gibt es qualitativ eine neue Situation. Der Krieg ist damit noch nicht vorbei. Weder das militärische noch das ideologische Gefahrenpotential, das noch vom IS ausgeht, sollte unterschätzt werden. Mit seiner militärischen Schwächung in den von ihm zuvor besetzten Gebieten ist der IS schon im vergangenen Jahr zu neuen Taktiken übergegangen.

Für einen neuen Internationalismus der Frauen:

Demokratischer Weltfrauenkonföderalismus

Meral Çiçek, REPAK, Silêmanî

Die kurdische Frauenbefreiungsbewegung hat erstmals im vergangenen Oktober auf der Internationalen Frauenkonferenz in Frankfurt, die unter dem Titel »Revolution in the Making« vom Netzwerk »Women Weaving the Future« organisiert wurde, ihren Vorschlag für einen demokratischen Konföderalismus der Frauen unterbreitet. In ihrer fünfseitigen Erklärung zum diesjährigen 8. März richtete die KJK (Komalên Jinên Kurdistan, Gemeinschaften der Frauen Kurdistans) dann folgenden Aufruf an die Frauen der Erde: »Der erste Grundsatz des Frauenbefreiungskampfes ist Organisierung. Ohne Organisierung kann Freiheit nicht möglich sein. Es ist notwendig, Proteste in dauerhafte Organisiertheit umzuwandeln. Die Bedingungen in diesem ersten Viertel des 21. Jahrhunderts und die Haltung der Frauen machen den Kampf um das freie Leben zu einer möglichen Herausforderung. Wir müssen unseren Kampf also auf eine höhere Ebene bringen. Wir müssen unseren Einspruch organisieren und unseren Kampf gegen das antidemokratische, diktatorische und herrschaftliche System organisieren. Denn wenn sich unsere Kämpfe nicht in eine Form integrieren, können wir uns nicht ausreichend ändern. Es ist jedoch an der Zeit, die Revolution der Frauen zu verwirklichen und das 21. Jahrhundert in eine Zeit der Freiheit der Frauen zu verwandeln. Die Bedingungen sind reifer als je zuvor. Als kurdische Frauenfreiheitsbewegung schlagen wir für die Vereinigung der globalen Frauenkämpfe den Namen Weltfrauenkonföderalismus vor. Der Weltfrauenkonföderalismus hat zum Ziel, die Einheit des Kampfes von Frauen durch die Wahrung der Autonomie zu verbessern. Als Frauenorganisationen und -bewegungen sollten wir in der Lage sein, gemeinsame Einstellungen zu entwickeln, Trennungen zu überwinden, gemeinsame Kampfstrategien und -taktiken festzulegen, um in der Tat zusammenarbeiten zu können und gemeinsame Mechanismen aufzubauen. Wir müssen die dafür notwendigen Grundsätze und Prinzipien der Organisierung diskutieren und gemeinsam festlegen. Der Gesellschaftsvertrag, den wir 2002 als Bewegung ausgerufen haben und an dem wir derzeit wieder arbeiten und den wir bald mit euch teilen werden, kann einen grundlegenden Rahmen dafür bieten.«

Beim demokratischen Weltfrauenkonföderalismus handelt es sich noch nicht um ein fertig ausgearbeitetes Konzept oder Programm. Vielmehr befinden wir uns in einem Diskussionsprozess, der u. a. angeregt worden ist von a) den Entwicklungen der vergangenen Jahre in Kurdistan, v. a. dem revolutionären Prozess in Rojava, der verstärkten Teilnahme und Teilhabe von InternationalistInnen an diesem Prozess sowie den Reflexionen des Kampfes in Kurdistan in andere Teile der Erde sowie b) dem Charakter unseres Zeitalters, den Auswirkungen auf Frauen und in diesem Zusammenhang den Möglichkeiten und der historischen Notwendigkeit, die Frauenrevolution zu realisieren. Dazu kommen interne Entwicklungen der Frauenbefreiungsbewegung in Kurdistan auf ideologischer, organisatorischer, struktureller, politischer und gesellschaftlicher Ebene wie Jineolojî, Co-Vorsitz, konföderale Organisierung der Frauenbewegung. Beispielsweise hatte sich die größte Dachorganisation der kurdischen Frauen auf ihrer außerordentlichen Generalversammlung im Frühling 2014 umbenannt von KJB (Koma Jinên Biling – Hoher Rat der Frauen) in KJK (Komalên Jinên Kurdistanê – Gemeinschaften der Frauen aus Kurdistan). Hierbei handelte es sich nicht nur um eine Namensänderung, sondern um eine Restrukturierung entsprechend dem Demokratischen Konföderalismus, wie er von Abdullah Öcalan konzeptualisiert ist. Dementsprechend handelt es sich bei KJK nicht nur um die größte Dachorganisation der kurdischen Frauenbewegung, sondern zugleich um eine konföderale Struktur. Das heißt, sie organisiert sich konföderalistisch.

Demokratie lernen

Beim Demokratischen Konföderalismus handelt es sich um ein politisches Projekt einer transnationalen Basisdemokratie in fundamentaler Kritik am Nationalstaat. Demokratischer Konföderalismus ist somit die politische Alternative der demokratischen Moderne zum Nationalstaat der kapitalistischen Moderne. Öcalan beschreibt dessen Funktion und Rolle im dritten Band (»Soziologie der Freiheit«) seines fünfbändigen

Manifests der demokratischen Zivilisation – frei übersetzt – folgendermaßen: »Beim Demokratischen Konföderalismus handelt es sich um die grundlegende politische Form der demokratischen Moderne. Er bringt in den Neuaufbauarbeiten eine lebenswichtige Rolle zum Ausdruck und stellt das angemessenste demokratische Politikinstrument für die Bildung von Lösungen dar. Der Demokratische Konföderalismus präsentiert die Alternative der demokratischen Nation als Hauptinstrument zur Lösung von ethnischen, religiösen, städtischen, lokalen, regionalen und nationalen Problemen, deren Ausgangspunkt das monolithische, homogene, einfarbige faschistische Gesellschaftsmodell der kapitalistischen Moderne darstellt, welches durch den Nationalstaat geschaffen wird. In der demokratischen Nation hat jede Ethnie, jede Religion, jede Stadt, jede lokale, regionale und nationale Realität das Recht, mit eigener Identität und demokratisch-föderaler Struktur teilzuhaben und teilzunehmen.«

Demokratischer Konföderalismus als Struktur wiederum ist zugleich auch funktional, da es hilft, Macht und Herrschaft abzubauen und Demokratie zu lernen. Denn hier laufen vertikale und horizontale Richtungen ineinander. Unzählige Entitäten stellen eine Organisationseinheit dar, während sie nach innen jedoch ihre Autonomie und Eigenständigkeit bewahren. Sie sind nicht hierarchisch organisiert, sondern stellen in vertikaler Dimension eine umgekehrte Pyramide dar. Horizontal sind sie wiederum entweder unter geographischen Gesichtspunkten oder entsprechend ihrem Inhalt mit anderen Entitäten zusammen organisiert. In der Praxis heißt das, dass beispielsweise eine lokale Ökologiegruppe sich konföderal mit Ökologiegruppen in anderen Orten organisiert, die von einer konföderalen Struktur umfasst werden, aber zugleich auch auf lokaler Ebene mit Frauengruppen, Kommunen, Kooperativen, Volksschulen, Jugendgruppen etc. in Räten organisiert ist. Diese Praxis der Selbstbestimmung und Selbstverwaltung dient der Stärkung demokratischer Politik, die von Öcalan als Einheit von kollektivem Denken, Diskutieren und Beschließen gesehen wird. Politik ist für ihn das Gegenteil der Staatsverwaltung. Öcalan zufolge handelt es sich beim Staat um die Leugnung der politischen Gesellschaft. Politik ist das Zentrum der Lösungsfindung für gesellschaftliche Probleme. Demokratie wiederum bedarf der politischen Gesellschaft, um existieren zu können. Bei der politischen Gesellschaft wiederum handelt es sich um die Gesellschaft, die ihre Freiheit realisiert, indem sie in lebenswichtigen Fragen Denk-, Bestimmungs- und Aktionskraft gewinnt. Gesellschaften, die sich nicht in diesem Rahmen politisieren, können weder ihr Schicksal bestimmen bzw. sich selbstbestimmen noch sich demokratisieren. Deshalb besteht eine untrennbare Verbindung zwischen Politik, Freiheit und Demokratie. Sie können nur zusammen existieren.

> Das heißt, Weltfrauenkonföderalismus wäre eine politische Struktur, in der organisierte Frauen gemeinsam über patriarchale Angriffe und Möglichkeiten zur Realisierung der Frauenbefreiung nachdenken, theoretisch-intellektuelle Produktion betreiben, Feststellungen treffen, Lösungswege erarbeiten, gemeinsame Entscheidungen fällen und umsetzen.

Ausgehend von dieser Definition stellt der demokratische Weltfrauenkonföderalismus eine Möglichkeit dar, ein politisches System der Weltfrauen aufzubauen, dessen primäres Ziel es ist, Lösungen für alle Frauen betreffenden Fragen zu finden, indem es ihre Denk-, Bestimmungs- und Aktionskraft kollektiv stärkt. Das heißt, Weltfrauenkonföderalismus wäre eine politische Struktur, in der organisierte Frauen gemeinsam über patriarchale Angriffe und Möglichkeiten zur Realisierung der Frauenbefreiung nachdenken, theoretisch-intellektuelle Produktion betreiben, Feststellungen treffen, Lösungswege erarbeiten, gemeinsame Entscheidungen fällen und umsetzen. Es geht hierbei nicht darum, eine neue gemeinsame Dachorganisation oder eine internationale Frauenorganisation zu bilden. Vielmehr bedarf es einer transnationalen Basisdemokratie der Frauen, die auf einer perfekten Balance zwischen lokal und global sowie partiell und universell fundiert. Dies ist etwas anderes als beispielsweise ein Netzwerk, eine Föderation oder eine Union. Aber es wäre auch nicht nur ein loses Gebilde, das von Zeit zu Zeit zusammenkommt, diskutiert und wieder auseinandergeht. Vielmehr benötigen wir einen Mechanismus, durch den auf globaler Ebene das intellektuelle und praktische Potential der Weltfrauen konkrete Formen annehmen und eine effektive Gegenkraft zum Patriarchat entstehen kann. Dabei müssen wir über alles bisher Bestehende hinausgehen, denn wir befinden uns in einer historischen Phase. Niemals in der 5000-jährigen Geschichte des Patriarchats hat der Frauenbefreiungskampf einen solch strategischen Charakter angenommen, ist die Möglichkeit, die Frauenrevolution zu realisieren, so groß gewesen. Wir befinden uns in einer Zeit, in der sich das Dilemma zwischen Licht und Dunkelheit, Gerechtigkeit und Unrecht, Befreiung und Sklaverei besonders deutlich in der Ausbeutung der Frauen zeigt, aber gleichzeitig auch in deren verstärktem Bestehen auf ihrer Freiheit. Deshalb war kein Jahrhundert so günstig wie das 21., um die Freiheit der Frauen zu verwirklichen.



Foto: YPJ

Die inhaltliche Auseinandersetzung mit Internationalismus im 21. Jahrhundert ist die andere Stoßrichtung der Idee des Frauenkonföderalismus. Die Frauenbefreiungsbewegung Kurdistans ist seit Beginn internationalistisch, da sozialistisch. Die kurdische Freiheitsbewegung unter Führung der PKK ebenso. Schon ihre Gründungserklärung von 1978 endete mit den Worten »Es lebe die Unabhängigkeit und der proletarische Internationalismus«. Abdullah Öcalan ist in seinen politisch-ideologischen Analysen ab Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre verstärkt auf Sozialismus und in diesem Zusammenhang auch auf (proletarischen) Internationalismus eingegangen, den er als Hauptprinzip bezeichnet. In einer Analyse[1] vom Januar 1990 beschreibt er die Dialektik des Internationalismus in der PKK folgendermaßen: »Während wir die Revolution Kurdistans als nationale Befreiungsbewegung vorantreiben, gewinnen wir ihr den essentiellsten internationalistischen Inhalt hinzu. Wir machen unsere eigene Revolution einerseits zu einer Hauptstütze der Revolution der Türkei, andererseits zu einer stabilen Stütze der nationalen und demokratischen Befreiungsentwicklungen im Mittleren Osten. Wir halten uns auf einer Position, von der die demokratische Revolution und der Sozialismus in der Türkei Kraft schöpfen können, und zugleich sind wir eine Stütze, die einer Vielzahl von demokratischen und nationalen Entwicklungen kleinerer Völker Kraft spendet. Was bedeutet das? Dass wir unserem Rahmen entsprechend eine bedeutungsvolle Antwort auf die demokratischen Entwicklungen und den Sozialismus in der Welt liefern. In diesem Zusammenhang stellt der in der PKK realisierte Sozialismus die beste Antwort auf die Selbsterneuerungsbemühungen des Sozialismus dar.«

Die Frage nach einem neuen Internationalismus ist nicht neu

Ab den 1990er Jahren befasste sich Öcalan verstärkt mit den Gründen für das Ende des Realsozialismus, was dann nach der Jahrhundertwende auch mit zum Paradigmenwechsel in der PKK geführt hat. Dabei hat er auch immer die Idee und Praxis des Internationalismus miteinbezogen. Beispielsweise geht er in einer Analyse vom 1. Mai 1993[2] auf die Sackgassen ein, mit denen sich der Sozialismus zum Ende des 20. Jahrhunderts konfrontiert sieht. Seiner Meinung nach ist eines der Hauptprobleme, dass die wichtigsten Fragen unserer Zeit immer noch mit Analysen aus dem 19. Jahrhundert untersucht werden. Jedoch müsse das Klassenverständnis geändert werden, da die ArbeiterInnenklasse in der Form, wie sie beispielsweise im Kommunistischen Manifest definiert wird, nicht mehr existiere und der Kapitalismus sich nicht mehr mit der Ausbeutung einer Klasse im engeren Sinne zufriedengebe. Dieses Zeitalter

1 »Gerçekleşen Sosyalizmin Dönüm Noktasında Yeni Sosyalizm Arayışları Gelişir«

2 Sosyalizmde Israr İnsan Olmakta Isrardır, Weşanên Serxwebûn, 1998

sei vergangen. Natürlich gebe es immer noch diese Art der Ausbeutung, doch sei sie heute allumfassender, da die ganze Gesellschaft gefangen ist. Der Kapitalismus habe Methoden der Räuberei und Unterdrückung entwickelt, die nicht mit dem 19. Jahrhundert zu vergleichen seien. Öcalan schlägt in derselben Analyse eine neue Internationale vor und erklärt eine Rekonzeptualisierung der sozialistischen Ideologie für notwendig. Im nächsten Schritt müsste die sozialistische Ideologie die Form eines Programms gewinnen und sich dann nach der Programmwerdung reorganisieren und in Aktion treten.

Die Frage nach einem neuen Internationalismus im 21. Jahrhundert hat für die kurdische Frauenbewegung viel mit dem Charakter unserer Zeit aus Frauenperspektive zu tun.

Die Frage nach einem neuen Internationalismus ist nicht neu. Viele sozialistische DenkerInnen haben sich in den letzten 20–30 Jahren mit dieser Frage auseinandergesetzt. Dazu gehört auch Murray Bookchin, der 1993 einen Aufsatz mit dem Titel »Ein neuer Internationalismus« schrieb: »Aus Sicht des endenden 20. Jahrhunderts müssen wir gewiss mehr fordern, als der Internationalismus im 19. Jahrhundert gefordert hat. Wir müssen eine Moral der Gegenseitigkeit aufbauen, bei der kulturelle Unterschiede auf allen Seiten dazu dienen, die eigentliche Einheit der Menschheit voranzubringen – kurz, ein neuartiges Mosaik lebhafter Kulturen, die die Beziehungen der Menschen bereichern und ihren Fortschritt stützen, statt sie in neue ›Nationalitäten‹ und eine wachsende Zahl von Nationalstaaten zu zersplittern und zu teilen.«

Die Frage nach einem neuen Internationalismus im 21. Jahrhundert hat für die kurdische Frauenbewegung viel mit dem Charakter unserer Zeit aus Frauenperspektive zu tun. Denn sie befindet, dass die Frauenfrage in diesem ersten Viertel des 21. Jahrhunderts mehr und mehr als gesellschaftlicher Hauptkonflikt in den Vordergrund tritt. Abdullah Öcalan hatte anlässlich des Weltfrauentags 1998 erklärt: »So wie es sich beim 19. Jahrhundert um die Ära der bürgerlichen Parteien und beim 20. Jahrhundert um die Ära der ArbeiterInnenparteien gehandelt hat, wird es sich beim 21. Jahrhundert um die Ära der Parteien, die die Frauenfrage in ihr Zentrum rücken, handeln.« Wie Recht Öcalan zum Ende des 20. Jahrhunderts gehabt hat, wird immer deutlicher. Nicht nur in den Entwicklungen, die unter führender Rolle der Frauenbewegung in Kurdistan in Gang gesetzt worden sind (wie beispielsweise die Frauenselbstverteidigung und der Kampf gegen den IS, gleiche Teilnahme und Repräsentation im politischen Feld, das Prinzip des Co-Vorsitzes), sondern anhand des wachsenden Frauenkampfs für Freiheit, Gleichberechtigung, Gerechtigkeit, Würde und Frieden weltweit. Vielleicht noch nie zuvor sind so viele Frauen für ihre Rechte auf die Straße gegangen wie heute. Vielleicht noch nie zuvor in der Geschichte haben so viele Frauen offen ihre Ablehnung des herrschenden patriarchalen, kapitalistischen Systems zum Ausdruck gebracht. Vor allem der globale Norden, der mit den 90ern im Zuge der Liberalisierung stark an Frauenorganisierung eingebüßt hatte, befindet sich in einer Phase des Neuerstarkens. Die diesjährigen Frauenstreiks in Europa sowie beispielsweise die Frauenmärsche in den USA, ebenso wie Kampagnen wie #MeToo oder #TimesUp zeugen davon. Unter den Frauen der Welt wird das Geschlechtsbewusstsein stärker, da das Konfliktpotential größer wird. Dies eröffnet für die Realisierung der Frauenbefreiung neue Möglichkeiten. Zugleich sind wir als organisierte Frauenbewegungen mit einer großen Verantwortung, die aus einer historischen Notwendigkeit rührt, konfrontiert. Die kurdische Frauenbewegung ist davon überzeugt, dass das 21. Jahrhundert das Jahrhundert der Frauenrevolution sein wird. Gar habe dieser Prozess schon begonnen, wie in Rojava deutlich zu sehen ist. Aber das patriarchale System versucht mit allen Mitteln, diesen historischen Prozess aufzuhalten. Die Konzentration frauenfeindlicher Angriffe weltweit zeugt davon. Deshalb ist es von dringender Notwendigkeit, dass Frauen weltweit gemeinsam kämpfen und so ihre kollektive Kraft konzentrieren. Denn nur gemeinsam können wir einen effektiven Kampf gegen das Patriarchat und somit alle Formen von Ausbeutung und Unterdrückung führen. Das hegemoniale Weltsystem ist in sich stark organisiert. Um es überwinden zu können, müssen wir mindestens genauso stark organisiert sein – wenn nicht gar stärker.

Wirklich gemeinsam kämpfen

Wie können wir organisierte Frauen als potentielle Hauptsubjekte der Revolution des 21. Jahrhunderts das nun meistern? In den vergangenen Jahrzehnten hat es viele Versuche gegeben, Netzwerke von Frauenorganisationen zu bilden, durch die der gemeinsame Kampf organisiert und geführt werden kann. Wir sehen aber, dass die Ergebnisse nicht den Anforderungen und Notwendigkeiten unserer Zeit entsprechen. Vielleicht liegt dies auch daran, dass nicht ausreichend tiefgründige Analysen über die Hindernisse, die vor uns liegen, gemacht worden sind. Was hindert uns denn daran, uns gemeinsam zu organisieren, gemeinsam zu kämpfen? Welche politischen, sozialen, kulturellen, ideologischen, praktischen, finanziellen etc. Hindernisse bestehen und wie können wir sie aufheben? Das sind keineswegs unbedeutende Punkte. Der Demokratische Konföderalismus könnte auch hier eine Lösungsmöglichkeit darstellen, da er auf einer optimalen Balance zwischen lokal



Auf der Bühne des Internationalen Frauenkongresses in Frankfurt 2018 »Women Weaving the Future« Foto: https://komun-academy.com

und global fußt und zugleich als Struktur eine demokratische Politik fördert. Diese ist nämlich dringend notwendig für gemeinsame Kämpfe. Denn nur wenn es gelingt, intern Macht- und Herrschaftsbeziehungen sowie Hierarchien zu überwinden, kann der gemeinsame Kampf vorangetrieben werden.

Eine grundlegende Hauptsäule des Prinzips des Internationalismus ist internationale Solidarität. Auch der marxistischen Definition nach geht es bei internationaler Solidarität um gegenseitige Unterstützung. Die Wichtigkeit gegenseitiger Unterstützung von revolutionären Bewegungen, Frauenbefreiungsbewegungen, linkssozialistischen Parteien, antikapitalistischen Organisationen, Volksbefreiungsbewegungen etc. steht außer Diskussion. Aber wir denken auch, dass wir uns stärker in Richtung gemeinsamen Kämpfens bewegen müssen. Gegenseitige Unterstützung im Rahmen von internationaler Solidarität ist natürlich dringend notwendig. Jedoch reicht es nicht aus. Vielmehr müssen wir Wege des gemeinsamen Kämpfens und des gegenseitigen Verteidigens finden. Unterstützung ist das eine, Verteidigung das andere. Verteidigung geht einen Schritt weiter, ist radikaler in der Art. Bei Unterstützung steht man nebeneinander. Wenn ich jemanden verteidige, stelle ich mich wenn nötig zwischen sie/ihn und den Angreifer. Das ist eine andere Qualität. Und deshalb denken wir, dass auch für Frauen eine Neubewertung des Prinzips und auch des Begriffs internationale Solidarität notwendig ist. Der demokratische Weltfrauenkonföderalismus steht auch hierfür.

Wir sehen uns mit veränderten Verhältnissen und Bedürfnissen konfrontiert. Wir erkennen, dass wir einen Schritt weiter gehen müssen, um diesen Anforderungen entsprechen und somit unser Zeitalter verändern zu können. Wir glauben fest daran, dass wir uns in einer historischen Zeit befinden und nur wir als Frauen eine Revolution in Gang setzen können, die jegliche Form von Ausbeutung und Unterdrückung effektiv bekämpfen kann. Denn die Frauenfrage stellt den Kern aller gesellschaftlichen Fragen dar. Diese Realität wird mehr und mehr erkannt. Mehr und mehr stärkt sich das Geschlechter- und Klassenbewusstsein der Frauen weltweit. Diese große Chance müssen wir für die Realisierung der Frauenrevolution nutzen. Aber hierfür müssen wir uns auch mit Formen der gemeinsamen Organisierung und des Widerstands auseinandersetzen. Als Frauenbefreiungsbewegung von Kurdistan möchten wir unserer Rolle und Verantwortung nachkommen, indem wir versuchen, unsere ideologischen, theoretischen, politischen und praktischen Erfahrungen in den Dienst aller unserer Schwestern zu stellen. Deshalb diskutieren wir die Idee eines demokratischen Weltfrauenkonföderalismus sowohl als Lösung als auch als Weg zu einem effektiven, radikalen, demokratischen gemeinsamen Kampf der Weltfrauen gegen das Patriarchat. Diese Diskussion, die wir intern begonnen haben, möchten wir so weit öffnen, wie es nur geht. Denn auch dies ist von großer Bedeutung: dass wir gemeinsam diskutieren, Lösungen finden, Entscheidungen treffen und in Aktion treten. Nur dann können wir auch wirklich gemeinsam kämpfen. ♦

Über die Suche nach Hoffnung

Jiyan Bengin, Rojava

2014, als zunächst Şengal und darauf folgend Kobanê von Daesch (Name des sog. Islamischen Staates in der Region) angegriffen wurde, begann die Welt die Kurd*innen wahrzunehmen, die YPG und die mutigen Frauen der YPJ, die sich organisiert und bewaffnet Daesch entgegenstelten. Für viele steht der Kampf zwischen YPG/YPJ und Daesch für den Kampf zwischen Gut und Böse. Immer mehr wollten sich an diesem Kampf direkt beteiligen, von denen einige nur wenig über Rojava und nichts von der Revolution wussten, kurz zuvor überhaupt das erste Mal von Kurd*innen gehört hatten und den Mittleren Osten generell als unstabiles Krisengebiet betrachteten. Einigen aber war die kurdische Befreiungsbewegung ein Begriff und sie wussten, dass hier eine neue Gesellschaft aufgebaut wird. Von diesen kamen mit zunehmender Bekanntheit immer mehr. Für sie bedeutete die Revolution mehr als lediglich der Kampf gegen Daesch, und sie verbanden ihr Engagement mit großen Hoffnungen.

Bis heute sind 45 Internationalist*innen bei der Verteidigung Rojavas gefallen. Freund*innen aus England, Deutschland, Spanien, Italien, Griechenland, Argentinien, Portugal, USA, Kanada, Frankreich, Island, Polen, Türkei, Iran und viele mehr. Natürlich betrachten wir alle Gefallenen als Internationalist*innen, gerade weil sich der Kampf hier nicht auf Grenzen oder eine Staatskonstruktion bezieht. Wie einige andere Worte in unserem politischen Sprachgebrauch müssen wir aber auch den Begriff »Internationalismus« diskutieren, analysieren und neu füllen, damit sich eine neue Geschwisterlichkeit entwickeln kann, die gemeinsam weltweit Widerstand und Perspektive aufbaut. Die hier genannten Internationalist*innen aus den westlichen Ländern kamen und gaben alles, genauso wie alle anderen kurdischen, arabischen, türkischen, assyrischen, turkmenischen, armenischen Freund*innen. Zuletzt ist in Deir ez-Zor während der Operation in al-Bagouz ein weiterer italienischer Freund, Heval Têkoşer, gefallen. Mittlerweile nehmen Internationalist*innen sowohl in militärischen als auch in gesellschaftlichen Strukturen an der Revolution teil. Sie beteiligen sich an Bildungs- und Diskussionsveranstaltungen, arbeiten in verschiedenen Strukturen, sind Teil von Projekten. Sie informieren über den Aufbau, die Revolution, die Perspektiven und geben das Licht und die Hoffnung, die sie hier finden, weiter an ihre Freund*innen, ihr Umfeld, ihr Land, an die Weltöffentlichkeit.

Die Auseinandersetzung mit Internationalismus ist von besonderer Bedeutung

Nicht immer war es für die Internationalist*innen und die Freund*innen hier einfach. Unterschiedliche Sprachen, Kulturen, Mentalitäten und Perspektiven erschwerten eine gemeinsame Praxis, genau wie ein zu reduziertes Verständnis der Bedeutung des Internationalismus. Manche betrachteten lediglich den bewaffneten Kampf als revolutionär und trennten ihn damit von der gesellschaftlichen und persönlichen Entwicklung. Erst hier wird Schritt für Schritt verstanden, dass grundlegend für die Entwicklung einer demokratischen Kultur und damit das Verständnis der Revolution ist, uns gegenseitig kennenzulernen, zu verstehen und zu unterstützen. Für Menschen von außerhalb ist das einer der größten Lernprozesse – unsere Unterschiede lieben und schätzen zu lernen, und selbstverständlich gleichzeitig den Einfluss des kapitalistischen Systems auf unsere Persönlichkeit zu erkennen.

Mit der Kenntnis der Analysen und der Philosophie Abdullah Öcalans, mit dem Aufbau von Strukturen für Internationalist*innen und intensiveren Auseinandersetzungen entwickeln sich immer mehr langfristigere Perspektiven. Deshalb ist die Auseinandersetzung mit der Bedeutung des Internationalismus, der oft nur als helfende Solidaritätshandlung verstanden wird, von besonderer Bedeutung, um »auf Augenhöhe« miteinander umgehen zu können. Viele Erfahrun-

gen wurden bis jetzt gesammelt und unsere Pflicht ist es, die vielfältigen Erfahrungen aufzuarbeiten und darauf aufbauend eine gemeinsame und nachhaltige kämpfende Perspektive zu entwickeln.

Daesch ist eigentlich nur der offensichtlichste Ausdruck des Patriarchats

Dort, wo Daesch zuletzt in al-Bagouz ums Überleben kämpfte, sahen wir Bilder tausender Frauen, Männer und Kinder, die sich den QSD ergaben. Manche sind geflohen, manche versuchen zu überleben und einen Weg zur Flucht zu finden. Wir sahen Bilder, in denen sich Frauen freuten, endlich ihre Verschleierung abnehmen zu können. Aber wir sahen auch Bilder von Frauen, die den Zeigefinger in die Luft streckten und den Daesch anpriesen: »Gott ist groß und es ist noch nicht vorbei.« Für viele, die die unzähligen Bilder gesehen und die unzähligen Geschichten darüber gehört haben, wie Frauen versklavt, gefoltert, benutzt, vergewaltigt und weggesperrt wurden, scheint das schier verrückt zu sein, nicht wirklich nachvollziehbar. Wie kann die frauenverachtendste Organisation von Frauen verteidigt werden? Hierzu können wir sagen, dass Daesch nicht die einzige Organisation mit einer frauenverachtenden Mentalität ist, bei der sich Frauen trotz allem »sicher«, »geborgen«, ja gar »frei« fühlen. Dieses Wertechaos, das uns selber zu unseren größten Feinden werden lässt, ist kein spezifisches Produkt von Daesch. Wir sehen es jeden Tag, überall: Gewalt gegen Frauen ist akzeptiert, je nach Ort, Region, Tradition, Kultur, mal mehr, mal weniger sichtbar. Daesch hat es in die Welt hinausgeschrien, während andere sich besser tarnen. Daesch ist eigentlich nur der offensichtlichste Ausdruck des Patriarchats.

Im Vergleich ist Daesch dann natürlich für alle der perfekte Feind. Ohne jegliche Moral, ohne Gewissen, brutal, mörderisch und schlichtweg verachtenswert. Und ein klarer Beweis, dass das Patriarchat nur Zerstörung schafft. Doch für alle, die gegen Daesch kämpfen, für eine neue Gesellschaft, ist es wichtig zu verstehen, dass Daesch auf perfide Weise eine Hoffnung schaffen konnte. Tausende von Menschen sind von überall aus der Welt hierher gereist, um in Daeschs Kalifat zu leben, zu kämpfen und dafür zu sterben. Für einen Teil der Umma

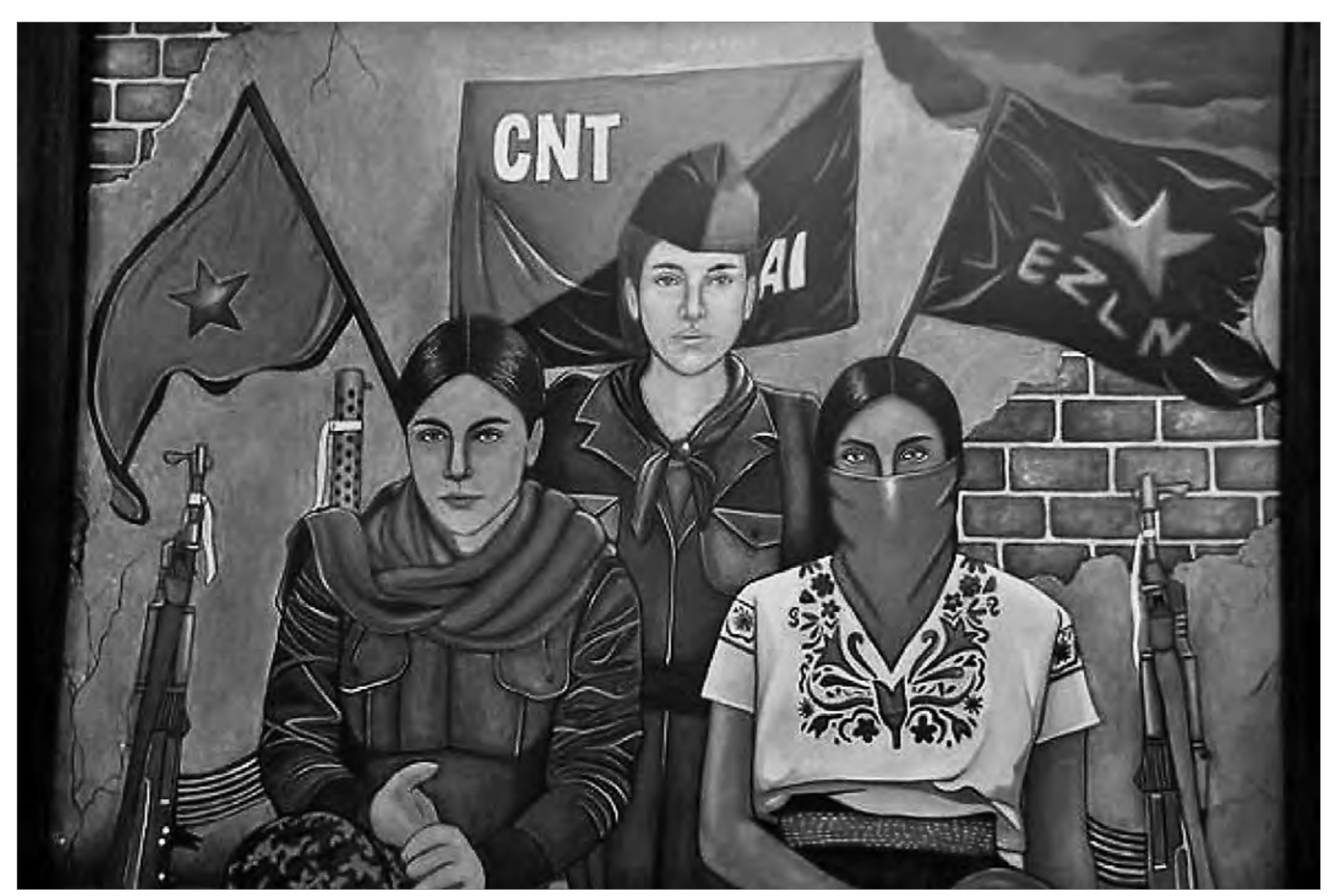


Foto: https://internationalistcommune.com

bedeutet Daesch mehr als nur Krieg. Die Taliban, al-Qaeda, al-Nusra und andere Organisationen konnten viele Kämpfer mit dem militärischen Djihad rekrutieren, aber Daesch hatte es geschafft, unzählige Familien anzuziehen. Wenn auch mit Blut und endloser Unterdrückung verbunden, hat Daesch auf eine Art einen Traum, eine – trügerische – Hoffnung geschaffen, eine Antwort auf das weltweite Chaos. Das Paradigma von Daesch steht für Kompromisslosigkeit und Konsequenz, für Rache und Macht, für das Glück im Jenseits durch totale Hingabe im Diesseits. Viele sind deshalb gekommen, weil sie Werte wollten, einen Sinn, ein besseres Leben. Nach ihren Regeln und nicht nach denen der sogenannten Kreuzfahrer, der kapitalistischen Kolonialisten, die ihre Länder lange schon ausbluten lassen.

Deshalb müssen wir verstehen, dass Daesch auch nur der extreme Ausdruck eines unterdrückerischen und überall akzeptierten Systems ist, der Staats- und Herrschaftsmentalität, des Systems des Patriarchats. Aber gleichzeitig ist er auch eine Antwort auf das kapitalistische System, seinen Werteverfall und seine räuberische Geschichte. Deshalb ist Daesch nicht das plötzlich aus dem Nichts aufgetauchte »Monster«, sondern das Produkt einer 5000 Jahre alten Geschichte, die Ausbeutung, Macht und Gewalt als gottgegeben, biologisches Schicksal, als logische Konsequenz der Wahrheit des Staates versteht. Und von daher ist der Kampf gegen Daesch nicht nur ein militärischer, sondern besonders ein gesellschaftlicher und ideologischer Kampf. Diese Mentalität, die eine Organisierung wie Daesch erschaffen hat, ist die gleiche Mentalität, die die Welt in Herrscher und Beherrschte aufteilt, die Frauen in sie erstickende Rollen zwängt und der Willkür der Tradition und tödlichen Regeln ausliefert. Eine Mentalität, die so viel Chaos aufbaut, dass es Frauen gibt, die sich selber diesem Tod hingeben, da ihre Realität, und jede andere Alternative auch, auf Unterdrückung und Erniedrigung hinausläuft. Und viele suchen noch nicht mal eine Alternative. Die gleiche Einstellung, die Frauen nackt als Werbeobjekt benutzt, in der Freiheit bedeutet, dass die Frau nur schön ist, wenn sie sexuell verfügbar ist: das ist die gleiche Mentalität, die Frauen die totale Verhüllung als Schutz sehen lässt, ein Leben innerhalb klarer Grenzen, als Sicherheit und Antwort auf das Verlangen der Männer nach Befriedigung und Dienst. Diese unterschiedlichen Formen, von denen noch viele mehr existieren, sind Ausdruck des gleichen Systems. Das müssen wir verstehen.

Teil und Kraft der Veränderung werden

Und besonders als Frauen müssen wir uns und diese Realität begreifen, um auf die richtige Weise kämpfen zu können. Denn auch wenn wir in verschiedenen Teilen der Welt unter verschiedenen Bedingungen leben, ein Angriff auf eine von uns ist ein Angriff auf alle und wir müssen unsere Selbstverteidigung organisieren. Solange wir still sitzen, keinen Mut zum Hoffen und Aufstehen entwickeln, uns »wohl fühlen«, solange es uns individuell irgendwie gut geht, so lange wird dieses System, diese Mentalität von uns legitimiert und Bestand haben. Wenn wir die Gewalt, unsere Missachtung und Ausbeutung nicht mehr als normal und unveränderbar betrachten, dann sind wir Teil und Kraft der Veränderung. So sieht Internationalismus in Verständnis und Praxis aus. Wir spüren die Ungerechtigkeit über Grenzen hinweg und fühlen uns für eine Veränderung selbst verantwortlich. Wir müssen die Geschichte der Frau, unsere Geschichte, verstehen, damit wir zurück zu unseren Werten, unserer Kraft finden und damit für eine demokratische Welt kämpfen können. Aufbauend. Diese Perspektive ist es, die heute viele internationalistische Freund*innen hierherkommen lässt: die Freiheit, als Frau zu kämpfen und die Gesellschaft und das Leben wieder mitzugestalten, anstatt im goldenen Käfig zu verharren und sich damit zufriedenzugeben, dass der Körper ja noch lebt. Für Daesch ist die Frau nie mehr als nur ein Körper gewesen, genauso wie im Kapitalismus die Frau nicht mehr als ein Körper ist.

Überall spüren die Menschen, dass etwas nicht stimmt

Für die internationalistischen Freund*innen ist deshalb wichtig, das hier Erfahrene in ihre Länder zu tragen und die Geschwisterlichkeit der Völker zu stärken. Überall spüren die Menschen, dass etwas nicht stimmt, viele sind mit ihrem System unzufrieden. Aber ohne tieferes Verständnis der Ursachen werden ihre Versuche, etwas zu verändern, keine wirkliche Veränderung bringen. Wenn wir nicht verstehen, warum die Menschen an Kontrolle, Macht und Gewalt glauben, können wir ihnen selber nur mit Kontrolle, Macht und Gewalt entgegnen. Daesch ist das beste Beispiel. Daesch mag nun militärisch besiegt sein, zumindest hier, aber die ihm zugrunde liegende Haltung, das System, das ihn hat entstehen lassen, noch nicht. Weiterhin werden sich Menschen in der ganzen Welt auf den Weg machen, um woanders gegen das zu kämpfen, was sie unter Ungerechtigkeit verstehen. Die Menschen sind wütend. Aber sie werden ihre Methode, Perspektive und Hoffnung unterschiedlich wählen. So werden die einen zu uns kommen und manch andere hingegen zu Daesch – die einen werden für Freiheit, die anderen für Unterdrückung kämpfen. Die einen werden sich denen anschließen, die im Hier und Jetzt ein neues Leben erkämpfen wollen, die anderen denen, die dieses Leben verachtend sich selber und dabei so viele, wie es nur geht, ins Jenseits befördern wollen. Alle sind Ausdruck dessen, dass etwas nicht stimmt in den herrschenden Systemen. Doch wo die einen die Lösung darin sehen, an eine Gesellschaft, die sich nach basisdemokratischen, ökologischen und frauenbefreien-

den Prinzipien organisiert, zu glauben und sie zu erarbeiten, sehen die anderen eben in den Macht-, Gewalt- und Kontrollkonstrukten, die Ausdruck desselben uns alle unterdrückenden Herrschaftssystems sind, ihr Heil. Sie finden ihren Platz bei Daesch, in den modernen Kolonialstrukturen der ersten Welt oder einfach weltweit im Patriarchat und seinen unterschiedlichen Formen und Angeboten.

Deshalb müssen wir die Analysen Abdullah Öcalans allen zugänglich machen. Es gibt nicht die »guten« und die »bösen« Menschen. Wir alle sind Kinder unseres Umfeldes und der verschiedenen dominanten Realitäten darin. Im ständigen sozialen Austausch, aktiv oder passiv, sind unsere Momente mit positiven, negativen und allerlei anderen Gefühlen gefüllt. Darin entwickeln wir uns und prägen die Entwicklung anderer. Fortwährend. Wir reichen Hand und Herz oder bauen Mauern auf und vertiefen Abgründe. Ständig.

Entwicklung und Veränderung geschieht weder schicksalhaft, noch resultiert sie automatisch aus dem Recht des Stärkeren oder Schlaueren. Entweder bewegen wir uns in Richtung einer ignoranten Wettbewerbs-Gesellschaft oder hin zu einer kommunalen, herzlichen Gemeinschaft. Deswegen sagt Abdullah Öcalan sinngemäß: »Wenn ein Mensch tief im Sumpf steckt und nur noch ein einziges Haar herausguckt, werden wir ihn an diesem Haar aus dem Sumpf herausziehen.« Auf dieser Grundlage können wir den Zustand der Gesellschaft und damit uns selber sowie unsere Aufgabe als Revolutionäre begreifen. So viele Menschen haben sich selber aufgegeben, sind in Depressionen versunken, können sich nur durch Gewalt ausdrücken, meinen andere besitzen zu müssen, um sich selbst lebendig, wert- oder machtvoll zu fühlen, sehen keinen Sinn außer Geldverdienen, können nur ans Überleben denken – wer glaubt denn an deren Veränderung? Wem ist es denn überhaupt wichtig, dass sie sich ändern, damit sich auch unsere generelle Mentalität und damit unser »Jetzt« und unsere Zukunft ändern? Revolution lässt sich nicht machen durch das Abwägen des Möglichen im Rahmen des Bekannten, mit den Wenigen, die sich selber aufraffen. Zerstörung ist eine Mentalität, die uns alle erfasst hat, die sich aus den Prinzipien »Gewinnen«, »Beherrschen«, »Dominieren« nährt. Wir müssen füreinander miteinander kämpfen, während wir gleichzeitig den Angriffen der Staaten widerstehen und gleichzeitig die Alternative aufbauen.

Auch nach dem militärischen Sieg gegen Daesch wird es nicht ruhiger werden. Das Aufeinanderstossen verschiedener Interessen im Norden Syriens – die ständigen Drohungen und Versuche der Türkei, ihre Operation im Norden Syriens zu starten, der Territorialkampf der Koalitionskräfte um Ressourcen, die Interessen Russlands und damit des syrischen Assad-Regimes, daneben noch Iran, Israel, die Verwicklung Saudi-Arabiens – bedeutet, dass auch weiterhin keine Ruhe einkehren wird.

Auch nach dem militärischen Sieg gegen Daesch wird es nicht ruhiger werden. Das Aufeinanderstoßen verschiedener Interessen im Norden Syriens – die ständigen Drohungen und Versuche der Türkei, ihre Operation im Norden Syriens zu starten, der Territorialkampf der Koalitionskräfte um Ressourcen, die Interessen Russlands und damit des syrischen Assad-Regimes, daneben noch Iran, Israel, die Verwicklung Saudi-Arabiens – bedeutet, dass auch weiterhin keine Ruhe einkehren wird. Auch wird Daesch weiterhin ein Faktor sein als erfahrene Untergrundkraft, die versuchen wird, noch mehr Anschläge und Attentate durchzuführen, um den Paten Türkei zu unterstützen. Tausende Kämpfer von Daesch und ihre Familien haben sich ergeben, und wir betrachten die Weigerung ihrer Herkunftsländer, die Verantwortung für ihre Staatsbürger*innen zu übernehmen, als weiteres Detail in der Politik gegen einen stabilen Mittleren Osten, gegen ein stabiles Nord- und Ostsyrien. Tausende Menschen aus der Gesellschaft Nord- und Ostsyriens sind im Kampf gegen Daesch gefallen, und jetzt soll diese Gesellschaft ganz allein die Folgen auf sich nehmen, während sich die Politiker*innen im Ausland den Sieg über Daesch an ihre eigene Brust heften; sie wollen die demokratische Autonomie in Rojava scheitern sehen und damit eine Fortsetzung des Chaos im Mittleren Osten bewirken. Wir müssen verstehen, wogegen wir kämpfen. An uns liegt es, gegen die Akzeptanz von Hoffnungslosigkeit und Gewalt neue Hoffnung und Perspektiven zu entwickeln und anzubieten. Hoffnung und Glaube sind unsere Waffe gegen Selbstzerstörung und militaristische »Lösungen«. Eine andere Welt ist möglich – daran glauben wir. Und das werden wir erreichen durch eine stürmische Offensive, die uns zu mehr Verantwortung, kommunaler Herzlichkeit und hoffnungsvoller Entschlossenheit befähigt. Vergesst nicht: »Jeder Sturm beginnt mit einem Regentropfen«, wie Heval Têkoşer so treffend sagte, »wir sind dieser Tropfen, immer jetzt, immer miteinander verbunden …«. Es ist unser aller Pflicht, die Hoffnung Rojavas in die Welt zu tragen, damit die unzähligen Daeschs und ihre zerstörerische Mentalität heute, morgen und übermorgen auch besiegt werden. ♦

Das erste Wasserforum Mesopotamien fand vom 6. bis 8. April in Silêmanî statt

Solidarität, Kooperation und Frieden durch Wasser

Ercan Ayboga

»Wasser ist Leben« – das hörten wir sehr oft zu Anfang im südkurdischen (nordirakischen) Silêmanî (Sulaimaniyya), wo nach langen Vorbereitungen das erste Wasserforum Mesopotamien (WFM) abgehalten wurde. Mehrere zivilgesellschaftliche Organisationen aus den vier Teilen Kurdistans, also aus dem Irak, aus Syrien, dem Iran und der Türkei, die seit 2012 zum Thema Wasser und Flüssen aus einer gesellschaftskritischen Perspektive zusammenarbeiten, konnten bis zu 200 Menschen an die Silêmanî-Universität mobilisieren. Dahinter steht vor allem die »Save the Tigris (and Iraqi Marshes) Campaign – STC«, aber auch die Ökologiebewegung Mesopotamiens (MEM).



In den frühen Morgenstunden des 6. April fanden sich die Aktivist*innen und eine nicht unbedeutende Zahl von Akademiker*innen und Menschen aus anderen Zusammenhängen aus ganz Mesopotamien und darüber hinaus zu einem gemeinsamen dreitägigen Forum zusammen. Zunächst stellten sich die Regionen kurz vor: Südkurdistan, Irak, Iran, Syrien und Türkei. Sie taten dies in ihren Sprachen. Die Hauptsprachen dieser fünf Regionen plus Englisch waren auch die Konferenzsprachen, zwischen denen eine Gruppe von Menschen simultan übersetzte. Das war wahrscheinlich für zivilgesellschaftliche Organisationen ein einmaliges Ereignis, was mit großen Herausforderungen verbunden war. Nichtsdestotrotz gelang es weitgehend, dass alle anderen Anwesenden das gesprochene Wort verstanden. Dass Englisch die wichtigste Verbindungssprache zwischen den Regionen Mesopotamiens war, liegt an der kolonialen Vergangenheit und dem schwachen Austausch zwischen den Gesellschaften der bestehenden Nationalstaaten.

Im Eingangsbereich stach eine Ausstellung zum Tigris hervor. Auf knapp fünf Metern Länge hatten Aktivist*innen der MEM aus Nord-Kurdistan Bilder von wichtigen Orten der Zerstörung, Verschmutzung, aber auch von menschlicher Nutzung historischer Stätten entlang des Tigris aufgehängt. Daneben befanden sich dutzende Bilder von im Tigristal lebenden Tieren und Pflanzen. Diese Ausstellung, die auf eine Anfang 2019 durchgeführte Dokumentation zurückgeht, belebte das WFM und ließ Menschen schneller und tiefgehender ins Gespräch kommen.

Auf die Vorträge des ersten Tages folgten viele Diskussionen und Fragen. Kontroverse Fragen wurden gestellt, meistens aus einer ökologisch-sozialen Perspektive, aber auch mit modernistisch-kapitalistischem Einfluss hegemonialen Staatsdenkens. Diese lebendige Diskussionskultur begleitete auch die Workshops des zweiten Tages. Die vorgesehene Zeit für die Workshops reichte in keinem Fall wirklich aus, um die Diskussionen in der erhofften Tiefe führen zu können. Das lag vor allem daran, dass mehr – als zunächst angenommen – Workshops bzw. Redebeiträge eingereicht wurden. Trotz allem haben alle Feedback gebenden Teilnehmer*innen sich im Anschluss an das WFM über das Niveau der Diskussionen in den Workshops sehr zufrieden geäußert.

Sehr wichtig war es beim WFM, dass Aktivist*innen aus ganz Mesopotamien zum ersten Mal in dieser Intensität gemeinsam diskutieren und zu Ergebnissen kommen wollten. Nur sehr wenige der Teilnehmer*innen hatten sich zuvor mit Menschen aus den anderen Staaten inhaltlich und persönlich über gesellschaftliche Themen auseinandergesetzt. Diese verschiedenen »Welten« trafen am stärksten aufeinander, als der Entwurf der Abschlusserklärung vorgetragen wurde und beschlossen werden sollte. Es dauerte fast drei Mal länger als im Programm angesetzt. Doch nach anfangs teilweise gegensätzlichen Positionen schafften es alle, zu einem Konsens zu finden. Viel diskutiert wurde zum Beispiel um die Begriffe Ober-Mesopotamien vs. Mesopotamien, Wasser als Ware oder Common, Wasser als eigenständiges Lebewesen oder internationales vs. universelles Recht.

Eine ganz besondere Diskussion fand statt, als über die Geschlechterfrage vorgetragen wurde. Frauenaktivist*innen betonten die Rolle der Frau im täglichen Kontakt mit Wasser und den sich daraus ergebenden Aspekt, dass bei einer neuen demokratisch-ökologischen Wasserpolitik der Geschlechteraspekt elementar mitgedacht werden sollte.

Keine kontroversen Diskussionen fanden statt, als in der Abschlusserklärung positiv Bezug genommen wurde auf Entscheidungen zu Wasser und anderen Gemeingütern in Rojava/Nord- und Ostsyrien. Dies lag auch daran, dass drei Vertreter*innen der Autonomen Selbstverwaltung Nord- und Ostsyriens anwesend waren und mitdiskutierten. Sie haben in Nord- und Ostsyrien tatsächlich trotz aller äußeren Widrigkeiten (Embargo und Krieg) und interner struktureller Herausforderungen gezeigt, dass demokratische Wege zu Beschlüssen zu Wasser und Gemeingütern in der Gesellschaft möglich sind. Mit der demokratischen Autonomie, die sie praktizieren, war dies überhaupt erst möglich.

Schade und zu kritisieren war es jedoch, dass zehn junge Aktivist*innen aus Rojava/Nord- und Ostsyrien wegen der zurückweisenden Haltung der Regierung Südkurdistans an der Grenze nicht am WFM teilnehmen konnten. Ihre Präsenz fehlte in den Diskussionen, doch dafür kamen mehr als sechs



Im Eingangsbereich des Wasser-Forums hatten Aktivist*innen der MEM aus Nord-Kurdistan Bilder von wichtigen Orten der Zerstörung, Verschmutzung, aber auch von menschlicher Nutzung historischer Stätten entlang des Tigris aufgehängt. Foto: Ayboga



Foto: Ayboga

mutige Aktivist*innen aus dem Iran, die eine ernsthafte Bereicherung darstellten.

In den dreitägigen Diskussionen wurde weiterhin viel darüber diskutiert, ob Talsperren/Wasserkraftwerke grundsätzlich abgelehnt werden sollten. Eine nicht leichte Frage. Viel wurde auch der Einsatz von Talsperren als politische Waffe kritisiert. Da steht vor allem die Türkei im Zentrum der Kritik, aber auch der Iran wurde wegen seiner vielen Talsperren und Bewässerungsprojekte genannt. Die Anwesenden aus Nord- und Ostsyrien und dem Süd-Irak haben hierzu ausführlich berichtet. Wasser sollte als ein Mittel der Solidarität, Kooperation und des Friedens gesehen werden, so die Meinung aller sich zu Worte meldenden Personen. Angesichts der vielen militärischen Konflikte könnte gerade Wasser aufgrund seiner elementaren Eigenschaft – es kann nicht produziert werden – den Weg zu einem umfangreichen Frieden erleichtern.

Die Regierungen des Irak und Südkurdistans wurden auch wegen ihrer Pläne zum Bau von dutzenden großen Talsperren kritisiert. In der Tat agieren sie mit der gleichen Mentalität und würden, wenn sie am Oberlauf säßen, mit der gleichen Logik wie die Türkei handeln.

In diversen Beiträgen wurde geschildert, wie die vielen Talsperren und Wasserkraftwerke in den Regionen, wo sie gebaut werden, katastrophale Folgen haben. Hunderttausende Menschen sind bereits vertrieben worden, hunderte historische Orte überflutet, ein universelles kulturelles Erbe und ökologisch einzigartige Flusslandschaften zerstört. Immer wieder fiel der Name von Heskîf (Hasankeyf), das vom Mega-Staudamm Ilısu bedroht ist. Auch die Folgen im Unterlauf wurden betont, da fiel vor allem der Name der Mesopotamischen Sümpfe im Süd-Irak, die von Talsperren wie Ilısu bedroht sind. Ilısu ist die Verknüpfung der zivilgesellschaftlichen Organisationen aus Nordkurdistan und dem Irak, was zum Aufbau der STC vor wenigen Jahren führte. Dem WFM gehen also eine gemeinsame mehrjährige Kampagne und Austausch voraus. Das WFM ist das Werk mehrerer Regionen Mesopotamiens und gerade deshalb interessant gewesen.

Ein weiteres erfreuliches Ergebnis des WFM war die Teilnahme von Aktivist*innen aus dem Libanon, Jordanien und Sudan. Sie engagieren sich seit Jahren gegen destruktive Talsperren im Sudan, im Bisratal des Libanon und gegen Mega-Bewässerungsanlagen entlang des Jordan. Die zwei Gruppen Save the Bisra Valley aus dem Libanon und EcoPeace aus Jordanien können ab jetzt als enge und strategische Partner des WFM betrachtet werden. Zukünftig wird es mit Sicherheit mehr Kooperation geben. Sie sind wichtig, um die Wasserfrage im gesamten Nahen Osten zu diskutieren.

Beim WFM ging es für die Organisator*innen konkret darum, dass die demokratische Gesellschaft sich über Staatsgrenzen, Nationalismus, religiösen Extremismus und Ausgrenzung hinwegsetzt, zusammenkommt und lokal ansetzende demokratisch-ökologische Alternativen zur Deckung des Bedarfs an Wasser und Energie erarbeitet und dafür Aktivitäten durchführt. Dies sollte sich auf der Ebene des Einzugsgebiets Mesopotamien und im kleineren Maßstab von Untereinzugsgebieten abspielen. So kann nur von der Basis aus eine dauerhafte Veränderung des Bewusstseins in der Gesellschaft herbeigeführt werden. Erst wenn die Gesellschaft sich grundsätzlich ändert, kann großer Druck auf die Verwaltungen und Regierungen ausgeübt werden. Hierfür wurde tatsächlich mit dem WFM ein wichtiger Grundstein gelegt; das ist von allen Teilnehmer*innen zu hören. Nicht zufällig wurde der Beschluss gefasst, das nächste Wasserforum Mesopotamien in naher Zukunft in Amed (Diyarbakır) durchzuführen.

Unsere Botschaft: Wenn es um Wasser in Mesopotamien geht, gibt es zukünftig wieder mehr Hoffnung! ♦

Die Nah- und Mittelost-Politik im Zentrum der deutschen Aktivitäten im UN-Sicherheitsrat

Deutschlands Interessen im Nahen und Mittleren Osten

Jörg Kronauer, Journalist und Autor

Christoph Heusgen hat ehrgeizige Ziele. Wozu soll Deutschland den Vorsitz im UN-Sicherheitsrat nutzen, den es seit dem 1. April innehat? Außenminister Heiko Maas erklärt immer wieder, ein Schwerpunkt der Berliner Politik bei den Vereinten Nationen solle die Abrüstung sein. Heusgen, von 2005 bis 2017 außen- und sicherheitspolitischer Berater von Bundeskanzlerin Angela Merkel, seit 2017 Ständiger Vertreter Deutschlands bei der UNO, erweitert das Themenspektrum. Dringend befassen müsse man sich mit dem furchtbaren Krieg im Jemen; dort seien Hunderttausende dem Hungertod nahe. Ungelöst sei zudem der Konflikt in Syrien. Schließlich stehe auch das leidige »Iran-Problem« unverändert auf der Tagesordnung. Auf allen drei Feldern gebe es viel zu tun. Jemen, Syrien, Iran: Heusgen hat sich eine ganze Menge vorgenommen. Trotz aller Schwierigkeiten sieht er die Nah- und Mittelost-Politik im Zentrum der deutschen Aktivitäten im UN-Sicherheitsrat.

Die Nah- und Mittelost-Politik nimmt seit einigen Jahren eine recht konkrete Rolle in der deutschen Außenpolitik ein. Ein Schlüsselgedanke dazu findet sich in einem Papier, das die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), ein vom Kanzleramt finanzierter Think-Tank, im Herbst 2013 gemeinsam mit dem German Marshall Fund of the United States unter dem vielsagenden Titel »Neue Macht – Neue Verantwortung« publizierte. In dem Papier heißt es, die »deutsche Sicherheitspolitik« müsse sich »in erster Linie auf das zunehmend instabil werdende europäische Umfeld von Nordafrika über den Mittleren Osten bis Zentralasien konzentrieren« – also auf ein Gebiet, das manchmal auch als »Krisengürtel« rings um die EU bezeichnet worden ist. Die an die Union angrenzenden Regionen unter Kontrolle zu bekommen – das ist machtpolitisch ein durchaus naheliegender Gedanke. Was geschehen kann, wenn dies nicht gelingt, das zeigen die Flucht von Menschen aus Nordafrika über das Mittelmeer, die die EU bislang vergeblich bekämpft, oder die Flucht aus Syrien ebenfalls nach Europa, die Berlin und Brüssel inzwischen freilich gebremst haben. Eine stärkere Kontrolle des »Krisengürtels«, also auch des Nahen und Mittleren Ostens, soll derlei zukünftig verhindern.

Mehr Engagement zur Entlastung der US-Politik

Der Plan, dass Deutschland stärkere Kontrolle im Nahen und Mittleren Osten übernehmen solle, ist kein deutscher Alleingang gewesen. Als im Herbst 2013 das Strategiepapier »Neue Macht – Neue Verantwortung« veröffentlicht wurde, waren die Vereinigten Staaten dabei, sich deutlich stärker als zuvor auf den Machtkampf gegen China zu konzentrieren. Im November 2013 startete die Regierung von US-Präsident Barack Obama ihren »Pivot to Asia«: den »Schwenk nach Asien«, der vorsah, die US-Positionen im ost- und südostasiatischen Umfeld Chinas auszubauen, die Stationierung zusätzlicher US-Truppen in der Region inklusive. Um dies zu ermöglichen, hatte Obama damals den Abzug der US-Einheiten aus dem Irak weit vorangetrieben und auch den Abzug aus Afghanistan eingeleitet. Washington war sehr damit einverstanden, dass Berlin, einer der engsten Verbündeten, im Nahen und Mittleren Osten umfangreichere Aktivitäten entfalten wollte: Das geschehe, so hieß es etwa in »Neue Macht – Neue Verantwortung«, »nicht zuletzt, um die amerikanischen NATO-Verbündeten im Zuge ihres wachsenden Engagements in Asien zu entlasten«.

Im Herbst 2013 hatte die Bundesregierung bereits konkrete Ansatzpunkte für ihre nah- und mittelöstliche Einflussarbeit im Visier. Im Vorjahr war in Berlin das Projekt »The Day After« durchgeführt worden – der Versuch, in einer Art Gemeinschaftsprojekt der SWP und des United States Institute for Peace (USIP) mit etwas über 40 syrischen Exil-Oppositionellen Pläne für den Umbau Syriens nach dem erhofften Sturz der Regierung von Bashar al Assad zu entwickeln. Die Bundesrepublik war damals auch sonst in Sachen Syrien recht aktiv, leitete gemeinsam mit den Vereinigten Arabischen Emiraten eine internationale Arbeitsgruppe, die den erwarteten Wiederaufbau Syriens vorbereitete, war über den BND geheimdienstlich stark präsent und machte sich, als Assads Sturz auf sich warten ließ und im Land selbst nicht viel möglich war, daran, wenigstens die künftigen syrischen Eliten schon vorab an Deutschland anzubinden – mit einem Stipendienprogramm

für einige hundert Syrer, das größte je initiierte Auslandsprogramm des Deutschen Akademischen Austauschdiensts (DAAD). Dass Berlin in Syrien künftig eine führende Rolle spielen wollte – mutmaßlich abgestimmt mit den Vereinigten Staaten –, das war klar.

Für Deutschland brachte der Krieg gegen den IS nicht nur den nächsten Einsatz der Bundeswehr

Allerdings ist alles anders gekommen als geplant, was denn auch die Koordinaten der deutschen Nah- und Mittelostpolitik ein Stück weit verschoben hat. Der Durchbruch des IS im Jahr 2014 hat zunächst die US-Streitkräfte wieder stärker, als Washington es wünschte, im Mittleren Osten gebunden. Für Deutschland brachte der Krieg gegen den IS nicht nur den nächsten Einsatz der Bundeswehr, sondern vor allem eine enge militärische Kooperation mit den Peschmerga im kurdischsprachigen Nordirak. Eine zeitweise intensive Zusammenarbeit mit Hewlêr (Erbil) gab es, aufbauend auf alten Kontakten des Barzanî-Clans in die Bundesrepublik, die bis auf Franz Josef Strauß zurückgehen, bereits seit 2005; sie zielte auch darauf ab, irakisches Erdgas für die damals geplante »Nabucco«-Pipeline zu beziehen, hatte aber wohl einiges mehr im Blick: eine starke deutsche Präsenz in einem vergleichsweise stabilen Teil des Mittleren Ostens – vor allem auch dann, wenn es unter der Führung des Barzanî-Clans gelingen sollte, Irakisch-Kurdistan vom Irak zu trennen. Die Unterstützung der Bundeswehr für die Peschmerga im Krieg gegen den IS baute darauf auf und stärkte die Beziehungen weiter.

Einen echten Einschnitt hat die russische Intervention an der Seite der syrischen Regierung gebracht – in zweifacher Hinsicht. Zum einen war bald klar, dass die Pläne Berlins, in Syrien künftig eine führende Rolle zu spielen und von dort aus die eigene Stellung im Nahen und Mittleren Osten zu konsolidieren, so nicht aufgehen würden; an Moskau kam man dort nun nicht mehr vorbei. Zum anderen zeichnete sich ab, dass der Machtkampf gegen Russland für die westlichen Mächte ein Dauerbrenner auch im Nahen und Mittleren Osten werden würde. Das machte die Sache für das deutsche Vorhaben, in dem »Krisengürtel« rings um Europa stärkere Kontrolle zu erlangen, nicht leichter.

Hinzu kamen neue Schwierigkeiten im Umgang mit Iran. Das Atomabkommen, das im Jahr 2015 geschlossen wurde, lag weitgehend im deutschen Interesse. Es ermöglichte es, mit Iran wieder ins Geschäft zu kommen, und dies nicht nur politisch, sondern gerade auch ökonomisch: Auf dem größten und auf lange Sicht wohl auch lukrativsten Markt des Mittleren Ostens gewann China immer stärker Gewicht; wollte man dort nicht endgültig ausgebootet werden, dann drängte die Zeit, und es mussten daher die Sanktionen vom Tisch. Schon im Juli 2015 brach Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel mit einer Wirtschaftsdelegation nach Teheran auf – von Exporten in bald zweistelliger Milliardenhöhe war die Rede. Zugleich war Berlin um den nun notwendigen politischen Ausgleich zwischen Iran und Saudi-Arabien bemüht, und dies – man wollte ja den eigenen Einfluss in Mittelost ausbauen – recht intensiv: Im Herbst besuchte Außenminister Frank-Walter Steinmeier die iranische Hauptstadt, wo er an einem Treffen der »Core Group« der Münchner Sicherheitskonferenz teilnahm – solche Treffen finden immer wieder im Ausland statt, freilich nur in eigens ausgewählten Staaten –, um von dort in einem ungewöhnlichen, aber hochsymbolischen Akt direkt weiter nach Riad zu reisen. Berlin machte sich also an die Arbeit – nur:



Deutschland will seine Mittelostpolitik erweitern, das will Rheinmetall auch. Kommt zum Rheinmetallcamp in Unterlüß vom 1. bis 9.9.2019
Foto: rheinmetallentwaffnen.noblogs.org

Verkompliziert wurde dies durch die Folgen des gescheiterten Versuchs, Baschar al-Assad zu stürzen. Denn in Syrien hatte Iran durch seine Unterstützung für die bedrängte Regierung stark an Einfluss gewonnen, und mit Beginn der russischen Intervention sank die Wahrscheinlichkeit, Assads Sturz zu vollenden und damit zugleich auch Iran aus Syrien zu verdrängen.

Positionierung gegen Iran

Dass Iran stärker wurde, hatte Folgen für die deutsche Irak-Politik. Ursache war, dass Iran seinen Einfluss in Bagdad seit dem Sturz der Regierung von Saddam Hussein erheblich hatte ausbauen können – aus westlicher Sicht ein Kollateralschaden des US-Überfalls auf das Land im Jahr 2003. Hatte Berlin sich seit 2005 vor allem auf die Zusammenarbeit mit der kurdischen Autonomieregion konzentriert und dabei sogar Ärger mit der Zentralregierung in Kauf genommen – Anfang 2011 wurde der Flieger von Bundesentwicklungsminister Dirk Niebel auf dem Flughafen in Bagdad vor der Abreise nach Hewlêr mehrere Stunden lang festgesetzt, eine offene Unmutsbekundung gegenüber den damaligen Sonderbeziehungen der Bundesregierung zu Barzanîs Regionalregierung –, so begann sich dies nun zu ändern. Im Jahr 2018 stationierte Berlin schließlich auch Soldaten der Bundeswehr im Camp Taji bei Bagdad. War schon nicht klar, wie sich Irans Einfluss in Syrien würde zurückdrängen lassen, so sollte Teheran doch wenigstens im Irak heftigen Gegenwind bekommen.

Dabei verkomplizierte sich die Lage durch die Entscheidung der Trump-Administration, die nach Abschluss des Atomabkommens außer Kraft gesetzten Sanktionen gegen Iran wieder zu aktivieren. Das half zwar, den Druck auf Teheran zu verstärken, wirkte sich aber aus Sicht der deutschen Eliten in der Hauptsache kontraproduktiv aus: Es zerstörte das gerade neu aufkeimende Milliardengeschäft deutscher Unternehmen, die sich umgehend aus Iran zurückzuziehen begannen, um ihre Profite in den USA nicht zu gefährden – und es steigerte die Kriegsgefahr im Mittleren Osten, während Deutschland sich dort auf dem Wege über wirtschaftliche Kooperation eine stärkere Kontrolle sichern wollte. Berlin, ohnehin in einem erbitterten Machtkampf mit Washington steckend, beschloss, am Atomabkommen mit Teheran demonstrativ festzuhalten und zur Umgehung der Sanktionen ein Finanzinstrument zu schaffen, mit dem es möglich sein sollte, den bilateralen Handel trotz der US-Sanktionen aufrechtzuerhalten. Das »Instrument in Support of Trade Exchanges« (INSTEX) wurde Anfang 2019 tatsächlich etabliert und gilt als Beispiel für den Versuch der Bundesrepublik und der EU, eine eigenständige Weltpolitik auch gegen US-Interessen zu betreiben. Freilich gelten seine Erfolgsaussichten zugleich als ziemlich gering.

Das deutsche Widerstreben gegen die Mittelostpolitik der Trump-Administration mit ihren offenen Aggressionen gegen Iran hat nicht nur zum Festhalten am Atomabkommen, sondern auch zu Spannungen mit Saudi-Arabien geführt. Riad ist im Machtkampf gegen Teheran traditionell eine wichtige Schachfigur im Einflusspoker äußerer Mächte; auch Deutschland hat sich das zunutze gemacht und Saudi-Arabien über Jahre hin systematisch aufgerüstet, um Iran im Mittleren Osten auch langfristig keine freie Bahn zu lassen. Washington wiederum hat seit dem Wechsel im Präsidentenamt im Januar 2017 Riad mehr oder weniger freie Hand gegen Teheran gegeben. Zu dem deutschen Versuch, die für Berlin günstige Mittelostpolitik wieder durchzusetzen, die mit dem Atomabkommen von 2015 verbunden war, gehört es auch, Saudi-Arabien punktuell gewisse Nadelstiche zu verpassen, um gegenzusteuern; dazu passt, dass Berlin plötzlich begann, den seit Jahren mörderisch geführten Krieg der Monarchie im Jemen vernehmbar zu kritisieren und nach dem Mord an dem saudischen Oppositionellen Jamal Khashoggi im Konsulat in Istanbul die Rüstungsexporte an Riad für eine Weile einzustellen. Ein Bruch mit dem saudischen Herrscherclan ist das freilich nicht.

Fuß fassen in Syrien?

Bei all den Schwierigkeiten mit Irans Machtzuwachs und – seit dem Amtsantritt von Donald Trump – auch mit Washington schien Berlin im Herbst 2018 kurze Zeit wenigstens in Syrien einen unerwarteten Erfolg zu haben: Es konnte an einem Vierergipfel in Istanbul teilnehmen, zu dem Russland und die Türkei Deutschland und Frankreich eingeladen hatten, um – vor allem mit Blick auf den bevorstehenden Wiederaufbau – einen Abgleich über Syrien zu treffen. Dies war für die Bundesrepublik auch insofern ein Erfolg, als die Vereinigten Staaten nicht beteiligt waren – für eine umfassende Umgestaltung in Mittelost eigentlich kaum vorstellbar. Der Hoffnung Berlins, im Zuge seines Strebens nach stärkerer Kontrolle im Nahen und Mittleren Osten endlich wenigstens in Syrien Fuß zu fassen – nach all den gescheiterten Versuchen im Zusammenhang mit dem Bemühen um den Sturz Assads –, scheint nun jedoch Washington einen Strich durch die Rechnung zu machen. Anfang 2019 haben der US-Senat und das Repräsentantenhaus ein Gesetz verabschiedet, das im Kern Sanktionen gegen sämtliche Firmen vorsieht, die sich in Syrien an staatlichen Maßnahmen beteiligen, etwa an solchen, die dem Wiederaufbau dienen. Das Gesetz ist geeignet, westliche Firmen genauso aus Syrien herauszuhalten, wie die US-Sanktionen es in Iran tun. Damit stehen zugleich die Berliner Einflussbemühungen in Damaskus auf dem Spiel. ♦

Bericht von der 4. Mittelmeerkonferenz der EL in Beirut

Linke Vernetzung für gemeinsame Strategien

Julia Wiedemann

Vom 29. bis 31. März tagte die Mittelmeerkonferenz der Europäischen Linken (EL) in Beirut. Initiiert von der Nahost-Arbeitsgruppe der EL fand sie bereits zum vierten Mal statt. Die Idee dahinter ist der Austausch zwischen linken Kräften diesseits und jenseits des Mittelmeeres und der angrenzenden Länder.

Die Lage in der Mittelmeerregion und dem Nahen Osten wird von Europa beeinflusst. Die Folgen des europäischen Kolonialismus sind bis heute spürbar und werden in neuen Formen der Einflussnahme und Abhängigkeiten sichtbar. Durch sogenannte Assoziierungsabkommen zwischen der EU und nordafrikanischen Ländern wird Einfluss auf Wirtschaftspolitik und Investitionen vor Ort genommen. Durch Waffenlieferungen aus Europa in die Region werden gezielt Länder in ihrer Rolle als Regionalmacht gestärkt, durch militärische Intervention ist Europa direkt an Kriegen beteiligt. Die Veränderung der Welt zu einer multipolaren Weltordnung stellt die Frage nach der Machtverteilung in der Region neu. Iran und Saudi-Arabien mischen in den Kriegen in Syrien und im Jemen mit.

In einer globalisierten, politisch und wirtschaftlich so interdependenten Welt können es sich linke Kräfte nicht leisten, nur die Probleme vor ihrer Haustür lösen zu wollen. Es braucht Austausch und damit verbunden einen Wechsel der Perspektiven, um Zusammenhänge zwischen den einzelnen Problemen sichtbar werden zu lassen und gemeinsame Strategien entwickeln zu können.

Zu diesem Zweck versammelten sich Vertreter*innen linker Kräfte aus Europa und dem Nahen Osten in Beirut. Frühere Mittelmeerkonferenzen fanden 2017 in Benalmadena (Spanien), 2015 in Istanbul und 2012 in Palermo statt. Um die arabischen Teilnehmer*innen stärker einbeziehen und die Sichtweisen aus der südlichen Perspektive des Mittelmeeres besser zum Ausdruck kommen zu lassen, war es an der Zeit, dieses Mal in einem arabischen Land zu tagen. Die Kommunistische Partei Libanon hatte sich als Veranstaltungspartner angeboten und die Konferenz mit ausgerichtet.

Die Partei der Europäischen Linken ist eine 2004 gegründete europäische politische Partei. Ihre 27 Mitglieds- und 12 Beobachterparteien sind sozialistische, kommunistische, rot-grüne und andere demokratische linke Parteien, unter anderem die Partei DIE LINKE.

In verschiedenen Panels wurde über den Widerstand gegen den Imperialismus, die Krise des Kapitalismus, soziale Kämpfe, Militarisierung, Kriege und Konflikte, Flucht und Migration, Frauenkämpfe, Ressourcenpolitik und Klimawandel diskutiert. In den Kernfragen gab es Einigkeit. Frieden und eine Ende von Gewalt und Vertreibung waren eine zentrale Forderung der Konferenz. Geteilt wurde auch die Analyse veränderter globaler Machtstrukturen oder neokolonialer Ausbeutungs- und Abhängigkeitsstrukturen.

Die Partnerschaftsabkommen der EU mit den Ländern Nordafrikas haben in ihrer bisherigen Ausgestaltung keinen Vorteil für die dort lebende Bevölkerung gebracht. Banken, große Firmen und Monopole der Agrarwirtschaft profitierten, während die Staaten selbst zu einer Privatisierungspolitik gedrängt wurden, die am Ende zu Lasten der ärmeren Bevölkerung und des Mittelstandes führte und die soziale Ungleichheit verschärfte. Die Ursachen liegen nicht im »Westen« allein, werden von dort aber befördert. Doch gibt es auch Widerstand gegen soziale und politische Missstände. In Ägypten und Marokko protestierten tausende Lehrer*innen gegen schlechte Bezahlung, in Algerien gab es massive Proteste gegen die erneute Kandidatur Bouteflikas, deren Forderung nach einem Wandel des Systems eine starke soziale Komponente hat. Tunesien erlebte Anfang des Jahres den größten Streik seit der Ermordung von Chokhri Belaid 2013. Im Irak entstand aus sozialen Protestbewegungen eine politische Zusammenarbeit zwischen linken und schiitischen Kräften, die bei einem gemeinsamen Antritt zu den Parlamentswahlen die Mehrheit der

Sitze erringen konnten. Proteste im Sudan führten zum Sturz des Präsidenten.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion gerieten linke Strukturen in eine Krise, aus der sich bis heute nicht alle erholt haben. Die Zersplitterung im linken Lager und der Mangel an neuen linken Strategien führten in vielen Ländern zu einer Lähmung. Die aktuellen Proteste machen Hoffnung auf einen neuen linken Aufschwung.

Doch traten in den Debatten auch Unterschiede hervor. Einer davon war die Frage nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker. Dieses wollte an sich niemand in Frage stellen, doch die Interpretation fiel unterschiedlich aus. Die Vertreterin der HDP stellte mit Blick auf die kurdische Frage das Konzept des Konföderalismus und der demokratischen Selbstverwaltung vor, wie sie derzeit in Nordsyrien praktiziert wird, und ermutigte die Teilnehmer*innen, Nationalismus als Konstrukt in Frage zu stellen. Aus palästinensischer Perspektive ist das Selbstbestimmungsrecht hingegen ganz stark mit der Gründung und internationalen Anerkennung eines eigenen, lebensfähigen und besatzungsfreien Staates verbunden. Nur in einem unabhängigen Nationalstaat sehen sie ihr Recht auf Selbstbestimmung verwirklicht. Ähnlich verhält es sich mit der Bevölkerung in der Westsahara, die seit 1975 von Marokko besetzt ist, und über die Nadjat Hamdi von der Frente Polsiario berichtete. 1991 konnte mit Hilfe der Vereinten Nationen ein Referendum ausgehandelt werden, bei dem die Sahrauis entscheiden sollten, ob sie in Marokko verbleiben oder unabhängig sein wollen. Das Referendum hat bis heute nicht stattgefunden. Damit traf sie einen wunden Punkt bei den anwesenden marokkanischen Genossen, die einer Teilung Marokkos mit Sorge entgegensehen. Sie plädierten dafür, das Recht auf Selbstbestimmung in der Einheit des Landes umzusetzen und auf ein Referendum zu verzichten. Deutlich wurde in der Diskussion, dass Unabhängigkeit allein kein Garant für Selbstbestimmung ist, dass die Frage über die Unabhängigkeit aber nicht von oben, sondern von den Betroffenen beantwortet werden muss.

Die Vertreterin der HDP stellte mit Blick auf die kurdische Frage das Konzept des Konföderalismus und der demokratischen Selbstverwaltung vor, wie sie derzeit in Nordsyrien praktiziert wird, und ermutigte die Teilnehmer*innen, Nationalismus als Konstrukt in Frage zu stellen.

Bewegend für alle Teilnehmer*innen war der Bericht der Organisation Open Arms, die über ihre Einsätze im Mittelmeer zur Rettung Geflüchteter berichteten. Ursprünglich wollte die Organisation samt ihrem Boot in Beirut anlegen, doch dieses darf derzeit Spanien nicht verlassen und hängt, wie viele andere, im Hafen fest, während weiterhin täglich auf dem Mittelmeer Menschen in Seenot geraten und ertrinken.

Im Rahmen der Operation »Sophia« der Europäischen Union zur »Bekämpfung krimineller Schleusernetzwerke vor der libyschen Küste« waren mehrere europäische Marineschiffe im Mittelmeer im Einsatz, die sich auch an Seenotrettungen beteiligt hatten. Doch die Mandate wurden nicht mehr verlängert, und die Operation von der See in die Luft und den Bereich der Aufklärung verlagert. Zivile Rettungsmissionen werden kriminalisiert und in ihrer Arbeit massiv behindert. Damit ist es nun Aufgabe der libyschen Küstenwache, Geflüchtete in Seenot aufzunehmen. Die Vertreterin von Open Arms schilderte, was das bedeutet. Vorausgesetzt, die Küstenwache reagiert überhaupt auf Notrufe, werden Geflüchtete nach Libyen zurückgebracht und in Camps inhaftiert, wo ihnen Misshandlung, Folter und Vergewaltigung drohen.

Während man mit dem Blick aus Europa mit Entsetzen auf die Tragödien im Mittelmeer schaut, gerät die Lage der Geflüchteten in Ländern wie Libanon oder der Türkei manchmal in den Hintergrund. Auch hier waren die Berichte schockierend. Im Libanon leben derzeit ca. 1 Million Geflüchtete aus Syrien, bei ca. 4,5 Millionen Einwohner*innen. Die Hilfsgelder decken nur einen minimalen Teil der benötigten Ressourcen zur Versorgung, Krankheiten und Mangelernährung sind die Folge, Frauen prostituieren sich für ihren Lebensunterhalt. Viele Geflüchtete arbeiten im informellen Sektor weit unter Mindestlohn. Dies führt wiederum zu einem gestiegenen Rassismus gegenüber Syrer*innen innerhalb der libanesischen Bevölkerung, die sich dadurch von Arbeitslosigkeit bedroht sieht.

In der Türkei leben offiziell 4 Millionen Geflüchtete, viele unter schlimmsten humanitären Bedingungen. HDP-geführte Kommunen hatten eigene Flüchtlingslager und Hilfsnetzwerke errichtet, doch mit der verschärften autoritären Führung der AKP-Regierung wurden in vielen Gemeinden Bürgermeister*innen durch eine Zwangsverwaltung ersetzt und Hilfsprojekte nicht weiter finanziert. In der Diskussion ging es neben den humanitären Aspekten um die Frage, ob und unter welchen Bedingungen eine Rückkehr nach Syrien möglich ist. Ein politischer Prozess mit einer Übergangsregierung und einer demokratischen Verfassung wurde als Voraussetzung für einen zivilen Wiederaufbau gesehen.

Ein weiteres Beispiel unterschiedlicher Sichtweisen war die Frage nach dem Umgang mit dem Klimawandel. Im letzten Jahr waren weltweit 68 Millionen Menschen direkt durch extreme Naturereignisse in Folge des Klimawandels betroffen, sei es durch Waldbrände, Überschwemmungen oder Stürme. Der Vertreter des portugiesischen Bloco sprach sich dafür aus, das sich vor der Küste Portugals befindliche Erdöl gar nicht erst zu fördern, um aus dem Muster der weiter steigenden CO_2-Emissionen auszubrechen. Eine Option, die für den Vertreter der Irakischen Kommunistischen Partei nicht zur Debatte stand. Hier steht der Wiederaufbau des Landes im Vordergrund, des Bildungs- und des Gesundheitssystems und der Aufbau einer von Importen weitgehend unabhängigen Landwirtschaft. Dafür ist es zwingend notwendig, dass der Staat die Kontrolle über den Verkauf des Erdöls zurückgewinnt, um die Einnahmen der Bevölkerung zugutekommen zu lassen. Im Irak kontrolliert der Staat die Förderlizenzen, der Verkauf erfolgt über private Firmen. Im Irak gäbe es viele Möglichkeiten zur Nutzung regenerativer Energien, doch mittelfristig lassen sich diese nur aufbauen, wenn auch die anderen Probleme des Landes angegangen werden.



Auffällig war, dass unter den arabischen Parteien fast nur ältere männliche Delegierte auf der Konferenz vertreten waren. Während alle die Rolle der Frauen in den sozialen und politischen Protesten ihrer Länder betonten und sich für Gleichberechtigung aussprachen, scheint es in der Umsetzung nicht überall zu gelingen. Exemplarisch stand dafür die Bemerkung eines Teilnehmers. In dem Panel zu Frauenbewegungen und sozialen Protesten ließ der Moderator in der Diskussion zunächst nur Frauen zu Wort kommen, der erste männliche Redner, der sprechen durfte, kommentierte: »Wenn jetzt den Frauen so viel Redezeit eingeräumt wurde, beantrage ich auch extra Redezeit für Arbeiter.«

Die Vielfalt der Themen der Konferenz und die regen Debatten machten sichtbar, dass dieser regionenübergreifende Austausch notwendig ist und in unterschiedlichen Formen fortgesetzt werden sollte, nicht erst auf der nächsten Mittelmeerkonferenz. ♦

*****

Julia Wiedemann ist Mitarbeiterin im Bereich Internationale Politik der Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE und hat in dieser Funktion an der Konferenz teilgenommen.

Interview mit dem belgischen Rechtsanwalt Jan Fermon

Wie kam es zu den Urteilen zugunsten der PKK und wie funktioniert die »Terror«-Liste?

Maxime Azadî, Brüssel/ANF

Der Verteidiger im PKK-Verfahren in Brüssel, Jan Fermon, erläutert, wie es zu den Urteilen zugunsten der PKK in den letzten drei Jahren kam, auf welchen Prinzipien sie beruhen, ihre Bedeutung und möglichen Auswirkungen.

In den letzten drei Jahren hat die belgische Justiz drei Urteile zugunsten der PKK gefällt. Wie ist der aktuelle Stand des Verfahrens?

Das Verfahren dauert an, denn die Staatsanwaltschaft ist zum zweiten Mal in Berufung gegangen. Wir werden vor Gericht zurückkehren und das Urteil des Obersten Gerichtshofs abwarten. Während der Untersuchungen wurden in Belgien in hoher Zahl Ermittlungen gegen kurdische Organisationen geführt. Der Staatsanwalt meint, alle stünden mit der PKK in Verbindung. Unter ihnen sind zwei Medienunternehmen iranischer und syrischer Kurden. Es sind breit geführte, jahrelang andauernde Ermittlungen. In diesem Rahmen wurde versucht, all diese Organisationen auf irgendeine Weise mit der PKK in Verbindung zu bringen. Gleichzeitig wird nach europäischem und somit auch belgischem Recht eine Organisation, die nach internationalem Recht aktiver Teil eines bewaffneten Kampfes ist, sei es in einem inländischen Bürgerkrieg oder in einem internationalen Konflikt, wegen ihrer Aktivitäten nicht als Terrororganisation betrachtet. Aber wenn eine Organisation sowohl in Syrien Krieg führt als auch hier Angriffe durchführt, dann kann sie als terroristisch gesehen werden. Dies gilt nicht für die PKK. Sie führt auf europäischem Boden keine Gewaltaktionen durch. Falls ein Kurde in Europa vereinzelt an einer Aktivität beteiligt war, bedeutet dies nicht, dass die Organisation daran beteiligt war. Daher wollten wir, dass die PKK im Rahmen dieser Bestimmung bewertet wird.

Könnten Sie besagten Artikel ein wenig näher erklären?

Alle Angeklagten wurden der Beteiligung an Taten einer terroristischen Organisation oder als Verantwortliche einer terroristischen Organisation beschuldigt. Daher war es notwendig, im Rahmen erstens des belgischen Rechts und zweitens unter Hinzunahme des europäischen Rechts zu klären, um was für eine Organisation es sich bei der PKK handelt. Wir haben von Anfang an erklärt, dass die gewaltsamen Vorfälle nicht hier stattgefunden haben, sondern dass das Wesen der Ereignisse in der Türkei betrachtet werden muss. Denn die Menschen hier werden beschuldigt, Propaganda zu betreiben, Gelder zu sammeln, Personen für die Organisation zu gewinnen oder Veranstaltungen zu organisieren. Aber wenn es darum geht, Personen für einen bewaffneten Kampf zu rekrutieren, dafür Propaganda zu betreiben oder Gelder zu sammeln, dann fällt das nicht unter das Verbot. Wenn es sich um einen bewaffneten Kampf oder einen Bürgerkrieg handelt, dann ist das Kriegsrecht anzuwenden und nicht ein Antiterrorgesetz.

Wie hat die Staatsanwaltschaft auf Ihr Vorgehen reagiert?

Anfangs tat der Staatsanwalt all diese Punkte als »lachhaft« und »verlorene Zeit« ab. Nach Beendigung der Untersuchungen sind wir vor die Ratskammer *[Abteilung, die über die Verfahrenseröffnung entscheidet und zum Strafgericht gehört]*. Wir erklärten dem dortigen Richter die Situation und er gab uns darin Recht, dass es zahlreiche Hinweise auf einen bewaffneten Kampf und einen Bürgerkrieg gebe und somit das Antiterrorgesetz nicht zur Anwendung komme. Die Staatsanwaltschaft legte Widerspruch ein und legte dem Appellationshof ihre Argumente vor. Der hat uns Recht gegeben und die Geschehnisse in der Türkei als bewaffneten Kampf und Bürgerkrieg anerkannt.



Rechtsanwalt Jan Fermon Foto: ANF

Nach welchen Kriterien werden sie als bewaffneter Kampf oder Bürgerkrieg gesehen?

Es gibt zwei Kriterien, nach denen ein bewaffneter Kampf bzw. ein Bürgerkrieg von einem isolierten Aufeinandertreffen unterschieden wird. Die Häufigkeit der Kämpfe (Anzahl, Art der Waffen usw.) ist das erste Merkmal. Als Nächstes wird auf das Niveau der Organisation und ihren Aufbau geschaut, um das Maß der Organisierung der gegnerischen Seite klären zu können. Wir haben in unserer Verteidigung erklärt, dass es sich trotz eines aufgrund der Guerillataktik asymmetrischen Kampfes um einen Konflikt mit großen Auswirkungen und einen seit sehr langer Zeit andauernden Krieg handelt. Es ist kein klassischer Krieg, aber es ist ein Krieg. Außerdem haben wir alle möglichen Informationen und Beweise vorgelegt, die belegen, dass die Volksverteidigungskräfte (HPG) eine Armee mit guter Organisation, Hierarchie und Disziplin sind.

Der Richter am Appellationshof entschied, es handele sich um einen bewaffneten Kampf und die HPG seien als eine Seite dieses Krieges zu werten. Die Folgerung war, dass in Belgien für Personen, die die PKK oder HPG in ihrem Kampf unterstützen, das Antiterrorgesetz nicht anzuwenden sei.

Wie hat sich das Verfahren weiter entwickelt?

Zunächst stellte die 2. Kammer des Appellationshofs in Brüssel die Ermittlungsverfahren ein.

Die Staatsanwaltschaft hat beim Kassationshof Berufung eingelegt. Die Entscheidung wurde aufgrund eines technischen Fehlers aufgehoben und die Akte ging zurück an den Appellationshof. Das Gericht entschied, dass es sich um einen bewaffneten Kampf handele, die HPG eine Partei in diesem Kampf seien und die Unterstützung der HPG keine Teilnahme an terroristischen Aktivitäten darstelle, da die HPG keine Terrororganisation seien.

Die Staatsanwaltschaft wandte sich erneut an den Kassationshof. Noch haben wir ihre Begründung nicht erhalten. Innerhalb der nächsten Wochen sollte das jedoch geschehen. Es wurde beantragt, die Entscheidung aufzuheben und das Verfahren erneut an den Appellationshof zu verweisen. Es kann also passieren, dass wir ein drittes Mal vor dieses Berufungsgericht treten müssen.

Hat das alles nicht mal ein Ende?

Prinzipiell nicht. Die Staatsanwaltschaft kann mit denselben Einwänden immer wieder Berufung einlegen. Aber wenn der Kassationshof der Entscheidung zustimmt, dann kann es ein Ende haben. Denn dann gilt die Entscheidung als rechtskräftig.

In demselben juristischen Rahmen wird ein weiteres Verfahren geführt. Könnten Sie kurz dieses Verfahren gegen Faysal Çolak zusammenfassen?

Ja genau, ein weiteres Verfahren, aber dieselbe Problematik. Es fanden Ermittlungen wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation statt. Auch wenn es der Richter als erwiesen ansah, dass die betreffende Person das (nach Südkurdistan geschickte) Material der PKK hat zukommen lassen, stellt sich dieselbe Frage: Ist die PKK eine terroristische Organisation?

Welche Folgen haben diese beiden Verfahren? Könnten sie Einfluss auf ähnliche Verfahren an anderen Gerichten haben?

Eine sehr wichtige Frage. Immer wenn ein Verfahren vor einem belgischen Richter landet, kann das Problem unterschiedlich bewertet werden. Es gibt in dieser Hinsicht keinen Automatismus. Aber die letzte Entscheidung ist sehr motivierend. Wir können überall darauf hinweisen, dass das Brüsseler Gericht das Problem vertiefend untersucht und das Kassationsgericht dies anerkannt hat, und ähnliche Entscheidungen fordern. Es ist aber kein automatischer Prozess. Ein anderer Richter kann eine andere Entscheidung fällen. Aber das Urteil des Kassationshofs dominiert. Wenn das Urteil bestätigt wird, dann sollten die Anschuldigungen gegen Personen im Umfeld der PKK, die keine weiteren Taten begangen haben, ein Ende haben. Beispielsweise Geld sammeln: Falls dies freiwillig geschieht oder nur eine Aktion organisiert wird, wird es kein Problem sein, aber wenn Menschen gewaltsam zu Spenden gedrängt werden, während einer Handlung Gewalt gegen Polizisten angewandt wird, zählt dies als Straftat. Es wird für die Staatsanwaltschaft schwer, Ermittlungen wegen normaler Aktivitäten einzuleiten.

Das Problem wird in anderen Ländern unterschiedlich gehandhabt. Es ist eine chaotische Situation. Hier haben die Gerichte auf der Grundlage belgischer Gesetze entschieden. Der Gesetzgeber hat die belgischen Gesetze um einen im internationalen Recht geltenden Artikel ergänzt. Andere Länder haben das nicht.

Wann fand das statt?

2003 sollten auf europäischer Ebene alle Länder ein Antiterrorgesetz haben, das bestimmte Forderungen erfüllen sollte. Jedes Land hat sein eigenes Gesetz eingeführt. Das Kriegsrecht und Gesetze im Kampf gegen Terror sind in vielen internationalen Abkommen und dem europäischen Recht vorhanden. Bei einem bewaffneten Kampf kann nicht im Rahmen von Terror ermittelt werden.



Die französische Hauptstadt Paris war im April 2018 Schauplatz eines wichtigen Prozesses. Gegenstand waren die Kriegsverbrechen des türkischen Staates gegen KurdInnen. Der türkische Staat, vertreten durch den Präsidenten Erdoğan, wurde angeklagt. Jedoch nicht vor einem »ordentlichen« Gericht, sondern vor dem Permanenten Völkertribunal. Als AnklägerInnen fungiert haben der belgische Rechtsanwalt und Generalsekretär der Internationalen Vereinigung demokratischer AnwältInnen (IADL) Jan Fermon und die italienische Menschenrechtsanwältin Sara Montinaro. Foto: ANF

Das bedeutet dann, dass es anderweitig aufzunehmen ist …

Wenn entschieden worden ist, dass es sich um einen bewaffneten Kampf handelt oder dementsprechend zu betrachten ist, dann sind Antiterrorgesetze nicht mehr anwendbar. Dies gilt in allen internationalen Abkommen und im europäischen Recht. Aber nur Belgien hat diesen Artikel in seine Gesetzgebung aufgenommen.

Welchen Weg müssten die anderen Länder dementsprechend einschlagen?

Was können andere Staaten tun? Werden sie nur den nationalen Gesetzen folgen oder internationales Recht respektieren? Manche sagen, internationale Abkommen interessierten sie nicht. Ich persönlich halte das für diskussionswürdig. Diese aufgrund der belgischen Justiz entstandenen Möglichkeiten wahrzunehmen ist den jeweiligen vor Ort tätigen Anwälten in Europa überlassen. Sie können das Urteil ihren Richtern vorlegen und argumentieren: »Seht die Begründungen der belgischen Richter, es stimmt sowohl mit dem belgischen und dem europäischen Recht überein als auch mit den Abkommen über Terrorismus.« Auch wenn es im deutschen Recht keinen ähnlichen Artikel wie im belgischen gibt, kann trotzdem gefordert werden, sich internationalen Gesetzen zu beugen. Es ist jedoch schwer vorherzusehen, was dabei herauskommt. Es kommt darauf an, wie die Richter in Dänemark, den Niederlanden, Deutschland, Frankreich oder Italien das Verhältnis ihrer Gesetze zu den internationalen auslegen.

Der Europäische Gerichtshof hat im vergangenen Jahr über die Aufnahme der PKK auf die EU-»Terrorliste« entschieden. In welchem Verhältnis stehen die beiden Verfahren?

Das ist ein sehr technisches und kompliziertes Problem. Die Luxemburger Entscheidung betrifft nur Maßnahmen wie das Einfrieren von Eigentum, Geld inbegriffen, und Reiseverbote. In Wirklichkeit geht es nicht um Geld. Es handelt sich hier nicht um Strafrecht. Es ist ein anderes Feld. Nichtsdestotrotz hat es psychologische Auswirkungen und sich bemerkbar gemacht. Das belgische Gericht hat dem Europäischen Rat gegenüber ausgeführt: Ihr habt zwar die PKK auf die Terrorliste gesetzt, hattet aber keine zufriedenstellenden Gründe dafür. Andererseits begründet die Aufnahme der PKK auf diese Liste nicht ihre automatische Beobachtung. Im Gegenteil bedeutet es, dass die Listung nicht eine automatische Anwendung der nationalen Antiterrorgesetze erfordert. Denn diese zwei Punkte sind unterschiedlich. Auf der einen Seite der administrative Teil von Maßnahmen, andererseits das Strafrecht. Es sind zwei vollkommen unterschiedliche Bereiche. Mit der europäischen Liste können Besitztümer eingefroren werden, mit dem Strafrecht kann man ins Gefängnis schicken.

Wie funktioniert der Mechanismus der europäischen Terrorliste?

Der Mechanismus der europäischen Liste bedeutet, auf die Liste gesetzt zu werden, und alle sechs Monate, es können auch schon mal ein oder zwei Jahre werden, muss der Europäische Rat (EU-Ministerrat) die Liste neu bewerten. Warum aber muss neu bewertet werden? Damit niemand auf der Liste vergessen wird. In den USA gibt es dieses Prinzip nicht. Nelson Mandela war sogar nach seinem Tod noch auf der Terrorliste, denn in den USA wird die Liste nicht neu gesichtet. In der Europäischen Union wird sie prinzipiell erneuert. Das Unnormale dabei ist: Wenn ein Antrag beim Gericht in Luxemburg eingeht, muss er bei der Erneuerung der Liste erweitert werden. Es wird also jedes Mal vom Gericht verlangt, die vorhandene Liste mit zu begutachten. Manchmal ändern sich Gründe für die Listung, aber um sie fortzuführen gibt es kein Problem. Auf diese Weise muss das Gericht nicht nur das erste Urteil, sondern alle Urteile mit einbeziehen.

Warum betrifft das Urteil des Europäischen Gerichtshofs nur die Jahre 2014 bis 2017?

Zu einem bestimmten Zeitpunkt eines Verfahrens wird die mündliche Verteidigung vorgetragen, jeder legt seine Auffassung dar. Von da an schließt das Gericht die Akte. Es kann nichts mehr hinzugefügt oder gestrichen werden. Nun muss nur noch das Urteil gefällt werden. Die Diskussionen sind beendet. Falls im Anschluss eine neue Entscheidung zur Liste getroffen wird, darf sie nicht mehr in der Akte ergänzt werden. Beim PKK-Verfahren ist genau dies passiert. Soweit ich weiß, sind vom Europäischen Rat dieselben vorherigen Argumente angeführt worden, um die PKK erneut auf die Liste zu setzen. Da es sich um dieselben Argumente handelt, nehme ich an, dass das Gericht diese Liste annullieren wird. Es kann also nicht anders sein. Es handelt sich dabei um ein rein technisches Problem und es geht nicht um den Inhalt. Es geht darum, die Diskussionen bei Gericht zu beenden und nach dem Urteil die Liste zu erneuern. Die Europäische Union wendet dies stets an. Auch bei anderen Akten. Daher muss ab dann von Neuem begonnen werden.

Warum häufen sich Ihrer Meinung nach die für die PKK positiven Urteile? Hängt das mit dem Umfang

der Anträge oder ihrer Ernsthaftigkeit zusammen oder gibt es eine politische Ausrichtung, denn die Liste selbst wird ja als politisch betrachtet?

Es wäre anmaßend zu sagen, dass die Anträge nicht ernsthaft genug gestellt wurden. Wir können nicht behaupten: »Wir haben im Gegensatz zu anderen einen ernsthaften Antrag gestellt.« Ich habe gesehen, dass bei vielen Urteilen das Problem nicht angegangen wurde. Das ist richtig. Aber das Hinzufügen eines Artikels aus internationalen Abkommen in das nationale Gesetz hat uns Vorteile gebracht. Dennoch denke ich, dass alles im Ganzen notwendig war. Einerseits haben wir sehr intensiv gearbeitet und sind in die Tiefe des Problems eingedrungen, anderseits gab es die Geschehnisse in der Türkei und Syrien und die Rolle der PKK dabei hat ihnen die Augen geöffnet. Auch Richter sind Menschen. All diese Informationen haben ihnen die Arbeit erleichtert. Selbstverständlich ist es heute einfacher als früher. Das politische Klima, verfahrensrelevante Fakten anzuhören, ist heute weit offener.

Lässt sich also so zusammenfassen: Es gibt heute mehr Möglichkeiten für die Kurden, sich zu äußern und sich im juristischen Bereich Gehör zu verschaffen?

Sowohl als auch. Alle Tatbestände, die das Verfahren betreffen, stammen aus der Türkei. Zweifellos hatten wir vorher nicht dieselben Möglichkeiten, aber ich denke, dass auch das (politische) Klima entsprechend ist. Denn so sehr das Material auch aus der Türkei stammt, achten die Richter doch weit mehr auf die Argumente. Im Vergleich zu den vorherigen Jahren ist es für sie einfacher geworden anzuhören. Früher hatten alle Angst, wenn von Terrorismus die Rede war, worum es auch immer ging. Alles wurde grundlos zu Terrorismus erklärt. Zeitgleich gab es wenig Stimmen, die sagten: »Lasst uns abwarten, was die Kurden zu sagen haben.« Bei einem Angriff reichte es aus zu sagen, er stamme von den Kurden. Heutzutage ist dies weit schwieriger. Einerseits half uns auch der Staatsanwalt. Wir erklärten von Anfang an, dass die Partei der Demokratischen Einheit (PYD) und die PKK nicht dasselbe seien. Dass es sich bei ihnen trotz gemeinsamer Bezugspunkte um verschiedene Parteien handele. Hätte der Staatsanwalt uns im Recht gesehen, hätten wir es eventuell ein wenig schwerer gehabt. Doch er beharrte darauf, dass »alle zur PKK gehören«. Und das hat unsere Arbeit erleichtert: Wie ist es dann zu erklären, dass die US-Amerikaner gemeinsam mit der PYD an einer Front kämpfen? Der Staatsanwalt saß in der Klemme.

Können die Entscheidungen in Brüssel zur PKK als Richtungswechsel des nach den Anschlägen 2001 in den USA in Geiselhaft genommenen Rechts bewertet werden?

Es ist ein wichtiges Verfahren, denn es wirft ein prinzipielles Problem auf. Vor dem Zweiten Weltkrieg galt das Prinzip: Jede Aktion gegen den Staat ist eine kriminelle Tat. Der Zweite Weltkrieg und der Kampf gegen den Faschismus brachten vor allem die Menschenrechtsdeklaration und damit einhergehend Weiteres mit sich. Der Widerstand gegen einen unterdrückenden oder besetzenden Staat wurde als legitim betrachtet. Die Auffassung eines Staates, dessen jegliche Handlungen »gut« sind und die Aktivitäten seiner Gegner »kriminelle Aktionen«, hat sich gewandelt. Das stärkte die Kämpfe gegen die Ausbeutung. Mit dem Genfer Abkommen änderte sich die Auslegung. Es wurde ein Zusatzprotokoll hinzugefügt, das die inneren Kämpfe/Bürgerkriege betrifft. Die Dimension des Begriffs innerer Kampf wurde weiter gefasst. Die Realität eines inneren Krieges, Freiheitskämpfe und gegen Ausbeutung und Tyrannei kämpfende Menschen wurden anerkannt. Mit dem (nach 2001) begonnenen Krieg gegen den Terror verschwanden sie ein wenig. Zweifellos gibt es terroristische Aktivitäten, aber allen voran die US-Amerikaner begannen damit, nicht mehr zwischen terroristischen Aktionen und dem legitimen Kampf gegen repressive Regime zu unterscheiden.

Sie griffen alte Theorien auf und setzten sie um. Organisationen wie die PKK und palästinensische wurden dabei auf die Liste gesetzt. Es begann mit den Amerikanern, aber die Europäer und andere sind ihnen gefolgt. Mit dem Urteil in Belgien haben wir das erste Mal »Achtung« gerufen. Einerseits gibt es Organisationen, die Flughäfen und U-Bahnen in die Luft jagen, andererseits Organisationen, die Krieg gegen Unterdrückung führen. Wir haben eine andere juristische Behandlung gefordert ... Ich halte den Schutz dieses Unterschiedes für enorm wichtig. Wenn eine Organisation als »nichtstaatliche Bewegung« anerkannt wird, dann wird sie zur Einhaltung internationaler Menschenrechte angehalten. Und ich glaube an eine weitere Dimension: Wenn die Europäische Union eine kriegführende Bewegung als »terroristisch« betrachtet, dann gibt es keinerlei Beweggrund, Frieden zu schaffen. Frieden kann immer nur mit der anderen Kriegspartei geschlossen werden.

Könnte man dahingehend sagen, dass die »Terror«-Liste der EU den Frieden in der Türkei behindert?

Ich denke schon, dass sie negative Auswirkungen auf den Frieden hat. Diese Liste hält den türkischen Staat nicht zum Frieden, sondern zum Krieg an. ♦

Ein Blick auf den heimischen Repressionsrummel

Verbotskarussell dreht sich weiter

AZADÎ e.V., April 2019

In Deutschland verboten

Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) erließ am 12. Februar ein Verbot gegen den kurdischen »Mezopotamien Verlag« und den kurdischen Musikvertrieb »MIR Multimedia GmbH«.

Bereits am 8. März des vergangenen Jahres hatte es im Verlagshaus des Mezopotamien Verlags über zwei Tage hinweg Durchsuchungen gegeben. Damals waren Tausende Bücher durch die deutschen Behörden beschlagnahmt worden.

In seiner Pressemitteilung behauptet das Bundesinnenministerium, dass der Geschäftsbetrieb beider Vereinigungen allein der Aufrechterhaltung des organisatorischen Zusammenhalts der PKK diene. Dies scheint bei einem Literatur- und Musikvertrieb mehr als fragwürdig. Bereits nach der Durchsuchung des Verlags am 8. März 2018 zeigten sich der Börsenverein des Deutschen Buchhandels und die Schriftsteller*innenvereinigung PEN-Zentrum Deutschland besorgt um die Kunst- und Literaturfreiheit in Deutschland und forderten vom Bundesinnenministerium (BMI) eine nachvollziehbare Begründung für das Vorgehen.

Für AZADÎ reiht sich das aktuelle Vorgehen der Behörden ein in die staatlichen Bemühungen vor allem der letzten zwei Jahre, der kurdischen Bevölkerung in Deutschland, die zu einem großen Teil mit der kurdischen Befreiungsbewegung sympathisiert, jegliche Artikulationsmöglichkeit und ihre politische Identität zu nehmen. So sollen per Demonstrationsauflagen sämtliche Bilder des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan aus der Öffentlichkeit verbannt werden. Auf jüngsten Demonstrationen anlässlich der Hungerstreiks zur Überwindung der Isolationshaft von Öcalan verbot die Polizei in Berlin sogar Transparente, auf denen nur sein Name erwähnt war. Nun wird diese Hexenjagd auch auf den Kulturbereich ausgeweitet und es werden unter anderem die Bücher von Abdullah Öcalan beschlagnahmt, die unter anderem vom Mezopotamien Verlag vertrieben werden. Entgegen der Darstellung des BMI ist die Schließung von Verlagen und Musikvertrieben keine Terrorbekämpfung, sondern schlicht und einfach Zensur.

Kritisch sehen wir das vor allem in einem Land, in dem öffentliche Bücherverbrennungen stattfanden und der Staat bestimmte, was als »entartete Kunst« zu gelten hatte. Einmal mehr nähert sich der Umgang mit der kurdischen Frage in Deutschland dem Vorgehen in der Türkei an. Eine besondere Brisanz in der Beschlagnahmung tausender Bücher und CDs mit kurdischer Musik sehen wir auch darin, dass diese Vorgehensweise in der Türkei über Jahrzehnte gängige Praxis ist. Wir wünschen uns, dass vor allem Kulturschaffende gegen die aktuelle Kriminalisierung einer kurdischen politischen Identität protestieren, die sich wie überall auf der Welt auch in Literatur und Musik äußert.

Gegen die Verbote haben die Anwält*innen der Unternehmen Klage beim Bundesverwaltungsgericht eingereicht.

Die bundesdeutschen Verbotsminister

Die Pressemitteilung des Bundesinnenministers vom 12. Februar zu Verbot und Auflösung des Mezopotamien Verlages und der MIR Multimedia GmbH als »Teilorganisationen der 1993 in Deutschland verbotenen« PKK liest sich wie die Erfüllung der Forderungsliste des türkischen Regimes, härter gegen Einrichtungen und Aktivitäten der PKK vorzugehen, ganz so, wie es in der Türkei seit Jahrzehnten an der Tagesordnung ist. Folglich behauptet der BMI, dass »unter dem Tarnmantel als Verlagsbetriebe« sämtliche »betriebswirtschaftlichen Aktivitäten ausschließlich der PKK zugutekommen« und sie »allein der Aufrechterhaltung des organisatorischen Zusammenhalts der PKK« dienten. Er verweist darauf, dass es 14.500 Anhänger*innen der PKK gebe, die »Deutschland als Raum des Rückzugs, der Refinanzierung und Rekrutierung« nutzten. Hiergegen würden die Sicherheitsbehörden mit großem »personellem und sachlichem Aufwand« vorgehen. So werden Tausende Menschen unter Generalverdacht gestellt.

Das BMI erklärt weiter, dass seit 2004 strafrechtliche Ermittlungen »in einer sehr hohen vierstelligen Zahl« eingeleitet worden seien. (Wie viele dieser Verfahren eingestellt wurden, bleibt unerwähnt. Selbst seit dem jüngsten Symbole-Verbot von Ex-Innenminister de Maizière haben Staatsanwält*innen oder Gerichte zahlreiche Verfahren wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz eingestellt.)

In Richtung Türkei sollen auch diese statistischen Angaben gehen: Der Generalbundesanwalt habe »bislang« 180 Ermittlungsverfahren mit PKK-Bezug geführt, 70 Urteile seien ergangen und »mehr als 90 Angeklagte verurteilt« worden. Außerdem hätten die Behörden seit 1993 »die PKK selbst und weitere 52 ihr zuzurechnende Organisationen verboten« (dass etliche Verbote wieder aufgehoben wurden, bleibt unerwähnt). Zum Beweis des harten Vorgehens gegen kurdische Institutionen brüstet sich Innenminister Horst Seehofer auch damit, dass der Fernsehsender ROJ TV mit einem Betätigungsverbot belegt worden sei. Aber das war nicht Seehofer.

Nahezu jeder Innenminister hat sich in seiner Amtszeit ein kurdisches Projekt vorgenommen, um sich mit einem Verbot als innenpolitischer Hardliner und Handlanger türkischer Interessen zu profilieren.

ROJ TV

Im Mai 2008 wurde auf Veranlassung des damaligen Innenministers Wolfgang Schäuble (CDU) VIKO, die Produktionsfirma des seit 2004 in Dänemark ansässigen kurdischen Fernsehsenders ROJ TV, durchsucht, all ihre Materialien wurden beschlagnahmt und sie geschlossen. Die Verbotsmitteilung an die Verantwortlichen von Mesopotamia Broadcast A/S METV, ROJ TV und VIKO in Dänemark folgte mit Verfügung vom 13. Juni. Gegen diese Maßnahme hatte der Anwalt der Firmen geklagt. Das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) hob am 14. Mai 2009 den vom BMI angeordneten Sofortvollzug der Vereinsverbote wieder auf.

Laut Beschluss des BVerwG vom 24. Februar 2010 konnte ROJ TV seine Arbeit dann »zunächst« fortsetzen. Gleichzeitig hat das Gericht den Fall zur Klärung, ob Deutschland einen nicht nur EU-weit verbreiteten Sender überhaupt kontrollieren und verbieten dürfe, dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg vorgelegt.

Seit 2004 hatten türkische Regierungen erfolglos versucht, Dänemark durch massiven Druck dazu zu bringen, dem Sender die Lizenz zu entziehen. Der damalige Ministerpräsident Anders Fogh Rasmussen weigerte sich strikt, den Forderungen aus der Türkei aus Gründen der Unantastbarkeit der Presse- und Meinungsfreiheit in seinem Land nachzukommen. Das hielt er so lange aufrecht, bis er 2009 für das Amt des vakant gewordenen Postens des Chefs der NATO vorgeschlagen wurde. Hiergegen setzte ein Sturm der Entrüstung aus Ankara ein, u. a. wegen Rasmussens Haltung in der ROJ-TV-Frage. Er gab nach, wegen »Propaganda für eine terroristische Vereinigung« erhob die dänische Justiz Anklage gegen den Sender, die Türkei war's zufrieden, Rasmussen wurde NATO-Generalsekretär und Deutschland ist seiner Rolle innerhalb der EU/NATO als treibende Kraft der Repression gegen die kurdische Bewegung gerecht geworden. Die Lizenz wurde entzogen.

(Yeni) Özgür Politika

Ein weiterer Ressortchef des Innern hatte sich als innenpolitischer Hardliner und Freund der türkischen Regierung des damaligen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdoğan erwiesen: Otto Schily (SPD). Im Visier hatte er die prokurdische Tageszeitung »Özgür Politika« (Freie Politik).

Am 5. September 2005 ließ er sämtliche Verlags- und Firmenräume der bei Frankfurt/M. ansässigen E. Xani Presse- und Verlags GmbH, in der die Zeitung seit über zehn Jahren erschien, durchsuchen und sämtliches Arbeitsmaterial sowie das Firmenvermögen beschlagnahmen. Von den Razzien betroffen waren auch die kurdische Nachrichten-Agentur MHA sowie die Privatwohnungen der angestellten und freien Mitarbeiter*innen. Der Republikanische Anwältinnen- und Anwälteverein (RAV) sah in den staatlichen Maßnahmen eine »blinde Gefolgschaft des Bundesinnenministers gegenüber den Wünschen der türkischen Regierung« und eine »Ignoranz gegenüber der kurdischen Frage und die Schamlosigkeit gegenüber der Pressefreiheit«. Der RAV forderte die Rücknahme der Verbotsverfügung und der Rechtsanwalt der Firmen reichte Klage beim Bundesverwaltungsgericht ein.

Am 18. Oktober 2005 hob dessen 6. Senat die Entscheidung des BMI auf und erachtete die angeordnete »sofortige Vollziehung« der Verbotsverfügung für nicht rechtens.

Seitdem erscheint die Zeitung unter dem Namen »Yeni Özgür Politika« (Neue Freie Politik). »Alles spricht dafür, dass Schily das Verbot für den Wahlkampf missbrauchte, um eine konservative türkischstämmige Wählerschaft noch für die SPD zu gewinnen«, erklärte Prof. Norman Paech gegenüber AZADÎ.

In ihrer Liste der pressefreundlichsten Länder vom 20. Oktober 2005 stufte die Organisation Reporter ohne Grenzen Deutschland auf den 18. Platz herab. Grund sei u. a. die Schließung von Özgür Politika. Man halte es für richtig, dass auch

»über die Gefechte zwischen der PKK und dem türkischen Militär« berichtet werde oder »über den Gesundheitszustand von Abdullah Öcalan, der in türkischer Haft« sitze.

Mezopotamien Verlag/MIR

Parallel zu den Razzien am 5. September 2005 erschien die Polizei auch in den Firmenräumen des Mezopotamien und MIR-Musikverlages in Köln bzw. in Düsseldorf. Konfisziert wurden Bücher, CDs, Musikkassetten und anderes Material. Die Maßnahmen wurden damals wie heute mit der angeblichen »Eingebundenheit der Firmen in die Gesamtorganisation der PKK« begründet. Geklagt wurde auch gegen diese Maßnahmen mit dem Ergebnis, dass die beiden Gesellschaften ihre Arbeit fortsetzen konnten.

Da dem Staat genug nicht genug ist, schlug er am 9. März 2018 erneut zu und wieder wurden zahlreiche Bücher und umfangreiches Musikmaterial beschlagnahmt. Der Börsenverein des Deutschen Buchhandels und die Schriftsteller*innenvereinigung PEN Deutschland erklärten u. a.: »Die Vorgänge um die Beschlagnahmung des gesamten Buchbestands des Mezopotamien Verlags sind undurchsichtig. Die dürre Erklärung des Innenministeriums erhellt den Sachverhalt nicht. Die Durchsuchung des gesamten Verlages und die lastwagenweise Beschlagnahmung der Publikationen stellen die Verhältnismäßigkeit des Vorgehens in Frage.« Alexander Skipis, Hauptgeschäftsführer des Börsenvereins, vermutete, »dass das Verfahren im Interesse der türkischen Regierung angestoßen« worden sei. »Insbesondere auf internationaler Ebene sorgen sich Kolleginnen und Kollegen, dass es sich bei der Beschlagnahme von Büchern um einen Akt staatlicher



Protest der Mitarbeiter von ROJ TV gegen das Verbot. Foto: KR

Zensur handeln könne.« Gegen dieses Vorgehen wurden ebenfalls rechtliche Schritte eingeleitet.

Verbot von Verlag und MIR rechtlich nicht haltbar

Die Rechtsanwält*innen des Mezopotamien Verlages und des MIR-Musikvertriebs erklärten in einer Pressemitteilung vom 12. Februar 2019, dass das Verbot »rechtlich nicht haltbar« sei. »Mit der Verbotsverfügung sollen wichtige Stimmen der kurdischen Kultur in Deutschland mundtot gemacht werden«, so Rechtsanwalt Dr. Stolle (Berlin), weshalb dagegen Klage vor dem Bundesverwaltungsgericht erhoben werde. Sein Kollege Fresenius (Frankfurt) erklärte: »Die Zerschlagung jedes oppositionellen Mediums und das Verbot kritischer Kultur durch das Erdoğan-Regime wird vom Bundesministerium des Innern hinsichtlich der kurdischen Kultur auch auf Deutschland ausgeweitet. Erneut unterstützt damit die Bundesregierung die undemokratische Kurdenpolitik der Türkei.«

Seehofers Furcht vor dem geschriebenen Wort

Tahir Köcer, Co-Vorsitzender von NAV-DEM (Demokratisches Gesellschaftszentrum der KurdInnen in Deutschland), verurteilte die Verbote und sieht hierin eine »Fortsetzung der kurdenfeindlichen Politik der Türkei«, die seit Jahrzehnten die »kurdische Identität und die kurdische Kultur« auszulöschen versuche. »Nun hat die Bundesregierung sich mit diesem Verbot zu dieser menschenverachtenden Politik auf deutschem Boden entschieden«, was man nicht dulden könne und wolle. Die Co-Vorsitzende Ayten Kaplan meinte, dass Seehofer mit dem Verbot deutlich mache, »dass er sich vor dem geschriebenen Wort« fürchte.

Zerstörerische Verbotspolitik der Bundesregierung

»Anstatt die Leistungen der PKK im Kampf gegen den IS – und auch ihre ideologische Wandlung der vergangenen Jahre – anzuerkennen, hält das Innenministerium an dem obsoleten und zerstörerischen Verbot weiter fest. Auch mit den jüngsten Verlagsverboten stellt es Hunderttausende Menschen unter Generalverdacht. Die Bundesregierung macht sich mit ihrer drakonischen Kriminalisierungsstrategie erneut zum Erfüllungsgehilfen eines brutalen Autokraten.« Dies schrieb Sebastian Bähr u. a. in seinem Kommentar im »Neuen Deutschland« vom 13. Februar 2019.

Gravierender Eingriff in die Meinungsfreiheit

Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Verbotsmaßnahme äußerte auch die Präsidentin der deutschen Zentrale der Schriftsteller*innenvereinigung PEN: »Angesichts der zu erwartenden Nachfragen und Proteste erwarten wir, dass der Bundesinnenminister die Notwendigkeit der getroffenen Maßnahme weiter belegt und nachvollziehbar begründet«, so Regula Venske. Ein solches Verbot sei eine »drastische Maßnahme«. Christoph Links, Sprecher der Interessengruppe Meinungsfreiheit des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels, bezeichnete gegenüber dem »Neuen Deutschland« vom 13.



iL-Leipzig

Februar 2019 das Verbot als einen »gravierenden Eingriff in die Meinungsfreiheit«. Die Erklärung des Innenministers, dass sämtliche Geschäftsaktivitäten der Unternehmen einzig der PKK zugutegekommen seien, scheine bisher »nicht überzeugend«. Schließlich würden auch kritische Journalist*innen in der Türkei von dem Verlag profitieren, die vom Börsenverein unterstützt würden.

VS-Publikationen: diffamierend und ideologisch

Im Dezember 2018 hatte sich das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) in seinem 4. Newsletter u. a. mit der PKK und den Aktivitäten anlässlich des 25-jährigen Bestehens des Betätigungsverbots befasst und in voller Absicht lückenhaft aufgeschrieben, was seiner Meinung nach nicht die bundesdeutsche Verfassung schütze, sondern dieser widerspreche und mithin zu kriminalisieren sei (s. AZADÎ-Info 186, S. 2). Dahinter steht das Ziel, nicht nur die kurdische Bewegung generell zu diffamieren, sondern auch jede Solidarisierung mit ihren gesellschaftspolitischen Konzeptionen, basisdemokratischen Projekten und eine die gleichberechtigte Teilhabe der Frauen in allen Bereichen fördernde Politik zu verhindern. Getroffen werden sollen all jene, die sich zusammenschließen wollen, um gemeinsam eine Welt »jenseits von Staat, Macht und Gewalt« (Titel der ins Deutsche übersetzten Verteidigungsschriften von Abdullah Öcalan) zu entwickeln.

Das hat den Inlandsgeheimdienst motiviert, im Februar 2019 auch noch eine Broschüre »Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)« nachzuliefern. Personelle und finanzielle Ressourcen wurden gebündelt, um eine rückwärtsgewandte, selektive, einseitig geprägte, mithin unvollständige und in Teilen sogar falsche Darstellung als sachliche Beschreibung der kurdischen Bewegung für sich in Anspruch zu nehmen.

Falsch

Auf dem Titelbild der Broschüre ist eine Fahne mit dem Bild von Abdullah Öcalan abgebildet sowie eine in den Farben rot-weiß-grün mit einer Sonne in der Mitte (Ala Rengîn). Hierbei handelt es sich weder um ein Symbol der PKK noch um die Farben Kurdistans generell. Sie ist vielmehr das offizielle Banner der Autonomen Region Nordiraks (Südkurdistan), die von dem Barzanî-Clan, der gute Beziehungen zur Türkei pflegt, beherrscht wird. Deshalb gibt es auch seitens der Bundesregierung(en) schon lange beste Beziehungen zu ihren, den »guten Kurd*innen« (u. a. durch Waffenlieferungen und Ausbildungshilfen der Peschmerga durch Soldat*innen der Bundeswehr). Aber auch, weil sie sich als Gegner der PKK darstellen und das Selbstverwaltungsprojekt Rojava bekämpfen.

Falsch

Auf Seite 5 der Broschüre wird kühn behauptet, dass die PKK »vor dem Hintergrund der Verhaftung Öcalans 1999« und der drohenden Todesstrafe (S. 9) ihr ursprüngliches Ziel, einen eigenen Kurd*innenstaat zu schaffen, aufgegeben habe. Das ist schlicht historisch falsch.

Vielmehr war Abdullah Öcalan aus Anlass des ersten Waffenstillstandes 1993 schon von der Idee eines unabhängigen Staates abgerückt. Es wird auch nicht dadurch wahrer, dass Behörden, Nachrichtenagenturen und sonstige Medien bis in die jüngste Vergangenheit darauf beharrten, dass die Kurd*innen für einen eigenen Staat bewaffnet kämpfen.

Ohne Nennung eines einzigen Beweises fabuliert der VS, es sei »wahrscheinlich«, dass die PKK einen eigenen Staat anstrebe. »Dass Öcalan in seinen Gefängnisschriften vor einer ›Nationalismusfalle‹ warnt und erklärt, dass ›für die Kurden die Gründung eines getrennten kurdischen Nationalstaates keinen Sinn macht‹, weil ein weiterer Staat ›lediglich zusätzliche Ungerechtigkeit schaffen und das Recht auf Freiheit noch weiter einschränken‹ würde, unterschlagen die Verfassungsschutzautoren«, schreibt der Historiker Nick Brauns in einem Kommentar zur Broschüre in der Zeitung »Yeni Özgür Politika« vom 28. Februar.

»Scheinbare« Demokratisierung

Was sich durch Anklageschriften, Auflagenbescheide, Versammlungsverbote und sonstige Behördenverfügungen durchzieht, ist der Hinweis, dass es bei allen aus der PKK hervorgegangenen Organisationen seit 2002 keinerlei strukturelle oder politische Neuausrichtung gegeben habe. Es sei nur darum gegangen, »sich vom Makel einer Terrororganisation zu befreien«. Demokratiebestrebungen verunglimpfen die Autor*innen als »scheinbar«. Öffentlichkeitsarbeit gilt für den VS nicht als ein selbstverständliches Grundrecht auch für Kurdinnen und Kurden, sondern wird als Popularisierung der Politik der PKK dargestellt. Auch der »Aufbau von Kontakten« zu »politischen Entscheidungsträgern« durch NAV-DEM steckt in dieser Schublade. Der Dachverband sei – so die Schreiber*innen – eine unselbstständige Teilvereinigung der PKK.

Hierbei ist dem VS offenbar der Beschluss des Verwaltungsgerichts Düsseldorf vom 6. Februar 2019 entgangen, wonach es für diese Behauptung keine Anhaltspunkte gebe.

Das ungeliebte kurdische Medienwesen

Ein Dorn im Auge der türkischen und deutschen Politik waren und sind die kurdischen Medien.

Genannt wird »Yeni Özgür Politika«. Mit ihr verfüge die PKK als »einzige nicht islamistische und ausländerextremistische Organisation in Deutschland« über eine eigene Tageszeitung. So what – bleibt es schließlich jeder Organisation überlassen, ob sie eine Zeitung herausgibt oder nicht. Will der VS den Kurd*innen vorwerfen, das Grundrecht auf Informations-, Meinungs- und Pressefreiheit in Anspruch zu nehmen?

Die Autor*innen haben ihren Tunnelblick und der ist nur darauf gerichtet, dass mit dem Medienwesen der Anspruch der PKK gestärkt werden solle, »alleinige Vertreterin kurdischer Interessen zu sein«. Gleiches gilt für die Nachrichtenagentur ANF, die täglich Informationen aus zahlreichen Ländern, inklusive Europa, liefert und in acht Sprachen berichtet. Die alle sollen sich von der PKK marionettenhaft manipulieren lassen? Könnte es sein, dass es hier um aktuelle Berichterstattung geht, um Ereignisse, die Kurdinnen und Kurden, aber auch Millionen anderer Menschen betrifft und interessiert? Möglich, dass andere (nationale und internationale) Medien hierüber nicht berichten? Informiert sich letztlich nicht auch der VS selbst über diese Quellen?

Das Recht auf Bildung und Kultur will der VS den Kurd*innen auch nicht zugestehen. Die Autor*innen behaupten, dass der »Mezopotamien-Verlag«, den sein Dienstherr, Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU), am 12. Februar 2019 durchsuchen und verbieten ließ, »hauptsächlich Publikationen des PKK-Führers Öcalan« anbiete und der »Verbreitung von Ideologie und Propaganda« diene. Eine derartige Verkürzung und Verzerrung der Wirklichkeit ist unfassbar und lässt eher auf die ideologisch gestanzte Sichtweise der Schreiber*innen schließen. Nach den Durchsuchungen des Verlages sind etwa 10.000 Bücher in kurdischer, türkischer, arabischer, persischer und deutscher Sprache beschlagnahmt worden, darunter eine breite Palette von Literatur mit Weltbedeutung.

Abgesehen davon, es wäre dem Bundesinnenminister und seinem Personal angeraten, sich mit den ins Deutsche übersetzten Werken von Abdullah Öcalan einmal zu befassen und sich mit dessen politischen und philosophischen Gedanken auseinanderzusetzen.

Am gleichen Tag wurde auch der MIR-Musikvertrieb durchsucht und ebenfalls verboten. Sämtliche Musikinstrumente, CDs, Musikalben und Geräte wurden konfisziert.



Transparent gegen das PKK-Verbot | 1994 Foto: KR

Schon bei den Razzien am 8. März 2018 waren massenhaft Gegenstände beschlagnahmt worden.

Verbote sind Angriff auf Meinungs- und Kunstfreiheit

Berthold Fresenius, einer der Anwält*innen der beiden Unternehmen, sagte gegenüber der Tageszeitung Yeni Özgür Politika vom 1. März, einen Verlag zu verbieten bedeute einen »gravierenden Eingriff in die Meinungs- und Publikationsfreiheit. Die Beschlagnahme von Büchern auch von Yaşar Kemal, Orhan Pamuk und Aslı Erdoğan kann schlicht nur erschrecken«.

Die Behauptung, die Unternehmen seien Teilorganisationen der PKK, sind für den Rechtsanwalt »erkennbar ein Angriff auf die Meinungs- und Kunstfreiheit«.

»Linksextremistischer« TATORT KURDISTAN

Auf Seite 29 seiner Publikation kommt der VS zu einem weiteren Wesenskern, nämlich den »Wechselwirkungen und ideologischen Gemeinsamkeiten« zwischen der PKK und »deutschen linksextremistischen Gruppen« und der solidarischen Unterstützung. Im Zentrum steht die 2010 nach dem Mesopotamischen Sozialforum in Amed (Diyarbakır) in Deutschland gegründete Kampagne TATORT KURDISTAN (TK). Dass in Konferenzen und Stellungnahmen u. a. der Krieg in der Türkei gegen die kurdische Zivilbevölkerung thematisiert wird oder die laut VS »angeblichen Verwicklungen deutscher Behörden und der Industrie«, bekommt den staatlichen Stempel »linksextremistisch« aufgedrückt. Ebenso die Forderung nach Aufhebung des PKK-Betätigungsverbots, die inzwischen längst von zahlreichen bekannten Persönlichkeiten, von Parteien oder Organisationen im In- und Ausland geteilt wird. Diffamiert wird zudem, dass TK das – so der VS »angeblich« – repressive Vorgehen gegen PKK-Aktivist*innen in Deutschland aufgreift und »entsprechende Protestkundgebungen« durchführt. Und hat damit nicht das Recht, gegen eine Politik zu demonstrieren, die demokratisch gesinnte Menschen für falsch halten?

Und weil es die Linkspartei ist, die das Bundesinnenministerium seit Jahren beharrlich mit Anfragen zur Verbotspolitik gegenüber der PKK, zu Verwicklungen deutscher Behörden und der Industrie, zu Waffenexporten an die Türkei und dortigen politischen Entwicklungen oder zu asyl- und ausländerrechtlichen Fragen in diesem Zusammenhang beschäftigt, findet auch sie Erwähnung, weil sie der PKK die Möglichkeit gebe, »politischen Einfluss auszuüben«. Was ist das bloß für ein Demokratieverständnis eines Verfassungsministers?

»Mit keinem Wort geht die Broschüre auf die Zerstörung ganzer Stadtviertel durch das türkische Militär, die Inhaftierung Tausender Mitglieder der legalen HDP, die Ersetzung von rund 100 gewählten kurdischen Bürgermeister*innen durch Zwangsverwalter unter der AKP-MHP-Kriegsallianz in den letzten drei Jahren ein. Schuld an der Gewalt erscheint so einzig die kurdische Befreiungsbewegung, deren Widerstand gegen den türkischen Kolonialismus als ›Terrorismus‹ diffamiert wird«, schreibt Nick Brauns in seiner Stellungnahme.

Widerstand gut – Widerstand böse

Die widersprüchliche Politik der Bundesregierung(en) zeigt sich an zwei Beispielen:

Der damalige Außenminister Guido Westerwelle (FDP) reiste im Februar 2011 nach Kairo und besuchte die Protestierenden des »Arabischen Frühlings« auf dem Tahrir-Platz, die den Rücktritt des verhassten ägyptischen Präsidenten Husni Mubarak erzwungen hatten. Er lobte die Menschen als mutig, nannte seinen Besuch einen »ganz berührenden Moment« und sagte: »Wir können den Krieg eines Diktators gegen sein Volk nicht akzeptieren.« Die Bundesregierung unterstützte eine weltweit als revolutionär begrüßte Bewegung in Ägypten, bezog klare Position gegen einen Diktator und kriminalisiert den Widerstand der Kurd*innen als Terrorismus.

Staatsbesuche aus Deutschland zu den Gezi-Park-Protesten (»Türkischer Frühling«) in Istanbul, die sich im Frühsommer 2013 gegen die autoritäre Politik der AKP-Regierung unter Erdoğan richteten, gab es hingegen nicht. Dafür brutale Polizeieinsätze türkischer »Sicherheits«kräfte, getötete Demonstrant*innen, zahlreiche Verletzte und Verhaftungen. An der ignoranten Haltung Deutschlands gegenüber Widerstand und Protesten gegen das diktatorische System Erdoğan hat sich weder 2015 noch 2016 noch in den Folgejahren etwas geändert. Das gilt im Besonderen hinsichtlich der unverminderten Unterdrückung und Verfolgung von Kurdinnen und Kurden. Hier gilt offensichtlich – in Umkehrung von Westerwelles Satz –, dass der Krieg eines Diktators gegen seine eigene Bevölkerung akzeptiert wird.

Das zweite Beispiel ist Venezuela: Kaum hatte sich Juan Guaidó am 23. Januar rechtswidrig selbst zum »Übergangspräsidenten« gegen den amtierenden Präsidenten Nicolás Maduro erklärt, wurde er neben anderen westlichen Staaten – in erster Linie den USA, die schon länger einen Regime change in Venezuela intendierten – auch von der Bundesregierung aner-

kannt. »Das ist die Unterstützung eines Umsturzes und nach allen Regeln der UN-Charta ein unerlaubter Eingriff in die Souveränität eines Staates«, kritisierte der Völkerrechtler Norman Paech in einem Gespräch mit der »jungen Welt« vom 6. Februar.

Erinnern wir uns:

In allen Prozessen gem. §§129a/b haben die Verteidiger*innen die Legitimität des bewaffneten Kampfes der PKK im Sinne des humanitären Völkerrechts ausführlich begründet und eine Klärung dieser Frage gefordert. Am 6. Mai 2014 urteilte der 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofs im Rahmen eines Revisionsverfahrens, dass die der PKK zuzurechnenden »Straftaten« weder durch das Zusatzprotokoll I zu den Genfer Abkommen noch durch Völkervertrags- und Völkergewohnheitsrecht gerechtfertigt werden könnten. Die PKK führe »keinen Kampf gegen Kolonialherrschaft, fremde Besetzung oder ein rassistisches Regime«, hieß es in der Begründung, weil die kurdischen Provinzen seit 1923 Teil der Republik Türkei seien, was eine »fremde Besetzung« ausschließe. Zudem sei das Zusatzprotokoll im Zusammenhang mit dem früheren Apartheidsregime Südafrikas entstanden und könne deshalb auf den türkisch-kurdischen Konflikt nicht angewendet werden. Bei der Türkei könne auch nicht von einem rassistischen Regime gesprochen werden. Zwar würden Kurdinnen und Kurden »verschiedenen Repressionen ausgesetzt«, doch seien sie in der Türkei nicht »vollständig ausgeschlossen«. Damit hat sich das Gericht eindeutig im Sinne der herrschenden bundesdeutschen Politik und der Interessen des NATO-Partnerlandes Türkei entschieden und sich um eine äußerst enge, gegen die kurdische Freiheitsbewegung gerichtete Auslegung des Völkerrechts bemüht. Die Prinzipien und Feinheiten des Völkerrechts spielten im Falle Venezuelas nicht im Mindesten eine solche Rolle. Im Gegenteil: Die Bundesregierung machte durch ihre Haltung unmissverständlich klar, dass ihr dessen Grundlagen herzlich gleichgültig sind. »Wir haben es hier mit einer absoluten diplomatischen Frechheit zu tun,« so Norman Paech. Wäre es jemals vorstellbar, dass eine Bundesregierung sich über alles internationale Recht hinwegsetzt, um in der Türkei demokratische Parteien und Politiker*innen der HDP gegen einen Diktator Erdoğan zu unterstützen oder in Nordsyrien das kurdische Selbstverwaltungsprojekt anzuerkennen gegen das kriegstreiberische Vorgehen Ankaras?

Belgien: Gerichtsentscheidung mit realistischer Sicht auf die PKK

Dass es mit Blick auf selbst höchstrichterliche Urteile bundesdeutscher Gerichte eine diametral andere Auffassung zur Einordnung der PKK gibt, zeigt die jüngste Entscheidung des Revisionsgerichts Brüssel vom 8. März 2019, die über die Grenzen Belgiens hinaus von Belang ist, insbesondere hinsichtlich der Anwendung internationalen Rechts.

Rückblick

Mit einem Großaufgebot an Polizei sind 2010 in Brüssel legale kurdische Organisationen und Produktionsstätten des kurdischen Fernsehens in Belgien durchsucht und einige Repräsentant*innen des Nationalkongresses Kurdistan (KNK) festgenommen worden. Die Ermittlungen mündeten in einer Anklage durch die Staatsanwaltschaft gegen insgesamt 40 Personen, die sie der Spendensammlung, Propaganda und Rekrutierung für die PKK beschuldigte. In einem zweiten Fall wurde einem syrischen Kurden vorgeworfen, Kommunikationsgeräte nach Hewlêr (Erbil)/Nordirak exportiert zu haben, die laut Staatsanwaltschaft an die kurdische HPG-Guerilla weitergereicht worden seien.

Belgisches Anti-Terror-Gesetz nicht anwendbar

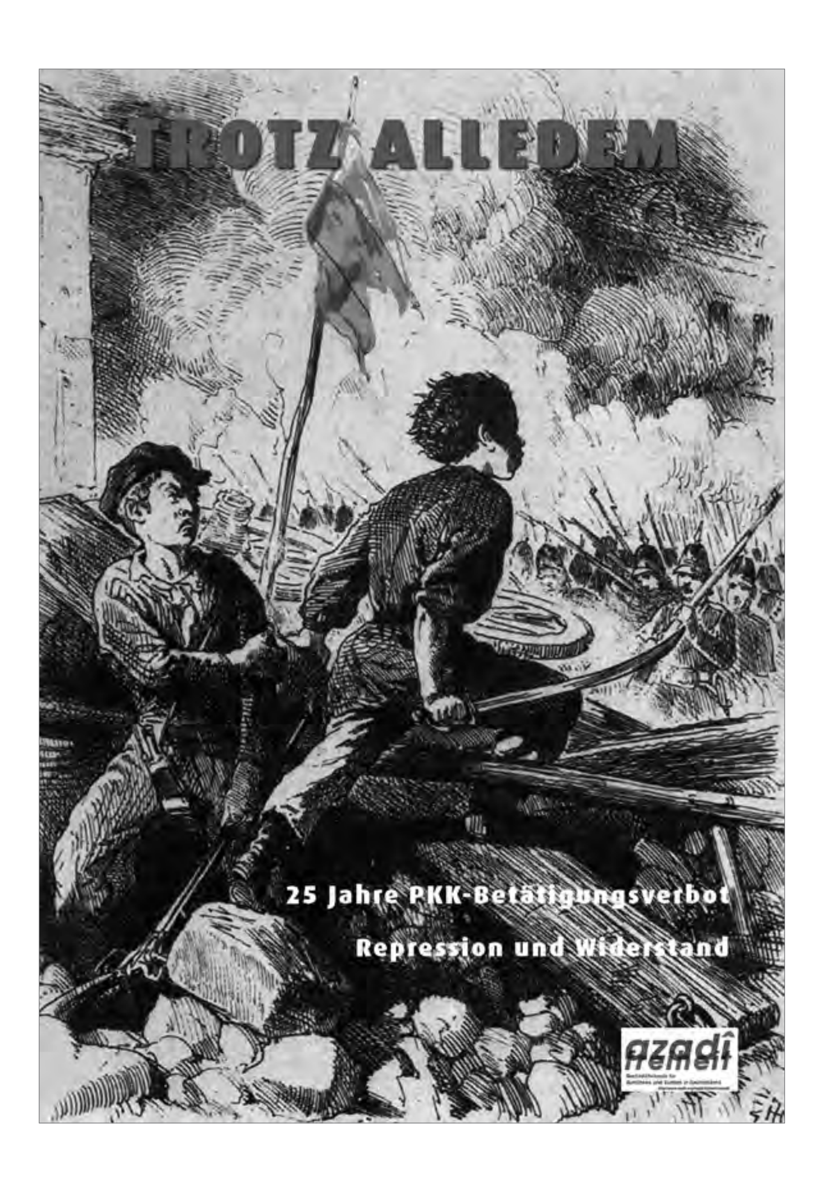
Das Revisionsgericht stellte nach nun neun Jahren fest, dass in diesen Verfahren das Anti-Terror-Gesetz nach belgischem Recht nicht angewendet werden könne. Daher werde es keinen Prozess geben und alle Angeklagten würden von sämtlichen Anklagepunkten freigesprochen. Gegen heftige Widerstände der Staatsanwaltschaft hatte die Verteidigung von Beginn an die Frage in den Mittelpunkt der Verfahren gestellt, ob es sich bei der PKK überhaupt um eine »terroristische« Organisation handele und das belgische Anti-Terror-Gesetz zur Anwendung kommen könne. Dieses hat den Vorbehalt, dass es nicht auf bewaffnete Kräfte innerhalb eines Konfliktes nach internationalem Recht anwendbar ist. Die Regelung wurde 2003 im Zuge der europäischen Rahmenvereinbarung über Terrorismus buchstabengetreu in belgisches Recht übernommen und sollte eigentlich als Grundlage der Anti-Terror-Gesetze in den meisten europäischen Staaten gelten.

Konflikt ist kein Terrorismus

Nach Auffassung der Verteidigung ist der Konflikt in der Türkei zwischen Kurd*innen und der türkischen Armee selbstverständlich keine Terrorismusangelegenheit, sondern ein Bürgerkrieg zwischen einem Staat und einer Gruppe, die es als notwendig erachtet, sich mit Gewalt gegen Diskriminierung und Unterdrückung zu verteidigen. Der Konflikt habe eine hinreichende Intensität, um als Krieg angesehen zu werden und nicht als terroristische Aktivität oder bewaffnete Zwischenfälle.

HPG keine irreguläre Gruppe

Die kurdische Guerilla HPG sei hinreichend organisiert und strukturiert, um als bewaffnete Kraft und nicht nur als eine irreguläre Gruppe bezeichnet zu werden. Deshalb müsse das Kriegsrecht und nicht das Anti-Terror-Gesetz angewendet werden. So könnten Angriffe auf militärische Ziele nicht als kriminelle Handlungen bewertet werden. Während das Revisionsgericht dieser Einschätzung im Wesentlichen zugestimmt hatte, widersprach die Anklage beim Obersten Gerichtshof. Dieser hob zwar die vorherige Entscheidung auf, allerdings nicht in den zentralen Punkten. Deshalb mussten die Verfahren wieder vor dem Revisionsgericht in Brüssel verhandelt werden.



Perspektive für Verhandlungen eröffnet

Die Entscheidung des Gerichts mit ihrer Argumentationslinie und die Feststellung des Europäischen Gerichtshofs in Luxemburg vom November 2018, dass die Listung der PKK auf der EU-Terrorliste in den Jahren 2014 bis 2017 unrechtmäßig war, sollte endlich zu einem Umdenken im Verhältnis zur kurdischen Freiheitsbewegung und ihren politischen Protagonist*innen führen.

Jan Fermon, einer der Verteidiger*innen in den Brüsseler Verfahren, sagte auf unserer Konferenz am 20. Oktober 2018 in Berlin anlässlich des 25-jährigen PKK-Verbots in Deutschland: »Die Entscheidung belgischer Gerichte, die mit internationalem Recht und der Realität übereinstimmt, eröffnet eine Perspektive – fordert geradezu dazu auf –, diesen Konflikt durch Verhandlungen und auf dem politischen Weg zu lösen, statt die Kurdinnen und Kurden als Terrorist*innen zu bekämpfen.«

Ähnlich äußerte sich der Ko-Vorsitzende von KONGRA-GEL, Remzi Kartal, selbst einer der Betroffenen in den Brüsseler Verfahren, gegenüber ANF am 11. April 2019: »Ja, die PKK ist eine kämpfende Partei und muss als solche im Rahmen internationalen Rechts betrachtet werden.« Dies sei »die juristische Dimension der Frage« und die politische dränge »zur Lösung«. Die Entscheidungen des Brüsseler Gerichts und des Europäischen Gerichtshofs vom November 2018 seien zwar wichtig, doch bestünden »die Drohungen der Türkei und ihre politischen Interessen« weiterhin, weshalb »die konkreten Gefahren für kurdische Institutionen und kurdische Politiker*innen« ebenfalls fortbestünden. Der Kampf gegen diesen undemokratischen Umgang mit kurdischen Personen und Institutionen müsse wirksam weitergehen.

Der Reader zur Konferenz »25 Jahre PKK-Verbot – 25 Jahre Repression und Demokratieabbau im Dienste der deutschen Außenpolitik« mit den Beiträgen aller Referent*innen kann kostenlos – gerne gegen Spende – bezogen werden über: AZADÎ e.V., Hansaring 82, 50670 Köln; E-Mail: azadi@t-online.de

Gleiches gilt für unsere 130-seitige Broschüre »Trotz alledem«, die wir aus Anlass des 25. Verbotsjahres herausgegeben haben. ♦

Ansätze, Erfahrungen und Schlüsse der Kampagne Halim Dener

Durch widerständiges Gedenken zu gemeinsamen Kämpfen

Thomas Marburger (Kampagne Halim Dener)

»Nilgün Yıldırım, Bedriye Taş, Halim Dener, Seyfettin Kalan, Gülnaz Bağistani, Ercan Alkaya, Eser Altınok, Hasan Akdağ, Çebeli Haco, Taylan Kahraman, Barzan Öztürk, Sinan Karakuş, Sema Alp, Mustafa Kurt, Ahmet Açar, Orhan Aykan, Hamza Polat, Ümit Açar – 18 Tote«, mit dieser Aufzählung begann ein Mitglied des Rechtshilfefonds Azadî seinen Redebeitrag auf einer Konferenz zum 25. Jahrestag des PKK-Verbots im vergangenen Herbst. Bereits 18 Menschen hat das PKK-Betätigungsverbot seit 1993 in der Bundesrepublik Deutschland das Leben gekostet.

Halim Dener ist einer von ihnen

Halim Dener war 1994 als sog. »unbegleiteter minderjähriger Flüchtling« aus Nordkurdistan in die Region Hannover gekommen. Seine Heimat Çewlîg (Bingöl) hatte er verlassen müssen, weil er aufgrund seiner kulturellen Identität und politischen Überzeugungen in Polizeihaft gefoltert und das Dorf Genç, in dem er aufgewachsen war, während seiner Haft vom Militär zerstört wurde.

In Hannover angekommen, fand der 16-Jährige schnell Kontakt zur kurdischen Community, engagierte sich dort politisch, knüpfte aber auch Freundschaften mit deutschen Jugendlichen. Das Betätigungsverbot der PKK und ihrer vermeintlichen Teilorganisationen war erst ein paar Monate zuvor erlassen worden, als Halim am 30. Juni 1994 gemeinsam mit Freund*innen Plakate mit der Fahne der ERNK (Eniya Rizgariya Neteweyî ya Kurdistanê – Nationale Befreiungsfront Kurdistans) in der Innenstadt klebte.

Dabei wurde er am Steintor von einem SEK-Polizisten in Zivil getötet. Ein Schuss aus der Waffe des Beamten traf Halim aus nächster Nähe in den Rücken, wobei die genauen Umstände später nie aufgeklärt wurden. Der Polizist wurde von seinen Kolleg*innen gedeckt und die Spuren der Tat wurden verwischt, indem viel zu spät und in sich widersprüchlich dokumentiert wurde. In zwei Anläufen – das erste Verfahren war wegen Krankheit der Richter*innen abgebrochen worden – wurde der Polizist freigesprochen, weil ihm keine Fahrlässigkeit nachgewiesen werden konnte. Ohnehin war er bloß wegen fahrlässiger Tötung angeklagt worden.

Halims Geschichte ist kein Einzelfall. Sie ist ein Beispiel für die Gefangenschaft Tausender, die wegen ihrer Identität und Weltanschauung inhaftiert sind. Sie ist ein Beispiel für die Flucht hunderttausender Jugendlicher vor Krieg und Unterdrückung und ihre Suche nach Sicherheit in der Fremde. Sie ist ein Beispiel für die politische Repression in der BRD, die u. a. durch das PKK-Verbot ausgeübt wird und Zehntausende direkt trifft, eine Million Kurd*innen in der BRD stigmatisiert und 18 Menschen das Leben gekostet hat. Sie ist ein Beispiel für 262 Opfer tödlicher Polizeigewalt allein zwischen 1990 und 2016, die Betroffenen rassistischer und anderweitig illegaler Polizeigewalt sind gar nicht zu zählen. Halim Dener ist einer von ihnen.

Kampagne Halim Dener (2014–2019)

Die Erinnerung an Halim wurde insbesondere in der kurdischen Community die letzten 25 Jahre über aufrechterhalten. Aber auch innerhalb der radikalen Linken in Hannover und Norddeutschland hat der Tod Halims Viele nachhaltig geprägt und nicht losgelassen. Das gemeinsame Plakatieren mit hundert solidarischen Menschen in der Innenstadt am Tag nach dem Tod, oder die Rede des damaligen Oberbürgermeisters Herbert Schmalstieg (SPD) auf der Trauerdemonstration eine Woche nach dem 30. Juni sind vielen im Gedächtnis geblieben, ganz zu schweigen von den persönlichen Bekanntschaften.

An dieses Gedenken knüpften 2014 kurdische Jugendliche und Aktivist*innen aus der radikalen Linken an, als sie zum

20. Todestag die »Kampagne Halim Dener« ins Leben riefen. Ziel der Kampagne war nicht nur ein aktives und kämpferisches Gedenken, sondern das bewusste Verbinden der verschiedenen aktuellen Kämpfe um den Kurdistan-Konflikt, Flucht und Asyl, PKK-Verbot und Polizeigewalt. Diese vier Aspekte drücken sich im Slogan der Kampagne aus: »gefoltert. geflüchtet. verboten. erschossen.«

Über die Jahre forderte die Kampagne einen öffentlichen Ort des Gedenkens sowie einen selbstbewussten und kritischen Umgang der Stadt Hannover mit dem Kapitel Halim Dener in ihrer eigenen Geschichte. Sie (oder ihr Umfeld) organisierte Demos und Kundgebungen, nahm Teil am Protestcamp Geflüchteter aus dem Sudan am Weiße-Kreuz-Platz, malte Wandbilder, gab Interviews, vernetzte sich mit Jugendorganisationen, Aktionen von Opfern rassistischer Polizeigewalt oder der Initiative im Gedenken an Oury Jalloh, drehte Videos, verlegte zwei Gedenksteine am Steintor, schrieb ein Lied, klebte tausende Sticker und Plakate, produzierte ein Radiofeature, entwarf einen Teil einer Ausstellung zur Bürger*innenrechtsbewegung in Hannover, benannte Straßen um, gab oder veranstaltete Konzerte, Filmabende und Diskussionen, besuchte den OB in seiner Bürger*innensprechstunde und ging mit ihm zum Fußball, sprach mit der Presse, druckte T-Shirts. Vor allem aber sprach sie mit vielen Menschen und Zusammenhängen darüber, wer Halim war, was wir aus dem Gedenken an ihn heute ziehen können und wie wir zusammen aktiv sein wollen.

Einer der Höhepunkte der Kampagne war sicherlich die Benennung des Halim-Dener-Platzes im hannoverschen Stadtteil Linden 2017. Eigentlich waren es Benennungen, denn der Bezirksrat Linden-Limmer hatte gleich zweimal mit Stimmen der Grünen, der Linken, eines Piraten und der Partei gegen den Protest türkischer Nationalist*innen sowie der CDU und der FDP entschieden, den Platz nach Halim zu benennen. Die erste Benennung scheiterte am Einspruch des OBs, Stefan Schostok (SPD), der erneute Beschluss wurde von der Kommunalaufsicht beim Innenministerium Niedersachsen für rechtswidrig erklärt, nachdem Schostok sich an das Ministerium gewandt hatte. Infolgedessen trug 2018 die jährliche Demo zum Todestag von Halim den Protest symbolisch wieder von Linden zurück in die Innenstadt.

Neue Bedingungen, Altes zu Ende bringen

Während der letzten fünf Jahre ist nicht nur in Hannover einiges geschehen. Gerade in Kurdistan und um die Freiheitsbewegung Kurdistans haben sich ganz neue Räume aufgetan: Die Guerilla der PKK und die YPG haben noch schlimmere Folgen des Genozids an den Êzîd*innen im Şengal verhindern können, was nicht wegzureden ist. Der Widerstand von Kobanê hat die kurdische Frage und die Revolution in Rojava weltweit bekannt gemacht. Das AKP-MHP-Regime hat international massiv an Glaubwürdigkeit eingebüßt und sein autoritärer, kriegstreibender Charakter kann nicht länger geleugnet werden. Auf der ganzen Welt haben Menschen die Freiheitsbewegung und ihren Kampf für sich (wieder-) entdeckt und lassen sich auch von der Verschärfung des PKK-Verbots in der BRD nicht aufhalten, mit dieser Bewegung zusammenzukommen und über gemeinsame Perspektiven zu diskutieren.

Die anhaltende Kriminalisierung hat einen offiziellen Gedenkort in der Stadt Hannover zwar verhindert – trotzdem hat die Kampagne Halim Dener einen Beitrag dazu geleistet, die Isolation gegenüber der kurdischen Bewegung aufzulockern und eine Grundlage für verschiedene Linke, ob kurdischen, türkischen oder deutschen Hintergrunds, gelegt, um zusammenzukommen, sich kennenzulernen und Gemeinsamkeiten zu entdecken.

Da die Kampagne damit zumindest teilweise erfolgreich war, ruft sie zum 25. Todestag ein letztes Mal dazu auf, zusammen auf die Straße zu gehen, massenhaft, kraftvoll und laut: am Todestag, dem 30.06.2019, um 21.00 Uhr zu einer Gedenkkundgebung am Steintorplatz sowie am 06.07.2019 zu einer Demonstration ab 14.00 Uhr vom Hauptbahnhof aus. In ihrem Aufruf formuliert sie klar ihre Perspektive widerständigen Gedenkens: »Wir erwarten nichts mehr von der Stadtpolitik. Wir werden deshalb die Kampagne am Ende dieses Jahres beenden. Das würdevolle Gedenken an Halim Dener aber wird in unseren gemeinsamen Kämpfen bestehen und entstehen! Nichts und niemand wird vergessen!« ♦

Blog der Kampagne Halim Dener: http://halimdener.blogsport.eu/

Auf der Suche nach Freiheit

Mira Douro

Was ist Freiheit? Diese Frage stellen wir uns viel zu selten; wir trauen uns nicht mehr, den Kern unserer Verhältnisse aufzudecken. Leichter fällt es uns, wenn wir beschreiben, was die Freiheit nicht ist, wo wir eingeschränkt werden, wo wir unterdrückt werden, was Abhängigkeitsbeziehungen sind, wo wir überall unterworfen werden. In uns spüren wir eine Sehnsucht nach Freiheit und wissen eigentlich, was wir nicht wollen. Doch was wollen wir denn? Wie erreichen wir eine kollektive Freiheit in einer Welt höchster Unfreiheit?

»Wenn du leben willst, dann lebe in Freiheit!«
Abdullah Öcalan

Heleno Saña[1] stellte sich vor 15 Jahren dieselbe Frage: Ist der Mensch heute frei? Er beginnt mit den Worten: »Freiheit kann nur in einer humanen Gesellschaft Wirklichkeit werden. Wir aber leben im Zeitalter des Inhumanen.« Auch Abdullah Öcalan stellte sich diese Frage. Er sagt: »Wahrheit ist Liebe, Liebe ist freies Leben.« Demnach müssen wir uns auch fragen: Was ist Wahrheit? Was ist Liebe? Was ist Leben?

Dass der Kampf um Freiheit eigentlich den Kampf um ein selbstbestimmtes und schönes Leben bedeutet, realisieren wir, wenn wir feststellen, dass das, was wir heute leben, kein Leben ist. Wir führen ein Leben in Unterdrückung, Versklavung, Ausbeutung, Unterwerfung und Fremdbestimmung. Wo uns doch so klar ist, dass es ein bedeutungsvolles und schönes Leben nur gemeinsam und in Freiheit geben kann. Freiheit bedeutet also kollektive Selbstbestimmung!

In der kapitalistischen Moderne wird uns versichert, dass wir in einer »freien Welt« leben, um uns vorzugaukeln, wir würden in der besten aller Welten leben. Doch eigentlich leben wir in ständiger Angst, Verunsicherung und Zwang. Also genau dem Gegenteil von Freiheit.

Dass alles eine große Lüge ist, stellen wir spätestens dann fest, wenn wir hinterfragen, was für uns Freiheit ist. Oder wie es Rosa Luxemburg formulierte: »Wer sich nicht bewegt, spürt seine Fesseln nicht.«

Wir haben uns weit von uns selbst entfremdet

Weil wir uns aber frei bewegen wollen, ist es wichtig, eine militante Haltung gegenüber Patriarchat, Staat und kapitalistischer Moderne einzunehmen, die uns den Freiheitsbegriff als etwas Individuelles, im Liberalismus Gegebenes verkaufen will. Von politischen Philosophen der Aufklärung[2] wie John Locke bis Jean-Jacques Rousseau wissen wir, dass sie der Überzeugung waren, dass alle Menschen von Natur aus frei geboren sind. Es waren die gleichen Philosophen, die uns lehrten, dass die individuelle Freiheit dort endet, wo die Freiheit anderer beginnt.[3] Oder der viel zitierte Satz von Rosa Luxemburg: »Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden.« Doch diese Freiheit wird heute als individuelle Freiheit verstanden, in der wir scheinbar tun und lassen können, was wir wollen. Wir leben in einer Welt, in der das Wahlrecht der Frauen erkämpft wurde, die Gleichstellung der Geschlechter gesetzlich festgeschrieben ist. Doch sowohl unsere Mentalität als auch unsere Umgebung ist weiterhin geprägt von einer chauvinis-

1 Heleno Saña wurde 1930 in Barcelona geboren, die Eltern gehörten dem libertären Milieu an und kämpften im spanischen Bürgerkrieg gegen das Franco-Regime. Seit 1959 lebt Saña als freier Schriftsteller in der BRD.

2 Aufklärung kommt von »aufklären« und bezeichnet die um das Jahr 1700 einsetzende Entwicklung, durch rationales Denken alle den Fortschritt behindernden Strukturen zu überwinden.

3 Nach Immanuel Kant (1724–1804).

tischen Sichtweise und einer Vergewaltigungskultur, die nicht im Entferntesten mit Freiheit in Verbindung gebracht werden kann. Mit dem Konkurrenzdenken der kapitalistischen Moderne wird versucht, das Individuum zum Einzelkämpfer zu machen, welcher nur nach den eigenen Vorteilen und Profiten strebt, weil wir für unsere gegebenen Misserfolge auch selbst verantwortlich gemacht werden sollen. Uns wird eine Wahrheit vermittelt, die besagt, Glück, Wohlstand und Freiheit lägen in der individuellen Eigenverantwortung. Dass mit der ganzen Unfreiheit, der »Angst des Versagens oder Scheiterns« in der kapitalistischen Moderne ein System mit 5000-jähriger Geschichte fortgeführt wird, das System der Sklavenhaltergesellschaft, wird mit jener vermeintlichen Wahrheit übertüncht, um uns weiter als Gefangene des Systems zu halten, die für den Fortbestand dieser patriarchalen Mentalität nicht nur ihre Sehnsucht nach Freiheit aufgeben, sondern auch ihr Leben. Erich Fromm beschreibt dieses inhaltslose und verzweifelte Leben der Moderne wie folgt: »Wir sind eine Gesellschaft notorisch unglücklicher Menschen: einsam, von Ängsten gequält, deprimiert, destruktiv, abhängig – jene Menschen, die froh sind, wenn es ihnen gelingt, jene ›Zeit‹ totzuschlagen, die sie ständig einzusparen versuchen.«[4]

Die Kommodifizierung, oder der materialistische Individualismus, dem wir in der kapitalistischen Moderne ausgesetzt sind, trennt uns von unseren gesellschaftlichen Werten. Stattdessen bietet der Kapitalismus uns eine freie Marktwirtschaft oder den freien Menschen des Liberalismus, welcher tun und lassen kann, was er will, solange er nicht die Freiheit des anderen einschränkt. Damit entfernen wir uns vollkommen von Kollektivismus, Organisierung und gemeinschaftlichen Werten. Wir werden zu abgegrenzten Subjekten, die ihre Verwurzelung und ihren Gemeinschaftssinn verlieren. »Alles Ständische und Stehende verdampft, alles Heilige wird entweiht, und die Menschen sind endlich gezwungen, ihre Lebensstellung, ihre gegenseitigen Beziehungen mit nüchternen Augen anzusehen«, wie es Karl Marx beschrieb. Dass dies keine Freiheit ist, ist nicht schwer zu begreifen. Die positivistische Wissenschaft (die Religion des Kapitalismus) predigt uns einen Objektivismus, den wir mit unserer Vernunft erreichen können und der uns zur alleingültigen Wahrheit führen wird. Dass dieses Paradigma, in dem Wissen Macht ist, jedoch nur so lange gilt, wie wir uns selbst in Unwissenheit lassen und uns vom Denken der HERRschaft abhängig machen – also ein Vakuum von Unfreiheit schaffen –, funktioniert nur, weil wir uns so weit von uns selbst entfremdet haben.

Wichtig ist, dass wir verstehen, dass wir selbst Akteur*innen sind und uns zu handelnden Subjekten machen können, wenn wir lernen zu kämpfen. Widerstand ist ein großer Teil der Geschichte und des Kampfes um Freiheit! Der Kampf um Freiheit gibt uns Kraft, denn Freiheit ist das Leben selbst. »Das Leben des freien Menschen zu verteidigen, dessen Kraft des Verstehens eine vielleicht unendliche Schönheit besitzt, bedeutet zu kämpfen.« Mit diesen Worten beschreibt Abdullah Öcalan den Kampf als Mittel der Suche nach einer kollektiven Freiheit. Wie uns die Geschichte lehrt, kann uns Freiheit nie gegeben werden, sondern wir können sie uns nur gemeinsam erkämpfen.

Die Wörter »friend« (Freund) und »free« (frei) haben dieselbe etymologische Wurzel. Frei sein und verbunden sein ist ein und dasselbe. Ich bin frei, weil ich verbunden bin, weil ich an einer Realität teilhabe, die umfassender ist als ich. Sakine Cansız versucht in diesem Kampf, den Traum von Freiheit, die Utopie, in die Praxis umzusetzen und sie von diesem Moment an nicht weiter in die Zukunft zu verschieben: »Wir haben uns dem Sozialismus nie sehr utopisch angenähert. Das war für uns nie irgendetwas ganz weit Entferntes. Wir haben eher geguckt, wie lassen sich Sozialismus, Freiheit und Gleichheit verwirklichen. Wie können wir selbst zumindest bei uns anfangen, diese Grundsätze in unserem Leben umsetzen? Wir haben immer Hoffnung und Utopien gehabt, die wir nicht auf zukünftige Generationen projizieren wollten. Stattdessen haben wir angefangen, unsere Utopien im Hier und Jetzt umzusetzen.«

Der Kampf um Freiheit, einmal begonnen, wird immer, wenn auch schwer, gewonnen![5]

Der Kampf um Freiheit zeigt sich wohl am klarsten in unserer Kindheit. Ein Kind will frei, in Liebe und Frieden aufwachsen. Dies sind heilige Wünsche, die der Wahrheit des menschlichen Daseins am nächsten kommen. Ihnen treu zu bleiben ist unsere Aufgabe, egal in welchem Alter und unter welchen Umständen. Ein Leben kann es nur in Freiheit geben! Die Sehnsucht, die uns bleibt, bewegt uns zu handeln und lässt uns leben.

Mit dem Aufwachsen erleben wir die ersten Widersprüche. Mit der »Erziehung« wird versucht, den Eigenwillen des Kindes zu brechen, um es zu einem gehorsamen, kontrollierbaren Wesen zu formen. Unsere sozialen Probleme und Zerrissenheit im Erwachsenenwerden beginnen mit dem Verrat an unseren Kindheitsträumen. Wir tauschen unsere Kindheitsträume ein für ein »Ich«, das sich abgrenzt vom Anderen. Es ist eine Anschauung, die das Individuum von der Gesellschaft löst und in den Mittelpunkt stellt. Wir kreisen um unsere eigene Achse, haben keine Verwurzelung, keinen Halt, keine Organisierung. Stattdessen sind wir flexibel, jung, dynamisch und somit das beste Fressen für die Logik der kapitalistischen Ausbeutung.

4 Erich Fromm in: Haben oder Sein. Die seelischen Grundlagen einer neuen Gesellschaft. 1976

5 Georgia Alexiou.

Weil unser Leben keine Werte mehr vertritt, sondern Karriere und Profit. Ganz nach dem Motto: »Ich existiere, weil ich habe, nicht weil ich bin!«

Dieser Individualismus ist es, der uns voneinander entfernt hat, der uns vereinzelt, uns von uns selbst entfremdet und durch unser Konkurrenzverhalten spaltet. In den gezogenen Grenzen des Systems haben wir die »Freiheit der Wahl«. In seinen Grenzen können wir alles sein und werden. Doch das ist noch lange keine Freiheit. Denn Freiheit kann es nur kollektiv geben. Wenn ich weiß, dass auf dieser Welt noch irgendein Lebewesen unterdrückt wird, wie kann ich mich da auf meinen Privilegien ausruhen und mich gegenüber jeder Unfreiheit blind, taub und stumm stellen?

Diese Arroganz ist es, die uns gleichgültig werden lässt, die uns abstumpft, die uns davon abhält, uns zu organisieren, unser Leben wieder kollektiv in die Hand zu nehmen. Eigentlich mangelt es uns an so vielem in der Moderne des Überflusses, hauptsächlich aber an menschlichen Werten und Solidarität.

Die Auswirkungen der Zerstörung sind global, die Kolonialisierung findet nicht nur auf Territorien statt, sondern auch auf unserem Körper und in unserem Denken.

Wir müssen eigene Methoden aus Frauensicht entwickeln

Hevala Necbîr, eine kurdische Freiheitskämpferin, sagte: »Wenn wir anfangen, uns auf die Suche nach Freiheit zu begeben, müssen wir damit anfangen, die ideologische Herrschaft des Systems zu hinterfragen. Das Herrschaftssystem hat sich über die sexistische Gesellschaft immer wieder organisiert und reproduziert.« Der wichtigste Kampf ist also jener um unser Bewusstsein. Dafür benötigen wir neue Methoden, denn die Methoden der HERRschenden brachten uns immer nur Unterwerfung, Ausbeutung und Unterdrückung. Erst die Freiheit der Frau kann uns eine kollektive Freiheit verschaffen, denn durch ihre Befreiung wird auch der befreite Mann geschaffen, was die Grundlage für eine geschlechterbefreite Gesellschaft ist. Hevala Fatma von der kurdischen Freiheitsbewegung sieht den Widerspruch darin, dass Frauen sich nicht befreien können, wenn sie genau die gleichen Dinge einfordern wie die, die momentan dem Mann gehören: »Meiner Meinung nach dürfen freiheitssuchende Frauen und Frauenbewegungen sich nicht auf den Wettbewerb mit dem männlichen System, mit seinen Methoden und mit seiner Realität einlassen. Vielmehr muss es darum gehen, aus Frauensicht eigene Methoden zu entwickeln, die Realität, d. h. die wirkliche Realität, zu verstehen und das Leben selber neu zu gestalten.«

Sehnsucht

Du bist der Wunsch
nach Freiheit,
Du bist der Duft einer
blühenden Blume,
Du bist die Erleichterung
nach dem Regen,
Du bist die Verbundenheit
der Wurzel mit der Erde.

Du bist das Spiegeln der
Sonne im Wasser,
Du bist das Glitzern der
Sterne in der Nacht,
Du bist die Geduld der
Steine auf dem Weg,
Du bist die Weite auf
dem Berggipfel.

Du bist der Drang einer
Blütenknospe,
Du bist die Raupe vor
der Verpuppung,
Du bist der Tropfen, der
zum Überlaufen führt,
Du bist die Ruhe
vor dem Sturm.

Du wirst mich immer
begleiten,
Du zeigst mir den Weg,
Aber ich werde dich
nie erreichen,
denn du erlischst im Finden.

Hevala Amara
18.5.2018 Qandil

Die Jineolojî (Wissenschaft der Frau) ist auf der Suche nach dieser Realität: der Wahrheit der Frau. Sie versucht die Geschichte der Frau zu schreiben, das Wissen der Frau wieder aufzudecken, das im Laufe der Zeit von ihr entfremdet wurde und später gegen sie und gegen die Gesellschaft als Unterdrückungsmechanismus verwendet wurde. Dieses Wissen von den

und um die Frauen soll in der Gesellschaft bleiben und an sie zurückgehen, damit sie ihre Identität und Wahrheit finden, sich organisieren und selbst stärken können und so ihre emphatische und heilende Wirkungskraft im Kampf um Befreiung für eine demokratische, ökologische Gesellschaft auf der Grundlage der Geschlechterbefreiung einsetzen können.



Frauen der YPJ in Nord- und Ostsyrien feiern den 8. März. Foto: YPJ

Unsere Unfreiheit ist kein Schicksal

Im Kampf um Befreiung kann erst die Freiheit entstehen; dafür müssen wir das Individuum aus seiner Vereinzelung lösen und es wieder in einem kollektiven Zusammenhang denken. Denn das Individuum existierte nicht vor der Gesellschaft, sondern die Gesellschaft formt uns als Individuen. Wenn wir lernen, unseren Willen und unser Denken vom Konkurrenzdenken zu befreien und stattdessen dem Denken eine kollektive Form geben, die die Gemeinschaft und das Umfeld im Blick hat, können wir erfahren, was Freiheit ist: kollektives Handeln. In kollektiv organisierten Gesellschaften, in denen sich der Mensch als Teil einer Gemeinschaft begreift, sich mit ihr verbunden fühlt, geschieht jedes Handeln zugunsten von anderen und gleichzeitig im Eigeninteresse. Aggression gegen andere bedeutet in diesem Zusammenhang, sich selbst zu schaden.

Die Hoffnung sollte uns zum Erfolg verhelfen, den Egoismus zu überwinden und zu einer – in unserer Vielfalt – vereinten Kraft zu werden. Wir kommen der Freiheit wohl am nächsten, wenn wir die Frage von Nâzım Hikmet[6]: »Würdest du heute einen Baum pflanzen, wenn die Welt morgen untergehen würde?«, mit »Ja« beantworten. Und zwar nicht, weil wir ihn vielleicht unseren Kindern weitergeben möchten, sondern weil wir an den Tod nicht glauben. Ganz nach der Überzeugung von Abdullah Öcalan: »Wir opfern uns für das Leben, weil wir es so lieben, dass wir ein Leben im Tod nicht akzeptieren. Dem Tod stellen wir uns mutig entgegen, wenn ein sinnvolles Leben dies erfordert.«

Unsere Unfreiheit ist kein Schicksal, dem wir zur Untätigkeit verdammt ausgesetzt sind. Die eigene Unterwerfung bringt die größte Unfreiheit. Wenn wir aber willig sind, uns zu widersetzen und eigene Strukturen und Organisierung aufzubauen, also wieder lernen, Verantwortung für uns und unser Umfeld zu tragen, lernen wir gemeinsam zu kämpfen und kommen der Freiheit Stück für Stück näher. Wir sollten nicht darauf warten, dass sich die Sehnsucht nach Freiheit vielleicht irgendwann erfüllt. Nein, wir sollten uns von ihr mobilisieren lassen, denn sie ist eine Kraft, die uns verbindet und Teil einer Realität werden lässt, die wir mitgestalten können. Je mehr wir uns beteiligen, desto mehr können wir sie in einer ästhetischen Weise formen. Freiheit entsteht mit der »Ent-Täuschung«. Das heißt, am Anfang standen das Leid, der Schmerz und die Inexistenz, doch je mehr wir uns dieser patriarchalen Täuschung klar werden, je mehr wir uns dem Kampf um Freiheit widmen, desto näher kommen wir uns selbst und der Koexistenz – der Basis für ein kollektives Leben in Freiheit. Diese Erkenntnis führt zur wahren Existenz eines revolutionären Wesens und birgt all das Glück, die Freude und Liebe in sich, die wir erfahren, weil wir das Leben lieben und ihm einen Sinn geben. Den Sinn des Seins und der Freiheit. ♦

6 Nâzım Hikmet war ein türkischer Dichter und Dramatiker. Er gilt als einer der bedeutendsten Lyriker im 20. Jh. Nâzım Hikmet hat es trotz Verfolgung, Verhaftung, mehreren Jahren im Knast und danach vielen Jahren im Exil geschafft, die sozialistische Literatur nachhaltig zu prägen.

Die Einstellung zur Sprache und die Rolle des Staates

Linguizid und Gleichberechtigung

Luqman Guldivê

Lebten wir nicht in einer Welt, in der die Staaten ganz offensichtlich mehr Macht über die Einzelnen und Gemeinschaften haben als die Götter im Altertum, würde ich nicht über die Einstellung zur (Mutter-)Sprache und die Rolle des Staates schreiben wollen. Denn, Ausnahmefälle mal beiseitegelassen, den Plan zur Vernichtung einer Sprache hätte es dann kaum gegeben, eine systematische Diskriminierung höchstwahrscheinlich auch nicht. Die Mehrsprachigkeit, die wir heute als eine neue Erscheinung zu erleben glauben, war schon immer eine Realität gewesen, bis es den Nationalstaatsgründern in den Sinn kam, sie bräuchten für die Nation eine (einzige) Sprache und andere als diese würden in der Tat eine Gefahr für die Einheit der Nation darstellen. So können wir von regelrechten Genoziden sprechen, die in die Vernichtung mehrerer hundert Sprachen mündeten. Von der »einen Sprache« in Deutschland kann wahrscheinlich erst seit 170–180 Jahren die Rede sein und reell gesehen seit über 60 Jahren wieder immer weniger.

Trotzdem, für das Überleben einer Sprache in der Moderne reicht es nicht aus, dass sie nicht gezielt einer Politik der Unterdrückung und der Verbote ausgesetzt wird; eine diskriminierende Einstellung zu ihr bei Mehrheitsgesellschaft und Staat, der Ausschluss derjenigen, die sie sprechen, von gewissen Räumen und die Vorenthaltung mancher Vorteile erfüllen schon die Rolle, die Verbote und Repressionen einmal für die »Zwangsassimilation« spielten.

Zwangsassimilation, anfänglich von so manchen SoziallinguistInnen als Sprachenmord beschrieben, später als Linguizid, ist nach der UN-Völkermordkonvention in der Tat nichts anderes als Völkermord. In deren Artikel II bedeutet Völkermord »… eine der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören:

a. Tötung von Mitgliedern der Gruppe;
b. Verursachung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden an Mitgliedern der Gruppe;
c. vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen;
d. Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind;
e. gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe.«

Wurde eine dieser Taten in Vernichtungsabsicht tatsächlich durchgeführt, dann ist es unerheblich, ob oder wie viele Mitglieder der Gruppe wirklich getötet worden sind. Letztendlich braucht für die Strafbarkeit das »Ziel« nicht erreicht zu werden. Die unter b. angegebene Verursachung schweren körperlichen oder seelischen Schadens ist im Falle der KurdInnen, unter anderem durch die sprachliche Assimilation, fraglos gegeben.

Ich komme zurück zu Deutschland und werde an einem mir kürzlich bekannt gewordenen Beispiel die Bedeutung der Einstellung zu einer Sprache aufzeigen und wie hier beispielsweise vom Staat oder etwa auch Konzernen solche diskriminierenden Handlungen gegen Einzelne begangen werden.

Die Mühen der Suche nach der Rechtfertigung von Diskriminierung

Auf die Frage nach einer Sprachprüfung für Kurdisch im Language-Training-Bereich einer der größten Fluggesellschaften Deutschlands wurde geantwortet, es werde aus zwei Gründen nicht anerkannt. Zum einen sei das nur bei Amtssprachen ganzer Staaten der Fall, das Kurdische sei aber leider keine, es sei nur regional anerkannt. Zum anderen sollte es bei der zu prüfenden um eine standardisierte Hochsprache gehen, die all ihre SprecherInnen beherrschten und in der sie sich auch alle verständigen könnten. Beim Kurdischen hingegen gäbe es drei Hauptströmungen, deren SprecherInnen sich untereinander nicht verstehen könnten. In solchen Fällen werde der Wunsch nach einer Sprachprüfung nicht berücksichtigt …

Die Antwort sucht nach Begründungen für die Diskriminierung einer Sprache und eineN ihrer SprecherInnen. Sie ist faktisch nicht up to date, denn Kurdisch ist nach Artikel 4 der Verfassung seit 2005 eine der Amtssprachen für den ganzen Irak und somit keine regionale »Amtssprache«. Zudem wird Soranî in diesem Irak hauptsächlich in der Bildung benutzt und durch die zunehmende Zweisprachigkeit (bzw. die Benutzung beider Dialekte) im öffentlichen Leben verstehen Kurmancî- und Soranî-SprecherInnen einander. Dass hier noch das in der Türkei gesprochene Kirmanckî/Zazakî (eine der drei »Hauptströmungen«) erwähnt wird, dient allein dazu, die gewünschte Prüfung nicht durchzuführen. Die Suche nach einer Rechtfertigung hat wohl die Person, die diese Sätze verfasste, so verwirrt, dass einerseits von »Amtssprachen ganzer Staaten« die Rede ist, andererseits von »einer« standardisierten Sprache für KurdInnen, die in Kurdistan schon auf vier Nationalstaaten verteilt leben. Die Argumente stammen von einer Person, die sowohl vom Kurdischen als auch von den Sprachen keine Ahnung hat, obwohl sie einen Doktortitel besitzt. Es würde ja von jemand, der oder die romanische Sprachen spricht, nicht verlangt werden, alle romanischen Sprachen zu sprechen, oder nicht von allen »eine« Standardsprache erwartet werden, um für eine solche Prüfung zugelassen zu werden. Konzerne ahmen den Staat einfach nach und diskriminieren anderweitig Sprachkundige und benutzen dabei ähnliche Argumente. Und wir reden noch von einem Menschenrecht, einem Grundrecht.

Ich möchte kurz zu Muttersprache und Bildungssystem kommen. Die Muttersprache ist ein Menschenrecht, wird aber in Deutschland oft auch nicht als solches behandelt. Es wird unterschieden zwischen MuttersprachlerInnen, die einen Staat haben, und solchen, die von einem Staat im besten Fall be-



Schulkinder im Flüchtlingscamp Berxwedan in Nordostsyrien. Foto: ANHA

nachteiligt werden. Staaten verfolgen eine Sprachpolitik, um die Einstellung der eigenen Institutionen zu einer bestimmten Sprache zu bestimmen und somit das Verhältnis der eigenen BürgerInnen zu ihr entscheidend zu formen. Es geht so weit, dass die Haltung der die betreffende Sprache Sprechenden auch mitbestimmt wird. Von dieser Einstellung hängt die Zukunft dieser Sprache ab.

Die Mentalität wird vom Staat an die Untertanen weitergegeben

In Deutschland ist die deutsche Sprache die privilegierte; sodass Menschen auf der Straße (einzelne BürgerInnen verhalten sich da ähnlich wie der erwähnte Konzern) mich oder meine Frau ansprechen und glauben, sie hätten das Recht, uns den Rat zu geben, mit unseren Kindern Deutsch zu sprechen. »Ich meine es – selbstverständlich – gut!«, fügen sie noch hinzu. Meine Kinder beherrschen die deutsche Sprache, nach Meinung ihrer Deutschlehrer und Erzieherinnen, für ihr Alter sehr gut. Also jedenfalls besser als ich; und nach der UN-Menschenrechtscharta ist es die Pflicht des Staates, mir die Möglichkeit zu geben, dass meine Kinder ihre Muttersprache lernen.

Es ist der Normalfall, ein Menschenrecht der anderen gar nicht in Betracht ziehen zu wollen. Da ist ein Nachbar, jetzt pensioniert, früher Grundschullehrer, nicht allein; der Staat macht es ihm nämlich vor.

Das Verhalten der Fluggesellschaft gegenüber ihren MitarbeiterInnen entspricht demjenigen vieler Länder bei zahlreichen Sprachen, und im Falle des Kurdischen; sie benachteiligen ihre SprecherInnen, indem sie Herkunfts-/Muttersprachunterricht oder Kurdisch z. B. als zweite Fremdsprache kategorisch ablehnen. Ausnahmen gibt es; NRW, Niedersachsen und Bremen praktizieren es, Berlin hat die theoretischen Voraussetzungen dafür geschaffen und in Rheinland-Pfalz (in Mainz) wird im kommenden Jahr Kurdisch an einer der Schulen gelehrt.

Es ist wichtig für die KurdInnen, besonders für diejenigen, die nicht aus dem Irak stammen, die Möglichkeit zu haben, wenn auch nur theoretisch, die eigene Sprache im öffentlichen Raum zu benutzen, zu lernen und zu lehren. Das ändert die Einstellung der MuttersprachlerInnen, beziehungsweise der Eltern der Kinder und der Kinder selbst, zu ihrer eigenen Sprache.

Walisisch wird neugeboren

Nicht nur die Staaten, auch andere Akteure betreiben eine Sprachpolitik, und auch soziale und politische Organisationen einer von Assimilation betroffenen Gruppe können eine Sprachpolitik verfolgen, die sich meistens in Form von aktivem Widerstand und dessen Förderung ausdrücken kann bis hin zu passivem Widerstand oder Abwarten, bis sich politisch etwas ändert.

In Wales entschieden sich anfänglich nichtstaatliche politische AkteurInnen, die walisische Sprache zu fördern und sie in das Bildungssystem des Landes einzuführen, mit einem riesigen Erfolg über eine sogenannte predatory language wie das Englische. Durch ihre Einführung an den Schulen sehen wir, dass ihr Erlernen unter allen Altersgruppen zunimmt.

Alles begann 1962, als der Verein Cymdeithas yr Iaith Gymraeg (Gesellschaft der walisischen Sprache) gegründet und gleichzeitig Öffentlichkeitsarbeit betrieben wurde, die gezielt die Einstellung der Bevölkerung zur eigenen Sprache ändern sollte. 1967 wurde das Gesetz über die walisische Sprache verabschiedet, somit durfte sie offiziell benutzt und schließlich mit der »Reform des nationalen Bildungssystems« in Großbritannien auch Walisisch in den Schulen gefördert werden. 1993 wurde das Sprachgesetz beschlossen und der Gebrauch des Walisischen in den Gerichten, Krankenhäusern und anderen offiziellen Einrichtungen war nun erlaubt. Als Wales gleichzeitig mit Schottland in einem Referendum einen Autonomiestatus erlangte, hat das Land die Sprachpolitik weiterhin auf eine Art und Weise verfolgt, dass die walisische Sprache eine Wiedergeburt erlebte.

Es gibt in Wales zwei Modelle für zweisprachigen Unterricht. Im Nordwesten des Landes ist die Unterrichtssprache Walisisch und Englisch wird auch unterrichtet. Dafür ist die Unterrichtssprache im Süden des Landes Englisch und es gibt obligatorischen Walisisch-Unterricht. Die Zahl der Schulen, die zum ersteren Bildungssystem wechseln, steigt stetig.

Für Deutschland ist ein solches Modell kaum vorstellbar, aber das Beispiel Skandinaviens, wo das Bildungssystem allen Muttersprachen und -sprachlerInnen vergleichsweise gleiche Möglichkeiten bietet, d. h. Unterricht in der eigenen Muttersprache zugesichert ist, wenn gewünscht, erzählt uns eine Erfolgsgeschichte. Wirklich erfolgreich ist die Geschichte, weil die Schulen Eltern diesbezüglich direkt ansprechen und informieren. ♦

Buchrezension: Abdullah Öcalan. Manifest der demokratischen Zivilisation Bd. 2

Die kapitalistische Zivilisation – Unmaskierte Götter und nackte Könige

Ramazan Mendanlioglu

Im zweiten Teil seines fünfbändigen »Manifests der demokratischen Zivilisation« vertieft Abdullah Öcalan seine bisherigen Arbeiten und beschäftigt sich umfassend mit dem Phänomen »Kapitalismus«. Die Leser*innen erwartet eine vielseitige und multiperspektivische Beleuchtung des Themas Kapitalismus aus historischer, soziologischer, philosophischer, politischer und erkenntnistheoretischer Perspektive. Wo der kapitalistische Geist seinen Anfang nahm, wie er sich historisch und geografisch schrittweise hin zur globalen Ordnung entwickelte und welche spezifischen Konstellationen für den Lauf der kapitalistischen Hegemonie verantwortlich waren und sind, bearbeitet Öcalan sehr ausführlich und auf eine holistische Weise, wenn er die diversen Perspektiven, Ereignisse und Zusammenhänge miteinander zu einem Ganzen verknüpft. Die Leser*innen dürften überrascht sein, wenn sie Öcalan folgend feststellen, dass »der Kapitalismus« nicht nur keine Wirtschaftsweise, sondern im Gegenteil eine die Wirtschaft und Gesellschaft ausplündernde und mit diversen Machtstrukturen verwobene krisenhafte Herrschaft ist.

Die folgende Rezension beschäftigt sich jedoch im Gegensatz zur Multiperspektivität des Buches zentral mit einem einzigen thematischen Aspekt und Zusammenhang, welcher sich durch alle Bücher Öcalans seit seiner Verschleppung und seinem Paradigmenwechsel zieht. Es ist ein Hauptmerkmal des Denkens Abdullah Öcalans und ein ausschlaggebender Punkt seiner Philosophie. Er selbst behandelt ihn punktuell immer wieder oder ganze Teilkapitel sind dem gewidmet, doch scheint mir die gesonderte Beschäftigung damit noch immer notwendig, um den entscheidenden Punkt in der Positionierung Öcalans verständlicher zu machen. Auch um Öcalans Werk zu bekräftigen, behandelt die Themenstellung dieser Rezension primär die Ebene des Denkens bzw. der Mentalität, welche der konkreten Formierung des Kapitalismus samt seinen sämtlichen negativen Folgen den Weg ebnete und diese noch immer legitimiert. Eine Loslösung vom oder Überwindung des Kapitalismus, wieder Öcalan folgend, kann auch wieder nur auf der geistigen Ebene beginnen, um gegen seine Herrschaft mit Gegenpositionen und alternativen Perspektiven erst gewappnet sein zu können. Von daher möchte ich darauf hinweisen, dass hier keine Zusammenfassung des Buches oder eine Aufzählung der Kernpunkte erfolgt, stattdessen aber ein scheinbar beiläufiger, eigentlich aber einschneidender Teilaspekt im öcalanschen Denken im Fokus steht.

Befreiung von geistigen Prägungen des Kapitalismus

»Zu den ersten Dingen, die ich bei der Ausarbeitung meiner Stellungnahme gegen das kapitalistische System tun muss, gehört die Befreiung von seinen geistigen Prägungen«, so der in das Buch einleitende Satz Öcalans. Was ist damit gemeint? Und vor allem, warum ist das so essentiell und wichtig? Öcalan setzt sich vielfältig und an vielen Stellen sehr kritisch mit dem »Positivismus« und der »Subjekt-Objekt-Spaltung« auseinander. Warum tut er das so konsequent?

Ihm zufolge legitimieren diese beiden philosophischen Konstrukte im Grunde alle Ungleichgewichte und Hierarchien. Dass alle wichtigen antikapitalistischen und sozialen Kämpfe der letzten Jahrhunderte im Ergebnis erfolglos blieben, begründet Öcalan auch damit, dass die (emanzipatorischen) Ideologien dieser demokratischen Bewegungen innerhalb des paradigmatischen Denk- und Wissenssystems des Herrschenden blieben und damit zum Scheitern verurteilt waren. Abgesehen davon, dass sich der kapitalistische Geist und seine Verfechter zentral auf diese beiden Konstrukte stützten, verlangt Öcalan von der demokratischen und antikapitalistischen Front einen Bruch mit dem positivistischen Denken und der cartesianischen Subjekt-Objekt-Aufspaltung, weil diese als die größten geistigen Barrieren für ein demokratisches Bewusstsein und die entsprechenden nichthierarchischen gesellschaftlichen Zustände festgemacht werden.

Soziale Ökologie – jenseits von Spaltung und Hierarchien

Bekanntlich wurde Öcalan sehr stark vom US-amerikanischen Philosophen Murray Bookchin beeinflusst. Dieser gilt als einer der Begründer der »Sozialen Ökologie«[1], welche die Menschen und die Gesellschaft an sich als eine durch natürliche wie soziale Evolution emergierte zweite Natur versteht. Dies wiederum verlangt ein Bewusstsein des Menschen über seinen Platz und seine Bedeutung in der Einheit der gesamten Natur. In diesem Verständnis von menschlichem Sein und Gesellschaftlichkeit stecken in gewisser Weise und mit Vorsicht bedacht metaphysische und/oder nicht wahrnehmbare Elemente wie zum Beispiel »Verbundenheit« (Holismus). Damit zusammenhängend weist die Soziale Ökologie im Rahmen der Verbundenheit (mit der Natur, den Menschen und der Gesellschaft) auf eine Verantwortung hin. Und Verantwortung trägt eine gewisse Eigenständigkeit bzw. Freiheit in sich.

Die Soziale Ökologie versucht das Verhältnis zwischen Menschen und Natur in ein harmonisches Gleichgewicht zu bringen. Damit diese Harmonie erst möglich wird, müssen die menschlichen Konstrukte der »Herrschaft« und »Hierarchie« als gesellschaftliche und politische Phänomene als vermeidbare Verirrungen, aus denen das ungleichgewichtige und antagonistische Verhältnis der herrschenden Zivilisation zur Natur entstanden ist, abgeschafft werden. Diese Aufhebung gelingt jedoch nur, wenn der herrschaftlich-hierarchische Zustand im Inneren der Gesellschaft, d. h. ihre hierarchische Verfasstheit, sowie die hierarchischen Verhältnisse der Gesellschaften zueinander überwunden werden.

Konsequenterweise würde die vorgesehene Überwindung der hierarchischen und ungleichen Verhältnisse die Harmonisierung der (konstruierten) dichotomischen Antagonismen wie z. B. Mensch vs. Natur, Mann vs. Frau, Staat vs. Gesellschaft oder Subjekt vs. Objekt nach sich ziehen. Daher macht es sich die Soziale Ökologie zur Aufgabe, »diejenigen Weichenstellungen innerhalb der sozialen Evolution [zu] untersuchen, wo die Brüche entstanden, die die Gesellschaft mehr und mehr in einen Gegensatz zur Natur brachten, und muß eine Antwort darauf finden, wie sich dieser Gegensatz bis zu unserer modernen Zeit herausbildete«[2].

Wir halten fest: Zum einen impliziert die Soziale Ökologie philosophisch-metaphysische Elemente, zum anderen will sie die auf Ungleichheit und Ausbeutung basierende Hierarchie sowohl in der sozialen Evolution bzw. in der zweiten Natur als auch im Verhältnis der Menschen zur zweiten Natur überwinden.

1 Vgl. u. a. Bookchin 1992: Die Neugestaltung der Gesellschaft. Trotzdem Verlag.
2 (ebd.: 21)

Auf der Suche nach den Weichenstellungen

Öcalan verortet die möglicherweise erste markante Weichenstellung, welche das Phänomen der Hierarchie entstehen und institutionalisieren ließ, in einem historisch-kontextuellen Geflecht bestehend aus einer in der Jagdkultur enthaltenen emotionalen wie analytischen Potenz, der Weiterentwicklung der analytischen Intelligenz, der patriarchal organisierten Gewalt und politischen Hegemonie einerseits sowie andererseits dem gesellschaftlichen Mehrprodukt an materiellen und immateriellen Werten, das sich in der jahrtausendealten neolithischen Kultur um die Frau ergeben hatte (u. a. S. 53ff). Wichtig zu bemerken ist auch, dass in den Ausführungen Öcalans die Weichenstellung im Denken im Hinblick auf die Hierarchie wechselwirkend und parallel mit der Entstehung der ersten institutionalisierten hierarchischen Ordnung (Stadt-Staat-Klasse auf Basis eines Monopols über akkumulierte Werte) im sumerischen Stadtstaat geschieht. Anfänglich wurde die Etablierung der Hierarchie mythologisch begründet, dann religiös-philosophisch legitimiert, und seitdem der Hauptfluss – der Mainstream der Zivilisation – in der Neuzeit ab dem 15. Jahrhundert nach Europa strömte, auch positivistisch-wissenschaftlich »untermauert«. Auch diese Wesensverwandtschaft zwischen diesen Denksystemen ist gemeint, wenn Öcalan schreibt: »Die Erkenntnis, dass dogmatische Überzeugungen [Religion], der Glaube an gradlinigen Fortschritt [Liberalismus, Marxismus], wissenschaftliche Gewissheiten und starre Gesetzmäßigkeiten [positivistische Wissenschaft] derselben herrschenden Mentalität entsprangen, beruhigte mich zutiefst.«

Ich darf an dieser Stelle vermuten, dass das Öcalan Beruhigende die Erkenntnis darüber war, dass geltende »Wahrheitsinstanzen« mit »Herrschaftsinstanzen« verflochten sind, und dass diese Einsicht Öcalan dazu befähigt, sich von ihnen zu emanzipieren und Alternativen bzw., wie er es sagt, »einen Ausweg zu finden« (S. 37).

Zurück zu unserer Problemstellung: Zwei der neuzeitlichen, in der Wissenschaft gestellten Weichen, mittels derer »die Brüche entstanden, die die Gesellschaft mehr und mehr in einen Gegensatz zur Natur brachten« und die Hierarchie und Herrschaft im Sozialen letztendlich philosophisch untermauern, sieht Öcalan erstens in der von Descartes initiierten Subjekt-Objekt-Dichotomie und zweitens in der damit verbundenen positivistischen Wissenschaft. Gewiss kann hier keine ausführliche und detaillierte Darstellung aller impliziten und expliziten gesellschaftlichen Folgen und lebenswirklichen Prägungen der beiden Phänomene vorgenommen werden; stattdessen wird nur auf den philosophischen Gegensatz zwischen der Sozialen Ökologie auf der einen Seite und der herrschenden Wissenschaftlichkeit und Mentalität seit dem 16. Jahrhundert andererseits hingewiesen.

Subjekt-Objekt-Dichotomie

Die Spaltung von Subjekt und Objekt, die Gegenüberstellung eines aktiv wahrnehmenden Subjekts und eines passiv gegebenen Objekts, bedeutet nicht nur eine Getrenntheit von Mensch und Natur oder von Subjekten, die mit dem Holismus der Sozialen Ökologie im Widerstreit steht. Ferner erfolgte aus dieser Dichotomie auch die Überhöhung der Objektivität und des rationalen Denkens. Am gravierendsten ist jedoch, dass sie konsequenterweise auch eine philosophisch begründete und mit »wissenschaftlicher« Legitimität einer Wahrheitsinstanz beladene Konstruktion von Herrschaftsverhältnissen als »soziologische Tatsachen« bedeutet. Die in diesem Denken enthaltene Rechtfertigung von Hierarchien betrifft nicht nur das Verhältnis der Menschen zu ihrer Umwelt und Natur, sondern es lassen sich davon auch andere hierarchische und ungleichgewichtige Dichotomien wie z. B. Kapitalist-Arbeiter, Mann-Frau, Staat-Gesellschaft, Reich-Arm, Regierte-Regierende, Unterdrücker-Unterdrückte, Herr-Sklave usw. ableiten.

Innerhalb solch eines Denkens und im aus diesem Bewusstsein resultierenden Handeln ist eine gleichgewichtige Harmonie im Sozialen und Ökologischen nicht realisierbar, da ihnen herrschaftliche Hierarchie und Getrenntheit inhärent ist. Anders ausgedrückt: Im Denken und Bewusstsein muss die auf den Gegensatz von Aktiv und Passiv beruhende Aufspaltung von Subjekt und Objekt bewältigt werden. Dies geht auch dann, wenn die »unaufhebbare Differenz« (Karl Jaspers) zwischen Subjekt und Objekt nicht verleugnet wird.

Positivismus

In diesem Zusammenhang arbeitet sich Öcalan auch am Positivismus ab, dem die Subjekt-Objekt-Spaltung zugrunde liegt. Der Positivismus erkennt nur das als Wissen und wahrhaftig an, was sich sinnlich wahrnehmen und messen lässt. Er negiert andere Formen des Wissens und lehnt jegliche Metaphysik ab, da diese in der Theorie unmöglich sei und in der



Demonstration in Dêrik (Nordsyrien) in Solidarität mit den Hungerstreikenden gegen die Isolation Abdullah Öcalans. Foto: ANHA



bdullah Öcalan. Manifest der demokratischen Zivilisation Bd. II: Die kapitalistische Zivilisation – Unmaskierte Götter und nackte Könige. Übersetzt von Reimar Heider, mit einem Vorwort von Radha D'Souza. Im März diesen Jahres in Kooperation mit der Internationalen Initiative »Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan« und dem Mezopotamien Verlag beim Unrast-Verlag in Münster erschienen.

Praxis keinen Nutzen habe. Die Ablehnung anderer Formen von Wissen sowie der Verdrängung der Philosophie bzw. der Metaphysik allgemein in die Bedeutungslosigkeit, welche sich im kapitalistisch-positivistischen Zeitalter ergeben hat, überhöht zum einen die Wissenschaft selbst als absolute und tendenziell dogmatische Wahrheitsinstanz. Fügt man dieser einseitigen Beschränktheit noch die angebliche Wertneutralität und Abhängigkeit wie Verflochtenheit der Wissenschaft mit der kapitalistisch-politischen Machtordnung hinzu, dann zeigt sich laut Öcalan zudem die passive wie aktive Komplizenschaft der positivistischen Wissenschaft mit Herrschaft, Hierarchie und Ausbeutung um so klarer. »Vielleicht ist die seichteste Metaphysik und Religion der Positivismus selbst. Auf keiner Stufe ihrer Geschichte wurde die Menschheit derart grausam entfesselt wie gleichzeitig stramm gefesselt. Nie zuvor wurden Natur und Gesellschaft so mit Herrschaft überzogen.« (S. 36).

Im Hinblick auf den philosophischen Kern der Sozialen Ökologie bedeutet der Positivismus die Ablehnung und Verhinderung eines holistischen Denkens, von dem sich »Verbundenheit« und »Verantwortung« im Gesellschaftlichen und bzgl. der Natur ableiten. Schließlich versperrt sich der Positivismus der jahrtausendealten vor-zivilisatorischen, nicht positiven, d. h. nicht geschriebenen Geschichte der damaligen Gesellschaften und Gesellschaftlichkeit samt ihrer historischen Werte und Moral. Im Ergebnis ist das positivistische Denken als eine zu überwindende Barriere hin zu einem notwendigen harmonischen Gleichgewicht zwischen der ersten und der zweiten Natur, wie auch im Inneren der menschlichen Gesellschaften zu betrachten.

Für demokratisch-libertäre Intellektuelle und Bewegungen bedeutet laut Öcalan die Überwindung des Positivismus und der Subjekt-Objekt-Dichotomie einen »ideologischen Sprung« (S. 244) nach vorne. Mit Gramsci[3] gesprochen bedeutet dieser ideologische Sprung, sich die kulturelle und moralische Hegemonie im Bewusstsein, der Wissenschaft, Gesellschaft und Politik zu erarbeiten und entsprechende politische Organisierung und Aktionsformen zu entwickeln.

Vor dem hier behandelten Hintergrund und den im Vorwort von Radha D'Souza gegebenen Hinweisen ist das neue Buch Öcalans auch dank der guten Übersetzungsarbeit, welche sich durch eine verständliche Formulierung komplexer Themen auszeichnet, eine wichtige und spannende Lektüre für Interessierte allgemein und Menschen im Kontext der Wissenschaft, sowie für diverse Aktive im Politischen und der Zivilgesellschaft, vor allem für jene Akteur*innen, die sich als Antikapitalist*innen verstehen. ♦

3 Vgl. Barfuss / Jehle 2014: Antonio Gramsci zur Einführung. Junius Verlag.

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint
regelmäßig alle zwei Monate.

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.), S. Karabulut, D. Çimen, B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU – Informationsstelle Kurdistan e.V.
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
www.kurdistanreport.de
kr@nadir.org

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
IBAN: DE41 2005 0550 1020 2121 20
BIC: HASPDEHHXXX Hamburger Sparkasse

Preise:
Einzelexemplar: 3,– Euro
Jahresabonnement
6 Exemplare: 15,– Euro plus Portokosten

Titelbild:
Newroz-Demonstration am 23. März in Frankfurt
Hungerstreik gegen die Isolation
– Freiheit für Öcalan

Rückseite:
Rückseite der Broschüre »Selbstbestimmung und Flucht – Demokratische Autonomie im Camp Mexmûr«

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.

Selbstbestimmung statt Flucht

Demokratische Autonomie im Camp Mexmûr

Über eine Delegationsreise nach Südkurdistan …

aus dem Editorial:

Im Juli 2018 machten wir uns als siebenköpfige Delegation auf den Weg nach Südkurdistan (Nordirak). Wir wollten vor Ort erleben, wie der Demokratische Konföderalismus in der Praxis gelebt wird. Wie leben Menschen zusammen, die sich nach den drei Paradigmen Basisdemokratie, Frauenbefreiung und Ökologie selbst organisieren? Was bewegt sie dazu? Welche Widersprüche ergeben sich vor Ort?

Mit all diesen Fragen und noch einigen mehr im Gepäck machten wir uns auf den Weg. Wir verbrachten ca. drei Wochen im Camp Mexmûr, das eine knappe Stunde südlich von Erbil in Südkurdistan (Nordirak) liegt. Dort leben seit nunmehr 20 Jahren mehr als 20.000 Menschen, die allesamt Anfang der 90er Jahre zur Flucht aus ihren Dörfern in Nordkurdistan (Südosttürkei) gezwungen wurden. Die Menschen in Mexmûr bezeichnen sich dementsprechend selbst als Geflüchtete. Und das, obwohl sie sich bewusst dafür entschieden haben in Kurdistan zu bleiben und nicht in die türkischen Metropolen oder nach Europa zu fliehen. Flucht ist ein omnipräsentes Thema im Camp Mexmûr. Und doch haben wir während unseres dreiwöchigen Aufenthalts im Camp eine andere Art der Flucht kennengelernt: kollektives und solidarisches Miteinander, Aufbau von Selbstverwaltungsstrukturen für alle Lebensbereiche, entschlossener Widerstand gegen jegliche Bevormundung und das stete Pochen auf das Recht, in die Heimatdörfer in Nordkurdistan zurückkehren zu dürfen. Mexmûr eröffnete uns einen ganz neuen Blick auf Flucht und damit auf ein Thema, das uns hier in Deutschland und ganz Europa tagtäglich beschäftigt.

Mit dieser Broschüre wollen wir einen Einblick in die Geschichte, die Philosophie und das Selbstverwaltungssystem des Camps geben. Dafür sollen die zahlreichen Interviews dienen, die wir mit verschiedenen Menschen aus dem Camp geführt haben. Sie alle sind in verschiedenen Räten des Camps aktiv und geben durch ihre Berichte einen unmittelbaren Eindruck von einer alternativen Lebensweise.

Wir hoffen, dass die Stimmen der Bewohnerinnen und Bewohner Mexmûrs euch genauso viel Lust auf eine andere Welt machen, wie uns!

Die Einnahmen aus dem Verkauf der Broschüre gehen an den Gesundheitsrat des Camps, der von dem Geld einen Krankenwagen kaufen möchte.

Derzeit verfügt das Camp mit seinen knapp 12.000 Menschen über kein geeignetes Fahrzeug. Deshalb haben wir in Absprache mit dem Gesundheitsrat Mexmûrs eine Spendenkampagne gestartet, an der ihr euch gerne beteiligen könnt. Alle Infos findet ihr auf den letzten Seiten dieser Broschüre.

Wir wünschen euch viel Spaß beim Lesen!

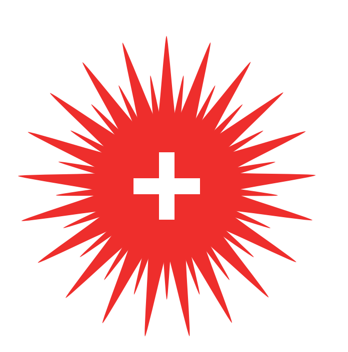
Der Blog zur Reise und zur Broschüre:
https://mexmur.noblogs.org/
Links zu Spendenprojekten:
https://mexmur.noblogs.org/krankenwagen-fur-mexmur/

Ein Krankenwagen für Mexmûr.



Wir wollen das Camp Mexmur und insbesondere die dortige Arbeit im Gesundheitsbereich mit dieser Spendenkampagne unterstützen. Unser erstes Ziel ist es, einen Krankenwagen für das Camp zu finanzieren. Darüber hinaus eingehende Spenden sollen zum Erwerb eines Stromgenerators beitragen, mit dem die Krankenstation in Betrieb gehalten werden kann, auch wenn kein Strom im Camp fließt.

Unterstützt die Spendenkampagne, verbreitet sie in eurem Umfeld und sammelt Gelder dafür! Mit eurer Spende unterstützt ihr nicht nur ein humanitäres Gesundheitsprojekt, ihr leistet auch einen wichtigen Beitrag für ein alternatives Gesellschaftsprojekt mit dem Fluchtursachen seit 20 Jahren bekämpft werden!



KurdistanHilfe e.V.
Hamburger Sparkasse
IBAN: **DE40 2005 0550 1049 2227 04**
Stichwort: **Krankenwagen**

Blog zur Broschüre
und Spendenkampagne:

mexmur.noblogs.org

Jetzt spenden!





